

# APuIZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

5–6/2005 · 31. Januar 2005



## Deutschland und Polen

*Peter Bender*

Normalisierung wäre schon viel

*Dieter Bingen*

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945

*Krzysztof Ruchniewicz*

Die historische Erinnerung in Polen

*Burkhard Olschowsky*

Die Gegenwart des Vergangenen

*Thomas Urban*

Historische Belastungen der Integration Polens in die EU

*Daria Dylla · Thomas Jäger*

Deutsch-polnische Europavisionen

## Editorial

Die erste Auslandsreise führte den neuen Bundespräsidenten Horst Köhler im Juli vergangenen Jahres nach Warschau und Danzig. Diese Geste belegt den hohen Stellenwert der deutsch-polnischen Beziehungen.

Auch 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bedürfen sie jedoch der behutsamen Pflege. Während des Krieges wollte Deutschland den Nachbarn auf Dauer versklaven. Sechs Millionen polnische Staatsbürger überlebten die deutsche Besatzung nicht. Zur Zeit der deutschen Teilung und der Volksrepublik Polen waren die Beziehungen der drei Staaten von ideologisch aufgeladenen Feindbildern bzw. verordneter Völkerfreundschaft geprägt. Mutige Kirchenvertreter, Politiker und Künstler wagten erste Schritte über die Grenzen. Nach dem Ende des Ostblocks schrieb der Nachbarschaftsvertrag von 1991 die polnische Westgrenze endgültig fest. Mit dem Beitritt Polens zur EU schien die Zeit günstig, das deutsch-polnische Versöhnungswerk voranzutreiben.

Doch in jüngster Zeit haben Geschichtsdebatten die Gemüter erhitzt: Das vereinte Deutschland gedenkt der eigenen Opfer von Bombenkrieg und Vertreibung. In Polen wittern nicht wenige irritiert den Versuch, Geschichte umzuschreiben. Gleichzeitig wird über die eigene Rolle während der Besatzung und bei der Vertreibung der Deutschen diskutiert.

Der Beschluss des Sejm, die Regierung möge von Deutschland Reparationen fordern, hat die bilateralen Beziehungen ebenso belastet wie der Streit um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ und mögliche Entschädigungsklagen. Angesichts der historischen Bürden wäre eine Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen schon viel, wie Peter Bender im Essay dieses Heftes betont.

*Hans-Georg Golz*

Peter Bender

# Normalisierung wäre schon viel

## Essay

Im Warschau der siebziger Jahre hieß es, das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen könne nur schrittweise wiederhergestellt werden. Zunächst müsse man sich um Normalisierung bemühen, dann um Verständigung, und wenn diese erreicht sei, werde schließlich Versöhnung möglich.

Der erste Vertrag, mit dem Polen und die Bundesrepublik ihre Beziehungen regeln wollten, der so genannte Warschauer Vertrag, erhielt 1970 die bescheidene Überschrift und Zweckbestimmung: Er solle die „Grundlagen der Normalisierung“

**Peter Bender**

Dr. phil., geb. 1923; seit 1954 Journalist, u. a. 1973 bis 1975 ARD-Korrespondent (Hörfunk) in Warschau. Heydenstraße 15, 14199 Berlin.

schaffen, also noch nicht einmal eine Normalisierung, sondern nur eine Basis, auf der sie möglich sein würde. Dem Vertrag folgte nach einer kurzen Euphorie auf beiden Seiten Enttäuschung. Die Beziehungen entwickelten sich recht unerfreulich, und es vergingen fünf Jahre, bis in einem zweiten Vertragspaket die dringendsten Forderungen Bonns und Warschaws mehr schlecht als recht befriedigt wurden. Polen wie Deutsche hatten dem Warschauer Vertrag zwar eine realistische Bestimmung gegeben, aber dann doch zu viel erwartet. Ebenso erging es später noch vielen Westdeutsche Politiker kamen oft nach Polen; beflügelt von den besten Absichten beschworen sie Versöhnung und wunderten sich sehr, wenn sie auf Zurückhaltung stießen: Mit der naiven Vorstellung, sich gleich versöhnen zu können, hatten sie gezeigt, dass sie keine Vorstellung von der Dimension dessen hatten, was zwischen Polen und Deutschen zu bewältigen war.

Mit dieser Ahnungslosigkeit haben wir, so scheint es, noch heute zu tun. Auf allen Gebieten hat sich im deutsch-polnischen Verhältnis vieles gebessert, von der Wirtschaft über die Politik bis in die Privatbeziehungen;

sogar polnische und deutsche Soldaten üben gemeinsam. Versöhnung, zumindest Verständigung, scheint erreicht, aber plötzlich sieht alles wieder anders aus. Berlin und Warschau stehen in offenen Konflikten, die Vertrautheit ist Zweifeln oder sogar Misstrauen gewichen, alte Vorurteile brechen wieder hervor. Als Illusion erwies sich, alles werde zwischen Polen und Deutschen in Ordnung kommen, wenn beide demselben Militärbündnis und derselben europäischen Gemeinschaft angehören. Haben wir wieder zu viel erwartet? Vielleicht hilft es zur Klärung, sich daran zu erinnern, was Polen und Deutsche seit dem vergangenen Jahrhundert auseinander getrieben hat. Was von unserer schlimmen Vergangenheit lebt noch? Was ist schon überwunden? Es gab, so scheint es, zwei Arten von Konfliktursachen: Die einen waren durch Umstände bedingt, die anderen sind historischer Natur.

Der wichtigste Umstand war der Kalte Krieg. Polen befand sich im Lager des Ostens, der größere und stärkere Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, stand im Lager des Westens. Polen wurde von einer halbkommunistischen, autoritären Parteilite regiert, die Bundesrepublik von demokratischen Regierungen. Warschau und Bonn waren zur Blockdisziplin genötigt und hatten nur begrenzte Aktionsmöglichkeiten über die Ost-West-Grenze hinweg.

Außerdem engte die Zweistaatlichkeit Deutschlands den Manövrierraum aller Beteiligten ein. Warschau stand unter ständiger, misstrauischer Beobachtung der DDR, die Polen wegen Westneigungen in Moskau denunzierte; jeder polnische Schritt in Richtung Bonn verlangte einen Schritt in Richtung Ost-Berlin. Bonn und Ost-Berlin wiederum konkurrierten in ihrer Polen-Politik, das hieß, sie behinderten einander. Die DDR-Führung fürchtete die wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik und störte, wo sie konnte; die Bundesrepublik nutzte ihre ökonomische Überlegenheit. Zwanzig Jahre lang, bis zu Brandts Ostpolitik, fesselte sie sich selbst, weil sie die Oder-Neiße-Grenze und die DDR nicht anerkannte, was die DDR nutzte und Warschau zu einem politischen Zweckbündnis mit Ost-Berlin gegen Bonn zwang.

Sachlich und politisch gab es manches, das die drei Staaten vernünftigerweise gemeinsam hätten unternehmen können, angefangen bei

Verkehrsfragen, aber da war nichts möglich. In Warschau fürchtete man ein Zusammenspiel der beiden Deutschlands gegen Polen, in Bonn fürchtete man eine Koalition der beiden Kommunisten gegen die westliche Bundesrepublik, in Ost-Berlin fürchtete man die stillschweigende Kooperation der beiden Liberalen gegen die dogmatisch-kommunistische SED.

Zu all dem traten Missverständnisse, und manche wirken bis heute nach. In der Bundesrepublik war man fest davon überzeugt, sachlich und unvoreingenommen zu denken, während die Polen von ideologisch verformten Vorstellungen ausgingen – aber es war gerade umgekehrt. Die Polen dachten historisch und die Westdeutschen ideologisch. Beide irrten sich dabei gründlich. Die Polen glaubten, einen ewigen deutschen Drang nach Osten zu erkennen, von den Kreuzrittern über die preußischen Könige bis zu Hitler und dann zu Adenauer. Sie meinten, in der Bundesrepublik wiederholten sich Weimar und der Nazismus: zuerst der Anspruch auf polnisches Land, dann der Angriff auf Polen. In Warschau verkannte man, dass Bonn auf den Westen fixiert war und für den Osten kaum mehr als Worte hatte. Man mochte nicht glauben, dass die Oder-Neiße-Grenze weit mehr eine Frage der Innen- als der Ostpolitik war. Jahrzehnte mussten vergehen, bis man in Polen, von Ausnahmen abgesehen, die Bonner Demokratie ernst nahm und zu glauben begann, dass dies nicht mehr das alte, gefährliche Deutschland war.

Ebenso lange dauerte es, bis man in der Bundesrepublik, von Ausnahmen abgesehen, begriff, dass auch die polnischen Kommunisten, jedenfalls seit 1956, zuerst Polen und dann Kommunisten waren, soweit sie es überhaupt je waren. Fast die gesamte Bundesrepublik lebte jahrzehntelang in der Vorstellung, der Osten sei ein monolithischer Block, ohne Bewegungsmöglichkeiten für die einzelnen Staaten und geführt von machtgerigen Berufsrevolutionären, getrieben vom Ziel einer Weltrevolution. Auflockerungen wurden zwar bemerkt, aber meist bezweifelt. Wenn Kommunisten sich friedlich gäben, erklärte Adenauer 1956, würden sie noch gefährlicher.

Da man bis in die siebziger Jahre hinein wenig miteinander in Berührung kam, hielten sich auf beiden Seiten die Vorurteile. Umso stärker war dann die Überraschung, wenn ein

Besuch ein ganz anderes Bild erbrachte. Ein polnischer Journalist, der Auschwitz überlebt hatte, fuhr 1973 zum ersten Mal in die Bundesrepublik. Er war voller Zweifel gewesen gegenüber den Deutschen, aber kam erleichtert zurück: „Sie gehen bei Rot über die Straße.“

Zwischen den Machthabern in Polen und der DDR gab es handfeste Interessengegensätze. Die polnischen Kommunisten mussten national, die deutschen international denken. Die polnische Partei hatte auf ihr Volk, dessen Gefühle und Traditionen Rücksicht zu nehmen, Kirche, Kultur und Landwirtschaft ließen sich nicht sozialisieren. Die SED hingegen brauchte die Ideologie, um die Existenz ihres Staates zu rechtfertigen. Polen blieb, gleich wer regierte, Polen, die DDR blieb nur die DDR, solange sie sich als sozialistisch gegen die Bundesrepublik abheben konnte. In polnischen Augen waren die SED-Leute gefährliche Dogmatiker, die im Bunde mit Moskau die polnischen Freiheiten bedrohten. Aus Sicht der SED waren die polnischen Genossen gefährliche Revisionisten, die sowohl die Reinheit der Lehre als auch den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers und damit den Bestand der DDR bedrohten. Als *Solidarność* entstand und sogar legalisiert wurde, schrillten in Ost-Berlin die Alarmglocken. Erich Honecker empfahl Intervention und grenzte die DDR nach Osten fast ebenso ab wie nach Westen.

Die Mehrheit der Ostdeutschen sah mehr mit Sorge als mit Freude, was im Nachbarland geschah, ähnlich auch die Tschechen und Ungarn. Die Erfahrungen des 17. Juni 1953, des Ungarn-Aufstands und des Prager Frühlings lehrten: Wenn die Parteiherrschaft in Gefahr gerät, rollen die sowjetischen Panzer, und im ganzen Machtbereich Moskaus wird es schlimmer. Die Polen übertreiben, hieß es, und gefährden damit die bescheidenen Erleichterungen, die wir nun haben.

Die Westdeutschen, Volk und politische Klasse, schwankten zwischen Bewunderung und Befürchtung. Die Polen wurden populär wie nie seit dem Aufstand von 1830, die private Hilfe übertraf die rhetorischen Bekundungen weiter westlich gelegener Länder. Befürchtungen aber hegten Politiker aller Parteien: Wird das ein zweites Ungarn, ein zweites Prag? Später fragten sich manche in Bonn, ob polnisches Kriegsrecht vielleicht besser sei als sowjetische Okkupation. Jaru-

zelski erschien als Patriot, Mieczyslaw Rakowski war bekannt als Reformier. Die sozial-liberale Regierung sträubte sich gegen die Sanktionspolitik der Amerikaner. Sie versuchte, mit der Warschauer Führung in Kontakt zu bleiben, und unterschätzte die Kraft der Solidarność. Vor allem sozialdemokratische Reisende ließen es in Warschau zu peinlichen Szenen kommen: Mit den Herren des Kriegsrechts konferierten sie, und die Freiheitskämpfer berücksichtigten sie nur am Rande. Die Kränkung sitzt noch heute tief, weil sie sich mit Enttäuschung paarte, denn von Sozialdemokraten erwartete Solidarność mehr Solidarität als von anderen Parteien.

All das ist nun seit anderthalb Jahrzehnten vorbei: Sowjetunion, DDR, Warschauer Pakt, Kalter Krieg, kommunistische Macht in Polen gibt es nicht mehr. Wenn wir jetzt in Konflikte geraten, sind sie aktuell bedingt oder haben tiefere, historische Ursachen. Vielleicht auch beides zusammen: Gegenwärtige Differenzen sind geschichtlich begründet.

Als erstes sind der Krieg und noch mehr die deutsche Besetzung Polens von 1939 bis 1944 zu nennen. Sie war das Furchtbarste, was Polen in seiner Geschichte durchlitten hat. Sechs Millionen polnische Staatsbürger, Juden und Nichtjuden, überlebten jene Zeit nicht. Die meisten davon, etwa 90 Prozent, wurden nicht Opfer des Krieges, sondern eines Ausrottungsplans, der sich besonders gegen die Intelligenz richtete. Polen sollte nicht beherrscht, sondern als Nation ausgelöscht werden. Verbunden mit Mord und Vernichtung waren Demütigungen, die deutsche „Herrenmenschen“ den „slawischen Untermenschen“ tagtäglich zufügten. Sie trafen manchen härter als die Todesdrohung und lebten weiter noch in Generationen, die später geboren wurden.

Auch die Deutschen, die aus dem Osten vertrieben wurden, waren nicht nur körperlich, sondern auch seelisch verletzt. Mit dem Ende der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts gingen siebenhundert Jahre deutscher Geschichte im Osten Europas zu Ende; die Deutschen leben heute wieder dort, wo sie im Mittelalter lebten. Viele wurden nicht vertrieben, sie flohen bereits vor der anrückenden sowjetischen Armee. Es waren 8,8 Millionen, die ihre Heimat in den deutschen Ostgebieten und in Polen verloren. Auch diese Erinnerung stirbt nicht mit einer Generation.

Die neue polnisch-deutsche Grenze an Oder und Neiße entwickelte sich zu einem eigenen, sogar zum zentralen Problem. Für die Deutschen war sie eine Amputation ohne historisches Beispiel; fast ein Viertel des Reichsgebiets wurde polnisch und russisch. Was für die Deutschen eine nationale Frage war, wurde für die Polen zu einer existenziellen Notwendigkeit. Eine Nation, die in zweihundert Jahren viermal geteilt wurde, die unterworfen, unterdrückt, als minderwertig behandelt, verachtet und als unfähig zur Staatsbildung betrachtet wurde und schließlich von Ausrottung und Versklavung bedroht war, braucht Gewissheit für ihre Zukunft, vor allem Grenzgewissheit.

Spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre waren sich die meisten westdeutschen Politiker darüber im Klaren, dass Oder und Neiße die Ostgrenze Deutschlands bleiben würden. Konrad Adenauer war froh, dass er den Grenzvertrag nicht mehr aushandeln musste. Keine bundesdeutsche Partei mochte das Odium nationalen Verzichts auf sich nehmen, keine meinte, die Stimmen der Vertriebenen entbehren zu können. Deren Führung störte bewusst und geplant das Verhältnis zu Polen, vierzig Jahre lang, bis zum Sommer 1990. Manche tun es bis heute. Alle Annäherung an Polen musste gegen den Widerstand der Verbandsfunktionäre durchgesetzt werden; die Regierung Brandt/Scheel verlor wegen des Warschauer Vertrages ihre Mehrheit im Bundestag.

Auch CDU und CSU, bis auf wenige, wichtige Ausnahmen, bekämpften den Vertrag, teilweise aus ehrenwerter Überzeugung. Was folgte, war Parteitaktik. Der Vertrag verpflichtete aus Rechtsgründen nur die Bundesrepublik. Unionspolitiker behaupteten, die Ostgebiete blieben deutsch, bis ein Friedensvertrag mit einem vereinten Deutschland die Ostgrenze festlege. Sogar Kabinettsmitglieder Helmut Kohls, die CSU-Minister Friedrich Zimmermann und Theo Waigel, dehnten die „offene“ deutsche Frage auf die Provinzen jenseits von Oder und Neiße aus. Der Bundeskanzler ließ es geschehen und verweigerte 1990 ein unmissverständlich klares Wort zur Grenze, bis er den Unbelehrbaren in CDU und CSU erklären konnte: Wir müssen die Grenze anerkennen, sonst bekommen wir die Einheit nicht.

Der Vertrag, den die Regierung Kohl dann schloss, unterschied sich von Brandts War-

schauer Vertrag kaum im Wortlaut, wohl aber im Geist. Brandt riskierte die Existenz seiner Regierung, Kohl nicht einmal zwei bis drei Prozent seiner Wähler. Brandt wagte den großen Schritt, um einen Neuanfang mit Polen zu erreichen, Kohl brauchte für den nationalen Verzicht eine nationale Zielsetzung. Brandt kniete in Warschau, Kohl hatte die Bundestagswahl vor Augen und schickte Außenminister Hans-Dietrich Genscher zur Unterzeichnung in die polnische Hauptstadt.

Der polnischen Forderung nach Grenz- anerkennung entsprach die deutsche Forderung nach Umsiedlung. Da Ostpreußen, Pommern, die Neumark und Schlesien für alle Zukunft polnisch sein sollten, geboten Logik wie Humanität, die Deutschen, die dort noch lebten, nach Deutschland ausreisen zu lassen, falls sie es wollten. Doch die polnische Führung sträubte sich, soweit und solange sie konnte. Für die bundesdeutsche Politik aber wuchs die Umsiedlung fast zur Hauptfrage der Beziehungen zu Warschau, die Erfolge wie Misserfolge bemaßen sich immer mehr an den Zahlen derer, die ausreisen durften oder zurückgehalten wurden. Auf beiden Seiten wucherten die Gefühle. Die Polen sahen in der deutschen Minderheit der Vorkriegszeit eine der Ursachen ihres Unglücks und mochten nicht zugeben, dass sie immer noch Deutsche im Lande hatten. In der Bundesrepublik wollte man nicht hinnehmen, dass Polen Deutsche nicht deutsch sein ließ. Wer die Sache auch nur oberflächlich kannte, wusste: Das Kriterium „unbestreitbar deutsche Volkszugehörigkeit“ war in der Praxis oft schwer zu bestimmen.

Den polnischen Kommunisten diente der Deutschenschrecken als Herrschaftsmittel. Wenn es innenpolitisch schwierig wurde, malten Parteischreiber das Schreckbild in den grellsten Farben. Nur das Bündnis mit der Sowjetunion, hieß es, schütze vor den Bonner Revanchisten, und nur die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei garantiere das schützende Bündnis. Doch das war nicht alles. In Polen, wie auch in der Bundesrepublik, wirkten allezeit Scharfmacher mit politischem Rückhalt, die alte Ängste und Ressentiments wach hielten oder wieder weckten. Die Hupkas und Czajas hatten ihr Pendant zwischen Oder und Weichsel. Die Vertriebenenblätter schrieben oft, was auch rechte Politiker nicht zu sagen wagten. Manche polnische Korrespondenten in Bonn berichteten, als entspräche der Inhalt von Reden wie „Schlesien

bleibt unser“ der Meinung der ganzen Bundesrepublik. Recht erfolgreich arbeiteten die Störer der Verständigung einander in die Hände, das war nicht verabredet, aber funktionierte, als wäre es das.

Was sich gegenwärtig in Polen und Deutschland abspielt, wirkt wie eine Fortsetzung – die Forderungen nach Entschädigung wie die nach Reparationen belegen es. Die schreckliche Geschichte bietet immer noch einen leicht brennbaren Stoff, mit dem zünden kann, wer ein Interesse daran hat. Wer Vertriebenenverbände führt, in denen es immer weniger Vertriebene und immer mehr Kinder und Enkel von Vertriebenen gibt, muss neue Themen finden, die auch die weitere Existenz der Verbände rechtfertigen. Wer in Polen Sündenböcke braucht, wofür auch immer, findet sie westlich der Oder am leichtesten. Aber die Scharfmacher hier wie dort könnten nichts scharf machen, wenn nicht die alten Feindbilder noch lebten und vor allem die traumatischen Erinnerungen, die sich mobilisieren lassen. Und da es sich eben nicht um bloße Einbildung handelt, wenn von deutscher Okkupation und polnischer Vertreibung die Rede ist, sondern um erfahrene, erlebte, erlittene Geschehnisse, muss man sie ernst nehmen als verborgene, aber ständige Gefahren für das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen.

Auch die jüngsten Streitigkeiten, vor allem ihre überraschende Heftigkeit, werden nur begreiflich, wenn man ihre historischen Wurzeln sucht. Warschau folgte den USA in den Irak, Berlin verweigerte die Gefolgschaft demonstrativ. Die Polen fühlten sich schon vor 1990 Amerika stark verbunden, etwa sechseinhalb Millionen US-Bürger sind polnischer Herkunft, der Dollar war die zweite Währung im Lande. Außerdem hat Polen mit den Europäern schlechte Erfahrungen gemacht: Die einen haben es überwältigt, geteilt und beherrscht, die anderen haben es in der Not im Stich gelassen. So hält sich Warschau nun an die USA. Vielleicht hätten sie Polen 1945 vor Stalin retten können, meint mancher, heute jedenfalls ist Amerika die stärkste Macht in Europa und sogar in der Welt und damit die beste Garantie für die Sicherheit Polens, Sicherheit vor allem vor den Russen und vor wieder stark gewordenen Deutschen.

Auch die alte Bundesrepublik sah ihre Sicherheit nicht bei Frankreich oder Großbritannien aufgehoben, sondern bei Amerika,

soweit gibt es deutsches Verständnis für die polnische Politik. Was Berlin und Warschau trennt, ist die Beurteilung Russlands und das Verhältnis zu ihm. „Alle polnischen Aufstände gingen gegen die Russen“, sagte mir vor langen Jahren ein polnisches ZK-Mitglied. Für die Polen ist Russland nach wie vor eine Gefahr, vielleicht keine akute, sicher aber eine latente. Für die Deutschen aber ist es das nicht mehr. Die Sowjetunion gibt es nicht mehr, die jahrzehntelange Angst, die sowjetische Militärmaschine werde über Deutschland und Westeuropa rollen, bewegt heute fast keinen Deutschen mehr. Polen und Deutsche können tagelang ihre Argumente austauschen, ob Russland bedrohlich sei oder nicht, sie werden einander kaum überzeugen. Der Unterschied der Meinungen ist zu tief, weil historisch verwurzelt. Und er wird für Polen noch schwerer überwindbar, wenn sie deutsche Kanzler in Moskau sehen, Helmut Kohl vertraut mit Boris Jelzin, Gerhard Schröder mit Wladimir Putin. Manche sagen „Rapallo“, andere denken es.

Auch der zweite Streit ist nur historisch erklärbar. Er ging darum, wie stark Polen in der europäischen Union vertreten sein soll, und hatte die gleiche Wurzel wie früher die Unbedingtheit, mit der Polen auf der Oder-Neiße-Grenze beharrte: Wer so lange als zweitrangig behandelt wurde, verlangt Gleichrangigkeit. Er tut es umso mehr gegenüber einem Nachbarn, der ihn in der Vergangenheit mit seiner Arroganz beleidigt hat.

Diese Arroganz ist weitgehend, aber keineswegs ganz verschwunden. Immerhin, das ist ein wesentlicher Wandel, deutsche Ostpolitik ist nicht mehr wie früher nur Russlandpolitik, sondern beides: Politik mit Moskau und Politik mit Warschau. In den letzten Jahren hieß das auch Politik für Warschau, Hilfe beim Weg Polens in die EU. Aber auch darin lag ein Moment der Ungleichheit: Der eine hilft, dem anderen muss geholfen werden. Als die Polen dann Forderungen stellten, die unangemessen erschienen, sagten auch durchaus polenfreundliche Politiker in Berlin: Sie sind undankbar.

Die Sache wird schwieriger, weil nicht nur die Polen, sondern auch die Deutschen Probleme mit ihrem Selbstbewusstsein haben und sich das jetzt stärker äußert. Nach Krieg und Auschwitz waren sie der Paria Europas. Seit Adenauer folgten sie der Regel: Nach Hitler müssen Deutsche mehr Vorsicht, Ein-

sicht und Rücksicht zeigen als andere. Deshalb: nicht auftrumpfen, lieber zurückstecken. Niemals etwas allein durchzusetzen versuchen. Damit ist es nicht vorbei, seit Deutschland vereinigt und uneingeschränkt souverän geworden ist, aber es wurde und wird weniger. Die deutschen Leiden und Verluste, Bombenkrieg und Vertreibung, sollen mehr Beachtung finden, die deutschen Interessen müssen stärker durchgesetzt werden, Schröders offenes Nein zu Bushs Irak-Krieg, seine klare Opposition gegen ein Kernstück amerikanischer Politik – das wäre vor zehn Jahren noch nicht möglich gewesen. Kohl hat sich aus dem ersten Irak-Krieg herausgehalten, indem er ihn heimlich bezahlte.

Selbstgefühl und Geltungsbedürfnis sind in Polen und in Deutschland gewachsen und jetzt zusammengestoßen, die jüngste Geschichte erklärt es bei den Deutschen, bei den Polen erklärt es auch die ältere. Paternalismus und Überlegenheitsgefühl sind die Folgen beim einen, Anerkennungsdrang und Selbstüberschätzung beim anderen. Beides trifft mit einem sehr alten Phänomen zusammen. Polen und Deutsche sind fixiert auf den Westen. Die Polen treffen dabei auf die Deutschen, die ihnen aber den Rücken zukehren und eifrig die Franzosen suchen. Um es an einem banalen Beispiel zu erläutern: Wenn ein Deutscher die Stadt Bordeaux wie Bor-de-auks ausspricht, lacht man ihn aus; wenn er die Stadt Łodz nicht wie Lodsch, sondern korrekt ausspricht, versteht man ihn nicht. Das ungleiche Interesse aneinander trennt seit Jahrhunderten und hat auch in den letzten fünfzig Jahren weit mehr behindert, als uns klar gewesen ist. Bis weit in die siebziger Jahre hinein, vielleicht noch länger, sahen nur wenige Polen, wo das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen liegt: nicht in deutschem Drang nach Osten, sondern in deutscher Gleichgültigkeit gegenüber dem Osten.

Normalisierung sollte der erste Schritt sein, mit dem Deutsche und Polen einander näher kommen. Normalisierung bedeutet in einfachem Wortverständnis: Beseitigung all dessen, was nicht normal ist in den Beziehungen zweier Nationen. Kann man davon sprechen, wenn immer noch historische Prägungen in Konflikte führen? Wenn Meinungsverschiedenheiten zu Grundsatzdebatten ausarten? Wenn die Erinnerung an die Wunden, die der Nachbar geschlagen hat, so stark weiterlebt, dass sie das Verhältnis jederzeit verderben kann? Wenn die Erinnerung zu eigennützigem

Zwecken benutzt wird? Wenn Empfindlichkeit und Reizbarkeit noch so hoch sind, dass schon ein falsches Wort eine Beziehungskrise auslösen kann? Darf man von Normalisierung sprechen, wenn die Decke über vielem, das nicht normal wurde, so dünn ist?

Was tun wir mit unseren historischen Lasten? Zunächst erscheint es wichtig, sie als historisch zu erkennen: Da steht etwas zwischen Deutschen und Polen, das nicht schnell und leicht wegzuräumen ist. Politik und Wirtschaft, wie die flotten Pragmatiker meinen, genügen nicht. Wir müssen sehr vorsichtig miteinander umgehen, uns Mühe geben und uns darüber klar sein, dass es trotzdem lange dauern wird. Nirgendwo in Europa hatten es zwei Nationen so schwer, wieder zueinander zu kommen.

Aber wir sind nicht nur Produkte unserer Geschichte, wir können selbst Geschichte machen. Und dafür gibt es Beispiele und Vorbilder. Zunächst die Beispiele. Der Warschauer Vertrag von 1970 hat, weil er der erste Schritt nach Polen war, vieles offen gelassen, aber er hat zwischen Polen und der Bundesrepublik Türen geöffnet, und das nicht nur für die Wirtschaft! Kirchen, Universitäten, auch Schulen, Rundfunksender, versöhnungswillige Landsmannschaften, Schriftsteller, Theaterleute, Musiker, engagierte Privatmenschen, die sich in vielen deutsch-polnischen Gesellschaften zusammenschlossen, suchten und fanden Verbindung nach Polen. Professoren beider Seiten einigten sich nach manchmal harten Auseinandersetzungen auf Empfehlungen, wie die Nationalismen aus den Schulbüchern gebracht werden sollten – sie leisteten gute Arbeit, denn die Nationalisten beider Seiten kritisierten die Empfehlungen. Ende 1982 erschien ein Buch von 280 Seiten, das an „kultureller Zusammenarbeit“ registrierte, was feststellbar war, und das war keineswegs alles, wie der Herausgeber Winfried Lipscher betonte. Auch die Warschauer Behörden hatten Ende der siebziger Jahre, bestimmt zu ihrem Leidwesen, den Überblick verloren, was sich da alles jenseits staatlicher Aufsicht abspielte. Aber nachdem die Türen ziemlich weit geöffnet waren, „ging“ in Polen beinahe alles, man musste nur wissen wie oder einen kennen, der es wusste.

Zwischen Polen und der DDR erwies sich die verordnete Freundschaft als Türöffner, denn sie ermöglichte unverordnete, wahre Freundschaft. Nicht nur Funktionäre, auch

Lehrer, Professoren, Künstler, Schriftsteller, Fachleute jeder Art sollten sich verständigen und taten es oft mehr, als sie sollten. Aus fachlicher „Beratung“ wuchsen persönliche Beziehungen. Die Nicht-Konvertierbarkeit der Währungen zwang zu gegenseitiger Hilfe. Auch ehrte man einander. Doktor honoris causa einer polnischen Universität zu sein freut manchen Ostdeutschen noch heute. Die Deutschen beeindruckten – und verärgerten – die Polen durch Effizienz, die Polen lockten – und verstörten – durch Freiheiten. Wie in dem Witz von den zwei Hunden, die durch die Oder schwimmen, einander begegnen und sich wundern, was der andere auf der eigenen Seite will: Der polnische möchte sich in der DDR mal satt fressen, der deutsche möchte in Polen mal bellen.

Karl Dedecius brachte die polnische Literatur in die Bundesrepublik, Henryk Bereska und viele andere schlugen literarische Brücken von Polen in die DDR. Adam Krzemiński beobachtete in den sechziger und siebziger Jahren eine „Polenwelle“ unter DDR-Schriftstellern; auch sonst entdeckten Künstler, Intellektuelle und Individualisten Polen als Land, in dem das gleiche System herrschte und doch vieles anders war, leichter, gelassener, ohne Respekt vor jeglicher Obrigkeit, ganz und gar unideologisch, aber nationaler, was manche Ostdeutschen mit Neid und andere mit Kopfschütteln feststellten. Wer nicht „Reisekader“ war und in den Westen durfte, fuhr nach Warschau oder Krakau.

Und nun die Vorbilder. Da sind zunächst auf beiden Seiten die Kirchen zu nennen, die der Politik weit vorangingen. Die Denkschrift der evangelischen Kirche erhob sich 1965 über die Einseitigkeit der bundesdeutschen Sicht und würdigte das Schicksal beider Nationen, den deutschen Schmerz um die verlorene Heimat und die polnische Furcht um die neue. Sie empfahl nicht die Anerkennung der Grenze, aber ließ sie als Folgerung unvermeidlich erscheinen. Kurz danach durchbrachen die polnischen Bischöfe die Mauer der Einseitigkeit und sprachen das größte Wort, das zwischen Polen und Deutschen gesagt wurde: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Die deutschen Bischöfe antworteten weniger christlich als diplomatisch und überließen damit ihre polnischen Brüder den bösartigen Attacken der Partei. Fünf Jahre später tat die Partei selbst, was sie den Bischöfen vorgeworfen hatte, und arrangierte sich mit der Bundesrepublik. Tadeusz

Mazowiecki beklagte sich 1970 bitter, das katholische Polen habe den Weg bereitet, aber nun gehe die Verständigung mit den Deutschen an ihm vorbei.

Das zweite Verdienst gebührt den polnischen und deutschen Politikern, die den Mut hatten, sich über schwere Erfahrungen, böse Opposition und eigene Vorbehalte hinweg zu setzen. Die sich auch von populistischen Chancen nicht verlocken ließen und taten, was die Verständigung verlangte. Das dritte Verdienst ist namenlos. Die zahllosen Unbekannten haben es sich erworben, die sich jahrzehntelang in stiller Kleinarbeit dafür mühten, dass die schlimmen Erinnerungen und die festgefühten Vorurteile nicht weiter das Bild der Polen und der Deutschen bestimmten. Wenn Völker zueinander kommen sollen, muss die Politik Voraussetzungen schaffen, aber das Wesentliche geschieht jenseits der Politik. Nur das dichte, ziemlich feste Netz von Verbindungen, Bekanntschaften und Freundschaften über die Grenzen hinweg hat es ermöglicht, die schwierigen achtziger Jahre leidlich zu überstehen. Dieses Netz bildete die Grundlage, auf der 1990 Polen und Deutsche befreit zueinander kommen konnten.

Ein Blick zurück in die ersten Nachkriegsjahre zeigt, dass seitdem unvorstellbar viel erreicht worden ist. Die Erinnerung an die nicht endenden Schwierigkeiten der Folgezeit lehrt, dass mehr nicht zu erreichen war. Historische Lasten und Prägungen verschwinden nicht in einem halben Jahrhundert. Aber auch dagegen kann man etwas tun. Das Beispiel Willy Brandts beweist es. „Meine Regierung nimmt die Ergebnisse der Geschichte an“, sagte er 1970 bei der Unterzeichnung des Grenzvertrages zum polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz. Das hieß: Wir finden uns damit ab, dass Deutschland an der Oder und der westlichen Neiße endet. Er kniete vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau. Das hieß: Wir wissen, dass es deutsche Schuld gegenüber Polen gibt, die keine Politik tilgen kann.

*Dieter Bingen*

## Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945

Auf eine fast brutale Weise werden Deutsche und Polen in diesen Monaten darauf gestoßen, dass für die gegenseitige kollektive Wahrnehmung, soweit sie der Richtungsgebung durch Politik und Medien ausgesetzt ist, den Erfahrungen der Jahre 1939 bis 1945 konstitutive Bedeutung zukommt. Dies scheint ungeachtet der unzähligen positiven Tendenzen im individuellen Austausch und einer geradezu explosiven Ausweitung und Vertiefung institutionalisierter und informeller Kontakte und Netzwerke in den zurückliegenden 15 Jahren zu gelten.

### **Dieter Bingen**

Dr. phil., geb. 1952; Direktor des Deutschen Polen-Instituts (DPI) Darmstadt; Honorarprofessor für kulturellen Wandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse in Europa an der Hochschule Zittau/Görlitz. DPI, Mathildenhöhweg 2, 64287 Darmstadt. [bingen.dpi@t-online.de](mailto:bingen.dpi@t-online.de)

Es ist heute kaum noch vorstellbar, vor welcher schier unüberwindlichen Barriere Deutsche und Polen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg standen, als es darum ging, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und einen Neuanfang zu wagen. Besonders die von Deutschen in Polen millionenfach begangenen Verbrechen hatten dem wechselseitigen Verhältnis eine riesige Hypothek aufgeladen. Zweifellos prägten Massenvvertreibung bzw. Zwangsaussiedlung aus den polnisch verwalteten deutschen Ostprovinzen und der Territorialverlust, der nach dem Potsdamer Protokoll zugunsten Polens erfolgt war, die westdeutsche Haltung und Politik gegenüber Polen weitaus stärker als das Eingeständnis eigener Schuld. Nach dem Potsdamer Abkommen ließ sich keine repräsentative deutsche Gruppe ermitteln, welche die Gebiete jenseits von Oder und Neiße völlig verloren glaubte. Dazu kam in den ersten Jahren der jungen Bundesrepublik eine breite antikommunistische und antisowjetische Grundströmung, die auf das kommunistisch gewordene Polen abfärbte.

In Polen wiederum musste jede Regierung, die auf Verständnis für ihre Deutschlandpolitik stoßen wollte, auf die Meinung der Bevölkerung achten, auf Gefühle des Hasses, der Angst und der Abwehr nach den nur kurze Zeit zurückliegenden Erfahrungen mit dem nazistischen Terror. Es war das Diktat sowjetischer Interessen, das die soeben aus der Taufe gehobene DDR nur fünf Jahre nach Beendigung des Krieges in Görlitz einen Grenzvertrag mit der kommunistischen polnischen Führung unterzeichnen ließ, mit der das Ulbricht-Regime die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkannte. Der sozialistische Internationalismus zwang zwei Nachbarn in eine Verständigung, für die die Zeit noch längst nicht reif war.

Da die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung eines verträglichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg die Evolution der bundesdeutschen Einstellungen und politischen Doktrinen zu den territorialen und politischen Realitäten östlich von Oder und Neiße war, reflektieren die hier vorgenommenen Periodisierungen vornehmlich entsprechende gesellschaftliche und politische Weichenstellungen in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>1</sup>

## Die Bundesrepublik und Polen 1949–1969

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950 alle Grenzabsprachen und -vereinbarungen der „Sowjetzone“ für „null und nichtig“. Die vom „Zentralverband vertriebener Deutscher“ (ZvD) und den „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL) vorbereitete und am 5. August 1950 in Stuttgart verabschiedete „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, in der diese feierlich auf Rache und Vergeltung verzichteten, wird bis heute in politischen Rückblicken gerne als eine bemerkenswerte Geste der Überwindung des alten Vergeltungsdenkens memoriert. Doch für das Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen hatten in den ersten Jahren die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen sowie das Schicksal mehrerer tausend deutscher Gefangener in polnischen Gefäng-

<sup>1</sup> Vgl. Dieter Bingen, *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*, Baden-Baden 1998; Mięczysław Tomala, *Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1990*, Marburg 2000.

nissen und Arbeitslagern hohen Stellenwert. Mangels offizieller Beziehungen mit Polen liefen die Kontakte zu den deutschen Gefangenen über die Rotkreuzgesellschaften Westdeutschlands und Polens.

Westdeutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen waren längst geknüpft, als im Jahr der Erlangung der äußeren Souveränität der Bundesrepublik (Mai 1955) eine politisch-diplomatische Kontaktaufnahme zwischen Bonn und Warschau wegen des Oder-Neiße-Konflikts und des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik, d. h. der Nichtakzeptanz eines DDR-Botschafters in einem dritten Land, als noch außerhalb des Vorstellbaren galt. Diese politische Formel wurde später als Hallstein-Doktrin bezeichnet.<sup>2</sup> Der Handel war der Politik bereits seit dem Ende der vierziger Jahre weit voraus. Schon vor der Gründung der Bundesrepublik hatte die „Joint Export and Import Agency“ (JEIA) am 21. Dezember 1948 für die drei westlichen Besatzungszonen ein erstes Warenprotokoll mit Polen abgeschlossen.<sup>3</sup>

Am 18. Februar 1955 beendete die polnische Regierung offiziell den Kriegszustand mit Deutschland (Bundesrepublik und DDR) und bezeichnete eine „Normalisierung“ der Beziehungen als möglich. Rasch stellte sich heraus, dass die osteuropäischen Staaten offizielle Handelsbeziehungen als Ersatz für die von der Bundesrepublik verweigerten diplomatischen Beziehungen ablehnten. Während die Wirtschaftskontakte sich in bescheidenem Rahmen weiter entwickelten, wurden die polnischen Avancen zur „Normalisierung“ der Beziehungen in Bonn nicht ernst genommen.

Nach 1955 ließ die Bonner Fixierung auf die Sonderrolle der Sowjetunion in der deutschen Frage und auf die instrumentelle Bedeutung der Beziehungen zu den „Satellitenstaaten“ der Sowjetunion die Vorstellung von einer Beachtung Polens als einem eigenständigen Faktor abwegig erscheinen.

<sup>2</sup> Bericht über die außenpolitische Lage vom Bundesminister des Auswärtigen am 28. Juni 1956, in: *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949–1994*, Köln 1995, S. 231f.

<sup>3</sup> Vgl. Mechthild Lindemann, *Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblockstaaten*, in: Rainer A. Blasius (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, München 1994, S. 45–96, hier S. 47.

Ungeachtet des Fehlens offizieller Beziehungen und trotz der Stagnation in den westdeutsch-polnischen Beziehungen auf der politischen und diplomatischen Ebene gab es ein zunehmendes Interesse in aufgeschlosseneren Kreisen in Westdeutschland an wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Die Rezeption des reichen und teilweise avantgardistischen polnischen Kulturlebens nahm in der Bundesrepublik nach der ersten politischen und kulturellen Liberalisierung in Polen 1956 in bemerkenswerter Weise zu.<sup>14</sup>

Noch in der Endphase der Kanzlerschaft Adenauers übernahm Außenminister Gerhard Schröder (CDU) dann die Initiative zur Einrichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau. Ein Handelsvertrag kam am 7. März 1963 zustande. Schröder kam bei seiner „Politik der Bewegung“ zu Hilfe, dass sich seit Beginn der sechziger Jahre in der westdeutschen Öffentlichkeit eine Öffnung gegenüber den östlichen Nachbarn, insbesondere gegenüber Polen, abzeichnete, die von akademischen, kulturellen, publizistischen und kirchlichen Kreisen getragen wurde. Am 24. Februar 1962 hatten acht führende protestantische Laien das so genannte Tübinger Memorandum veröffentlicht und darin die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Voraussetzung einer Normalisierung der Beziehungen mit Polen und den übrigen osteuropäischen Staaten bezeichnet. Im Oktober 1965 veröffentlichte die Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Deutschlands eine Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. Auf eine polnische Initiative ging der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen (November bzw. Dezember 1965) zurück. Das Memorandum des „Bensberger Kreises“ von prominenten Katholiken aus dem Jahr 1968 ging deutlich über die enttäuschende Antwort der deutschen katholischen Bischöfe zur Grenzfrage hinaus.

Der Berliner SPD-Landesverband unter dem Bundesvorsitzenden und Regierenden

Bürgermeister Willy Brandt machte mit dem Konzept vom „Wandel durch Annäherung“ (so Brandts Pressesprecher Egon Bahr am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing<sup>15</sup>) einen wichtigen Schritt zur Entwicklung einer neuen Ostpolitik. Auf dem Dortmunder Parteitag im Juni 1966 sprach Brandt von der „Notwendigkeit von Opfern“ bezüglich der Oder-Neiße-Grenze.

Die Jahre der Großen Koalition (1966–1969) sollten als „Jahre des Übergangs“ in die Geschichte der westdeutsch-polnischen Beziehungen eingehen. Der christdemokratische Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger suchte einen politischen Ausgleich mit Polen durch eine vorübergehende Vereinbarung auf der Grundlage des territorialen Status quo. Wegen der konzeptionellen Divergenzen zwischen dem ostpolitisch konservativen Flügel in der CDU/CSU und der SPD zeigte sich seine Regierung jedoch außerstande, eine grundlegende Wendung in den Beziehungen Bonn-Warschau zu vollziehen. Auf das Bonner Angebot zur Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten unter Ausklammerung der Grenzfrage und der staatlichen Anerkennung der DDR antwortete die Sowjetunion mit Gegendruck.

Es waren die neue Definition des Gewaltverzichts, die Regelung der Beziehungen zur DDR sowie Überlegungen in der SPD zur Oder-Neiße-Grenze (Nürnberger Parteitag im März 1968), die zu Eckpunkten einer neuen Ostpolitik wurden und einer Annäherung zwischen der Regierungspartei SPD und der ostpolitisch innovativen, oppositionellen FDP<sup>16</sup> den Weg bereiteten. Vergleicht man die polenpolitischen Positionen der großen Parteien Anfang 1969, dann konnte sich der Vorschlag des polnischen Parteichefs Władysław Gomułka vom 17. Mai 1969, ein Abkommen mit der Bundesrepublik abzuschließen, um die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze völkerrechtlich festzulegen, eigentlich nur an eine noch nicht existierende Regierungskoalition von Sozial- und Freien Demokraten richten.

<sup>14</sup> Vgl. Andreas Lawaty, Die kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis 1975, in: Wolfgang Jacobmeyer (Red.), Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975), Braunschweig 1987, S. 179–189.

<sup>15</sup> Siehe auch Egon Bahrs Darstellung in seinen Erinnerungen: Zu meiner Zeit, München 1996<sup>2</sup>, S. 152–161.

<sup>16</sup> Siehe auch: Peter Juling, Für eine realistische Vertragspolitik, in: Hans Wolfgang Rubin (Hrsg.), Freiheit, Recht und Einigkeit. Zur Entspannungs- und Deutschlandpolitik der Liberalen, Baden-Baden 1980, S. 129–146.

## „Normalisierung“ und Stagnation 1970–1980

Nach der Bundestagswahl im September 1969 ging die SPD-FDP-Koalition neue Wege in der Ost- und Polenpolitik. Der am 7. Dezember 1970 in Warschau unterzeichnete „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ stand am Ende mehrmonatiger Verhandlungen. Er stellte einen politischen und rechtlichen Kompromiss dar, nachdem die Bundesregierung ursprünglich an einen Gewaltverzichtsvertrag mit Grenzformel gedacht hatte, die polnische Regierung an ein reines Grenzabkommen in Anlehnung an den Görlitzer Vertrag. Mehr noch als der Warschauer Vertrag selbst symbolisiert bis heute eine Geste des deutschen Kanzlers die historisch-moralische Dimension der neuen Polenpolitik: der Kniefall vor dem Denkmal der Aufständischen des Warschauer Ghettos.

Im Warschauer Vertrag stellten die Bundesrepublik und Polen übereinstimmend fest, dass „die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet“. Sie bekräftigten die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen und erklärten, „dass sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“. Für die Diskussion fast ein Vierteljahrhundert später ist es nicht unerheblich, dass der Verzicht Polens auf weitere Reparationsleistungen (Erklärungen vom August 1953 und vom Januar 1954) nochmals ausdrücklich bekräftigt wurde. Während Außenminister Walter Scheel die Frage der „Familienzusammenführung“ wenigstens in der „Information“ der polnischen Regierung berücksichtigt sehen konnte, musste die Bundesregierung die Verwirklichung von Minderheitenrechten der in Polen verbliebenen Deutschen ungeklärt lassen.

Nach einer der erbittertsten politischen Auseinandersetzungen, die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zwischen

Regierung und parlamentarischer Opposition zu verzeichnen waren, wurde der Warschauer Vertrag (gleichzeitig mit dem Moskauer Vertrag) im Mai 1972 ratifiziert. Im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Warschauer und den Moskauer Vertrag nahm der Deutsche Bundestag einstimmig bei fünf Enthaltungen eine Entschließung an, in der erklärt wurde, dass die Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes durch die Ostverträge nicht berührt würde: „Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen.“ Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau erfolgte im September.

Während der Warschauer Vertrag für die Bundesrepublik bereits die „Normalisierung“ mit sich bringen sollte, die Bonn mit dem schwerwiegenden Grenzrevisionsverzicht gegenüber Polen als historischer Leistung in die Wege geleitet hatte, sah die polnische Seite in dem Vertrag erst den Beginn eines langwierigen Normalisierungsprozesses, in dem die Bundesrepublik noch eine weitgehende Bringschuld zu erfüllen hatte. Der deutschen Seite ging es vor allem um die Fortführung und Erleichterung von Familienzusammenführungen und die Aussiedlung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus Polen. Die Warschauer Regierung sah dagegen im Warschauer Vertrag die Voraussetzung, auch die Entschädigungsfrage zugunsten polnischer Opfer aus der Zeit der nationalsozialistischen Okkupation und KZ-Haft zu regeln.

Erst im August 1975 wurde während des KSZE-Gipfels in Helsinki zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Parteisekretär Edward Gierek ein Kompromiss gefunden, der für eine Minimallösung (Renten- und Unfallversicherungsabkommen, Pauschalabgeltung von Rentenansprüchen, Finanzkredit, Umsiedlungsprotokoll und langfristiges Kooperationsprogramm für Wirtschaft, Industrie und Technik) ausreichte, aber nicht verhindern konnte, dass die individuelle Entschädigung der Angehörigen unterschiedlicher Opfergruppen der NS-Herrschaft in Polen bis Ende der neunziger Jahre eine nicht befriedigend geregelte Frage blieb.

Am Ende des Jahrzehnts trat in den Beziehungen zwischen Bonn und Warschau Stagnation ein. Die 1972 aufgenommenen Schulbuchgespräche galten zwar als exemplarisch

für einen neuen Zugang zur Geschichte und Gegenwart der Beziehungen der beiden Nationen, und 1976 wurden erstmals „Gemeinsame Empfehlungen“ vorgestellt, aber auch sie konnten politisch-ideologische Tabus, die von polnischer Seite aufrechterhalten wurden, nicht durchbrechen.

## Beziehungen in Zeiten der Systemdestabilisierung

In den fünfzehn Monaten der Solidarność-Bewegung trat in den bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau Stillstand ein. Nach dem August 1980 wurde erstmals die Grundsatzfrage für die westdeutsche Politik und Gesellschaft gestellt: Was bedeutet gute Nachbarschaft und Solidarität mit Polen in dem Augenblick, da der kommunistischen Macht eine demokratische Massenbewegung gegenübertritt, die Solidarität mit ihren vom Westen geteilten Zielen erwartet?

Ein Zwiespalt bundesdeutscher Polenpolitik war angesichts des sich ankündigenden Paradigmenwechsels in der europäischen Politik nach der Verhängung des Kriegsrechts nicht zu übersehen. Bonn signalisierte zwar ununterbrochen seine moralische Verbundenheit mit der Freiheitsbewegung in Polen. Die humanitäre Hilfe aus der Bundesrepublik war die bei weitem umfangreichste aller westlichen Staaten. Zur Sanktionspolitik des westlichen Bündnisses hatte Bonn jedoch von Anfang an ein distanzierendes Verhältnis und fragte nach ihrer Zweckmäßigkeit.

Wenn die offizielle Politik – mit Akzentverschiebungen nach dem Wechsel zur CDU/CSU-FDP-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl – „business as usual“ betrieb, so vollzog sich in der polnischen Gesellschaft am Beginn der achtziger Jahre ein Wandel des Bildes von den Westdeutschen. Den Hauptrichtungen der demokratischen Opposition und länger zurückliegend schon der unabhängigen katholischen Intelligenz galt die Bundesrepublik als Brücke zur politischen Kultur und Zivilisation Westeuropas. In weiten Kreisen der unabhängigen Intelligenz Polens hatten sich die Befürchtungen abgebaut, dass von Westdeutschland eine Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze ausgehe und eine Wiedervereinigung Deutschlands nur negative Folgen für Polen haben müsse.

Auf der Ebene der Machthaber in Polen waren es in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre vor allem die Perestrojka in der Sowjetunion und das Interesse der innenpolitisch bedrängten Jaruzelski-Führung an einer wesentlichen Ausweitung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zur Bundesrepublik, die Bewegung in die Beziehungen brachten. Zudem erleichterten politische Grundsatzserklärungen aus den Reihen der Union der polnischen Führung die Abkehr von alten Positionen. Bundeskanzler Kohl bekräftigte, dass seine Regierung zu den getroffenen Vereinbarungen des Warschauer Vertrags „in vollem Umfang“ stehe, und der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühle sprach von der „politischen Bindungswirkung“ des Warschauer Vertrags, „die auch von einem wiedervereinigten Deutschland nicht ignoriert werden könnte“.<sup>17</sup> Premierminister Mieczysław Rakowski stellte im Dezember 1988 den Wunsch der polnischen Führung nach einer grundlegenden und dauerhaften Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik ausgerechnet während seines Arbeitsbesuchs in Ost-Berlin demonstrativ zur Schau.

## Die „goldenen“ neunziger Jahre

Im Herbst 1989 plädierte der Premierminister der ersten vom Volke mehrheitlich akzeptierten Nachkriegsregierung Polens, Tadeusz Mazowiecki, in seiner Regierungserklärung für „eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspreche“. Nirgends wurde der sich ankündigende Paradigmenwechsel sinnfälliger als zwischen dem 9. und 14. November 1989. Die Koinzidenz des offiziellen, außergewöhnlich langen Polenbesuchs von Bundeskanzler Kohl und der Versöhnungsgeste der beiden Regierungschefs in Kreisau mit dem Fall der Mauer, die kurzfristig beschlossene Unterbrechung des Besuchsprogramms für einen Blitzbesuch in Berlin und die anschließende Unterzeichnung einer „Gemeinsamen Erklärung“ mit 78 Punkten über das Verhältnis zwischen den beiden Staaten verdichteten die Anzeichen einer historischen Zeitenwende in der Mitte Europas.

Mit der Unterzeichnung und Ratifizierung des deutsch-polnischen Grenzvertrags unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung war das Ende der Nachkriegszeit im deutsch-

<sup>17</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 2. 1985.

polnischen Verhältnis völkerrechtlich besiegelt. Die Gründungsakte der deutsch-polnischen Partnerschaft und politischen „Interessengemeinschaft“ (so Außenminister Krzysztof Skubiszewski 1990) in einem sich neu integrierenden Europa war der „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991. Erstmals ergab sich die Chance einer politischen Allianz zwischen einem vereinigten demokratischen Deutschland und einem freien und demokratischen Polen. Tatsächlich entwickelte sich das deutsch-polnische Verhältnis in den neunziger Jahren so vielfältig und intensiv wie nie zuvor in der neuzeitlichen politischen Beziehungsgeschichte zwischen den beiden Nationen.<sup>18</sup>

Auf den Grenzbestätigungs- und den Partnerschaftsvertrag folgte eine größere Anzahl von bilateralen Abkommen. Der Besuchsaustausch zwischen Deutschland und Polen auf Regierungs- und Parlamentarierenebene vom Bund bis zu den Kommunen war seit Anfang der neunziger Jahre bemerkenswert intensiv. 1991 wurde die trilaterale Kooperation („Weimarer Dreieck“) zwischen Deutschland, Frankreich und Polen aufgenommen. Seitdem treffen sich die „Weimarer“ Staats- bzw. Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister regelmäßig. Seit 1997 finden deutsch-polnische Regierungskonsultationen nach westeuropäischem Vorbild statt.

Von großem politischem Fingerspitzengefühl zeugten symbolische Gesten deutscher und polnischer Politiker. So lud Präsident Lech Wałęsa den neuen Bundespräsidenten Roman Herzog zur Gedenkfeier aus Anlass des 50. Jahrestags des Beginns des Warschauer Aufstands am 1. August 1994 ein. Bundespräsident Richard von Weizsäcker machte seinen Abschiedsbesuch am Ende seiner Amtszeit im Juni 1994 bei seinem polnischen Amtskollegen. Eine der ersten Auslandsreisen führte Bundespräsident Johannes Rau gemeinsam mit Präsident Aleksander Kwaśniewski am 1. September 1999 auf die Westerplatte bei Danzig, wo 60 Jahre zuvor mit dem deutschen

Beschuss der Zweite Weltkrieg begonnen hatte. Wenige Tage zuvor hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder gemeinsam mit Premier Jerzy Buzek den Soldatenfriedhof von Palmiry bei Warschau aufgesucht. Eine weitere Geste von hohem politisch-symbolischem Stellenwert war die Einladung an Außenminister Władysław Bartoszewski, als einziger ausländischer Gast auf der Veranstaltung des Deutschen Bundestags zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs zu sprechen.

Besonders erfreulich entwickelte sich die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, aber auch, was nur auf den ersten Blick überraschen mag, im militärischen Bereich. Schließlich fand Polen in Deutschland neben den USA den größten Fürsprecher eines NATO-Beitritts. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg gab es nach 1989 auf der Grundlage nationalen Rechts und im Partnerschaftsvertrag verankert eine befriedigende Regelung der Rechte der deutschen Minderheit in Polen – ebenso der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland. Flucht und Vertreibung der Deutschen nach 1945 wurde zu einem Gegenstand intensiver Forschung – vor allem in Polen – und zu einem gemeinsamen Gedächtnisort von Deutschen und Polen in der alten Heimat der Deutschen.

Aber hatten sich die deutsch-polnischen Beziehungen zum Ende der neunziger Jahre hin nicht verschlechtert, trotz der Erfolgskontingenzen? Waren am Ende des letzten Jahrzehnts nicht Ernüchterung, Enttäuschung, Ende der Geduld und Unlust, sich mit den „Mühen der Ebene“ zu beschäftigen, bzw. destruktive Lust, die Mühen des Alltags mit Rückschritt gleichzusetzen, eingetreten? Beobachter beschrieben eine Ritualisierung oder einen Verlust an Dynamik in der so viel beschworenen deutsch-polnischen „Interessengemeinschaft in Europa“.<sup>19</sup> Jedenfalls ging nach dem allmählichen Abtreten der Erlebnisgenerationen in beiden Ländern das in den letzten Jahrzehnten und Jahren Erreichte an gegenseitiger Aufmerksamkeit, Verpflichtung und Vernetzung teilweise wieder verloren. Der politische Generationswechsel, die „Gnade der späten Geburt“ der deutschen und polnischen Nachkriegsgenerationen

<sup>18</sup> Vgl. Mieczysław Tomala, *Od porozumienia do współpracy. Stosunki polsko-niemieckie w latach 1991–2001* (Von der Verständigung zur Zusammenarbeit. Die polnisch-deutschen Beziehungen in den Jahren 1991–2001), Warszawa 2004; *Polacy i Niemcy na drodze do partnerskiego sąsiedztwa* (Polen und Deutsche auf dem Weg zur partnerschaftlichen Nachbarschaft), hrsg. von Dieter Bingen/Krzysztof Malinowski, Poznań 2000.

<sup>19</sup> Vgl. Roland Freudenstein/Henning Tewes, *Stimmungstief zwischen Deutschland und Polen. Für eine Rückkehr zur Interessengemeinschaft*, in: *Internationale Politik*, 2 (2000), S. 49–56.

musste nicht automatisch mehr Sympathie, Nähe und gegenseitiges Interesse zur Folge haben als der Idealismus und die visionäre Kraft der Politikergeneration, die in den neunziger Jahren die politische Bühne Deutschlands und Polens verlassen hatte.

Es war nur scheinbar paradox, dass sich mit dem Erfolg der „Interessengemeinschaft“, verstanden als Deutschlands Fürsprecherrolle für Polen auf dem Weg in die NATO und in die EU, zugleich ihre ursprüngliche Aufgabe erschöpft hatte. Die notwendigerweise paternalistische Partnerschaft mit Deutschland in der Rolle des Anwalts des Klienten Polen war plötzlich „out“.<sup>10</sup> Und die Ratlosigkeit, wie mit der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft am Tag nach dem NATO-Beitritt und gesicherter EU-Perspektive Polens verfahren werden sollte, war auf beiden Seiten weit verbreitet.

## Neue Herausforderungen

Deutsche und Polen wurden unvorbereitet durch neue außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen („9/11“ und internationaler Terrorismus, europäische Verfassung) und geschichtspolitische Debatten („Flucht und Vertreibung“ in Deutschland, „Jedwabne“ in Polen) in Anspruch genommen. Man redete oft aneinander vorbei. Der Modus der Austragung von Wahrnehmungsdifferenzen und Interessenunterschieden im politischen Alltag der letzten Jahre belegt, dass der Umgang unter den neuen Freunden noch weit von „Normalität“ entfernt ist.

Dabei spielen innenpolitische Implikationen außenpolitischen Handelns eine unverändert große Rolle. Dies trifft auf geschichtspolitische Debatten im bilateralen Verhältnis zu und ebenso intensiv auf außenpolitische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.<sup>11</sup> Drei Themenkomplexe beschäftigten Deutsche und Polen in der jüngsten Zeit ganz besonders, und ihre Behandlung soll Maßstab für die Einschätzung des aktuellen Standes und der Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen sein: der Irak-Konflikt, die euro-

päische Verfassungsdebatte und die Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“.<sup>12</sup>

Seit Herbst 2002 hatte sich in der Irak-Krise und in der Bewertung der transatlantischen Beziehungen eine Kluft zwischen Deutschen und Polen aufgetan. Die unterschiedlichen Perspektiven, aus denen heraus das Verhalten des jeweils anderen Landes kommentiert wurde, trugen zur Entfremdung bei.<sup>13</sup> In deutschen Medien wurde die polnische Entscheidung zur Kriegsbeteiligung als Abwendung von Europa und als Anzeichen dafür gesehen, dass mit der EU-Erweiterung ein Fortschritt in diesem Bereich durch die proamerikanischen Neumitglieder eher behindert werden wird. Das Auseinanderdriften der öffentlichen Debatte in Polen und Deutschland zur „europäischen Identität“ (u. a. GASP und ESVP), wie es der Irakkrieg beförderte, machte die Schwächen des deutsch-polnischen sicherheitspolitischen Dialoges der letzten Jahre deutlich.

Wenn der Irak-Konflikt und seine Nachbereitung die große Bewährungsprobe für das deutsch-polnische Verhältnis in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen und auf Fragen globaler Sicherheit darstellt, so ist die mit dem 1. Mai 2004 symbolisierte neue Ära europäischer Integrationspolitik die zweite große Bewährungsprobe. Die Unterschiede in entscheidenden politischen Fragen der Zukunft der Europäischen Union sind unübersehbar. Besonders augenscheinlich waren die Wahrnehmungs- und die Interessenunterschiede mit der europäischen Verfassungsdebatte verbunden.

Dieser Prozess wurde unbeabsichtigt noch verstärkt durch die Bundesregierung, die unter Hinweis auf die eigene, primär an europäischen Interessen orientierte Haltung auf eine demonstrative Einbindung des widerspenstigen Polen (anders als auf dem Gipfel von Kopenhagen im Dezember 2002) verzichtete. Deutschland fiel diese Haltung leicht, denn das Konventsergebnis berücksichtigte zahlreiche deutsche Vorstellungen, während Polen es vor allem als Verzicht auf „historische Errungenschaften“ (die Aufwertung Po-

<sup>10</sup> Vgl. Theo Mechtenberg, Ist die deutsch-polnische Interessengemeinschaft am Ende?, in: Deutschland Archiv, (2004) 2, S. 206–214, hier S. 213.

<sup>11</sup> Vgl. u. a. Kai-Olaf Lang, Pragmatische Kooperation statt strategische Partnerschaft. Zu Stand und Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen, SWP-Aktuell 48, Oktober 2004.

<sup>12</sup> Vgl. Basil Kerski, Zwischen Desinteresse und Misstrauen, in: Internationale Politik, (2004) 4, S. 31–40.

<sup>13</sup> Vgl. Anna Wolff-Powęska, Co się stało, sąsiedzi? (Was ist passiert, Nachbarn?), in: Gazeta Wyborcza vom 21./22. 2. 2004.

lens im Vertrag von Nizza) auffasste. Die polnische Haltung zur Stimmengewichtung in der EU der 25 war Ausdruck einer in der politischen Elite weitgehend ungebrochenen „idée fixe“ vom souveränen Nationalstaat, für die ein Kompromiss weiterhin mit dem Odium der Niederlage behaftet ist und somit keinen Wert hat. Nach diesem Muster ist der Gewinn des einen der Verlust des anderen. Diese Wahrnehmung der Außenwelt wurde verstärkt durch die Perzeption einer Renationalisierung der Außenpolitiken der alten EU-Staaten, nicht zuletzt Deutschlands. Eine fatale Ungleichzeitigkeit außenpolitischer Kulturen, in dieser Hinsicht eine Art „clash of civilizations“, bedarf noch der Moderierung.

So scheint es, als fehlte es in beiden Ländern an einer Strategie für eine Interessengemeinschaft in Europa nach dem magischen 1. Mai 2004. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind in eine neue Phase eingetreten, und das Drehbuch wird noch gesucht. Spätestens jetzt wird offenbar, dass beide Staaten sich in einer instabilen Übergangsphase befinden, in der sie ihre Rolle als europäische und internationale Akteure neu definieren, ohne bisher ihr neues Selbstverständnis austariert zu haben.<sup>14</sup>

Trotz aller Zweifel könnte auch nach der EU-Erweiterung eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft definiert werden, die allerdings einer neuen Begründung bedürfte. Sie könnte in den nächsten Jahren vor allem auf folgenden Pfeilern beruhen: einem gemeinsamen Interesse an einer solidarischen und handlungsfähigen Union; einem gemeinsamen Interesse an einer Nachbarschaftspolitik der EU, die eine Perspektive für eine demokratische Ukraine entwickelt, Belarus und Moldawien nicht vergisst und den europäischen Modus der Partnerschaft mit Russland findet; einem gemeinsamen Interesse an einer Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union. Zu diesem Zweck ist die Initiativrolle eines „Kerns“ unerlässlich, dem sich anzuschließen jedem EU-Mitgliedstaat, auch Polen, freistehen muss.<sup>15</sup>

Auf der Suche nach der Wiedergewinnung einer „deutsch-polnischen Interessengemein-

schaft in Europa“ gilt es nicht nur auf dem Feld der internationalen Sicherheitspolitik (Irak-Konflikt, transatlantische Beziehungen) und Europapolitik Gemeinsamkeiten (wieder) zu entdecken; auch bei der Definition geschichtspolitischer Interessen und der Erinnerungskultur (Zweiter Weltkrieg, deutscher Terror, Vertreibungen) gilt es, mühsam gewonnene Gemeinsamkeiten zu erhalten bzw. zurückzuerobern.

Der Stil des deutsch-polnischen Streits um die Einrichtung eines „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist beunruhigend. Deutsche und Polen, darunter auch viele Vertriebene, hatten im letzten Jahrzehnt einen Dialog über schwierige Kapitel der Vergangenheit entwickelt, der für andere Völker beispielgebend war – und der zeigte, dass gemeinsame Aufarbeitung nicht nur möglich ist, sondern befreiend wirken kann. Deutsche und polnische Wissenschaftler stimmen heute in der Beurteilung der historischen Vorgänge weitgehend überein. In der aktuellen Auseinandersetzung um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ wurden die Erfahrungen der deutsch-polnischen Annäherung nicht genutzt. Es kam stattdessen zu einem Rückfall in Denkmuster, die als längst überwunden galten. In Polen wuchs bei manchen die Befürchtung, die Deutschen strebten ein neues Geschichtsbild an, in dem sie sich vor allem als ein Volk der Opfer darstellen würden, und bereiteten damit Ansprüche auf Entschädigung für verlorenes Eigentum in den früheren deutschen Ostgebieten vor. In Deutschland entstand der Eindruck, in Polen wolle man sich nicht mit dem schmerzlichen Komplex der Vertreibungen beschäftigen und darüber hinaus den Deutschen verbieten, ihrer Opfer zu gedenken. Diese Reaktionen ignorieren, dass in Polen die Vertreibung der Deutschen schon lange kein Tabuthema mehr ist und dass in Deutschland Restitutionsansprüche Vertriebener nur in politischen Randgruppen erhoben werden. Zudem wurde übersehen, dass eine gemeinsame Beschäftigung mit den Vertreibungen den Blick für das Leid der anderen öffnen kann: den Deutschen zum Beispiel für das in Deutschland erschreckend unbekanntes Schicksal der nichtjüdischen Polen unter der NS-Herrschaft, einschließlich der Zwangsumsiedlungen von Polen.

Die für die deutsche Öffentlichkeit eher marginale Debatte über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die bis heute wenig wahrgenommenen Aktivitäten der „Preußi-

<sup>14</sup> Vgl. auch dies./Dieter Bingen (Hrsg.), *Nachbarn auf Distanz. Deutsche und Polen 1998–2004*, Wiesbaden 2005.

<sup>15</sup> Arbeitspapier VIII der Kopernikus-Gruppe, [www.deutsches-polen-institut/Projekte/KopernikusGruppe/Mitteilungen.html](http://www.deutsches-polen-institut/Projekte/KopernikusGruppe/Mitteilungen.html).

schen Treuhand“ haben in Polen zu starken Irritationen geführt. Die politische Mitte in Polen hat ihre europäischen und auf einen Ausgleich mit Deutschland gerichteten Überzeugungen hintangestellt und – offenbar unter dem Eindruck, von Populisten und Nationalisten als unpatriotisch abgestempelt zu werden – in den Chor derer mit eingestimmt, die 60 Jahre nach Kriegsende Hoffnungen nähren, die immensen Leiden, die Polen während des Zweiten Weltkrieges zugefügt wurden, könnten durch das Aufstellen völkerrechtlich zweifelhafter Reparationsforderungen gelindert werden.

Ein großer Teil der politischen Öffentlichkeit in Deutschland hat unbeabsichtigt zu dieser Eskalation beigetragen, indem entweder aus Desinteresse an dem Thema oder aus irgendwelchen Rücksichten zu lange der Diskussion über Sinn und Zweck des von der Stiftung der Vertriebenen geforderten „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin ausgewichen wurde und Vorstellungen über ein europäisches Zentrum oder Netzwerk gegen Vertreibungen erst spät und halbherzig-reaktiv entwickelt wurden.

## Schwierige Erfolgsgeschichte auf Bewährung

In Deutschland wie in Polen sind mit unterschiedlicher Gewichtung und emotionaler Intensität wichtige Elemente der Außenpolitik Gegenstand innenpolitischer Gegensätze und parteipolitischer Profilierung geworden. Die Erfahrungen gerade auch mit Nachbarschaftsbeziehungen und der europäischen Einigungspolitik nach 1950 lehren, dass nationaler Egoismus und Rücksichtslosigkeit – wenn überhaupt – nur kurzfristige Vorteile brachten und die Miteinbeziehung der Interessen des Anderen in das eigene Kalkül mehr und längerfristigen Nutzen für alle beteiligten Seiten generierte. Deutsche und Polen haben zu unterschiedlichen Zeiten, die Westdeutschen in den fünfziger, die Polen in den neunziger Jahren, erfahren, wie europäische Solidarität Positives für ihre Rückkehr in eine freie europäische Staatengemeinschaft und die Stabilität in Europa bewirken kann.

Die Stärke der Demokratie zeigt sich nicht nur am Willen zur Integration, sondern ebenso zur Abgrenzung von denen, die bestimmte Grundregeln des Zusammenlebens – sowohl innerhalb der nationalen Gesellschaft als auch

zwischen gesellschaftlich – nicht akzeptieren. Das hieße beispielsweise in Deutschland Abgrenzung von Restitutions- bzw. Entschädigungsforderungen ohne Wenn und Aber; in Polen kein gemeinsames Spiel mit denen, die negative nationale Stereotype bedienen und die polnischen Akteure der Verständigung mit Deutschland hemmungslos verunglimpfen.

Man sollte sich allerdings bewusst sein, dass die Stimmungslagen im deutsch-polnischen Verhältnis, deutsche und polnische Verhaltensweisen nicht zuletzt auch Ausdruck der Unterschiedlichkeit von Größe und Gewicht der Nachbarn an Oder und Neißة sind. Polen hat seinen Platz als mittlerer europäischer Staat – souverän und integriert – noch nicht gefunden, ist sich seines neuen Partners Deutschland immer noch nicht sicher. Das erleichtert die politische Instrumentalisierung des historischen Komplexes einer vielfach geschlagenen stolzen Nation,<sup>16</sup> könnte aber dazu führen, dass Polen seine wichtige Rolle in der Mitte des integrierten Europas nicht ausfüllt.

In der letzten Zeit konnte sich der Eindruck verfestigen, dass die Gesellschaften – ungeachtet viel beschworener Asymmetrien<sup>17</sup> – und insbesondere ihre aktiven Teile in beiden Ländern weiter sind als viele, die behaupten, im Namen ihrer Nation zu handeln.<sup>18</sup> Es ist ein epochaler Fortschritt im Vergleich zu der Lage von 1945 oder 1949, dass die Akteure zweier Zivilgesellschaften von ihren politischen Führungen erwarten, dass diese den Weg der Verständigung weitergehen und sich nicht von Randgruppen und Populisten beirren lassen. Dabei wäre es bequem, die Verantwortung für den Stand der Dinge in Polen und in Deutschland symmetrisch zu verteilen. Richtig scheint aber zu sein, dass in Deutschland und in Polen die Wahrnehmungsdefizite auf Politik, Medien und gesellschaftliche Gruppen unterschiedlich verteilt sind. Aber wer wirft da den ersten Stein?

<sup>16</sup> Vgl. auch Sławomir Sierakowski, *Nowa historia, czy stara histeria? (Neue Historie oder alte Hysterie?)*, in: *Rzeczpospolita* vom 22. 9. 2004; Ryszard Terlecki, *Powrót do historii (Rückkehr zur Geschichte)*, in: *Rzeczpospolita* vom 28. 8. 2004.

<sup>17</sup> Siehe Ireneusz Krzemiński, *Asymmetrie der Wahrnehmung*, in: *Dialog. Deutsch-polnisches Magazin*, Nr. 64 (2004), S. 4–7.

<sup>18</sup> Siehe Janina Paradowska, *Politycy w pułapce radykalizmu (Politiker in der Radikalismusfalle)*, in: *Polityka*, Nr. 52/53 vom 25. 12. 2004.

# Die historische Erinnerung in Polen

Die historische Erinnerung ist neben Sprache, Konfession und Kultur das wichtigste Element, das nationale Identitätsgefühle in Polen schuf und verstärkte. Polen als moderne Nation bildete sich im 19. Jahrhundert, in der Zeit der Teilungen, des

Fehlens eigener Staatlichkeit, der Unterordnung unter die meistens repressive Politik der deutschen, russischen und – weniger – der österreichischen Regierungen. Diese Tatsachen übten starken Einfluss auf das historische Bewusstsein aus.

## Krzysztof Ruchniewicz

Dr. phil., geb. 1967; Direktor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław, Leiter des Lehrstuhls für Geschichte. Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich Willy Brandta, ul. Straznica 1–3, 50–206 Wrocław/Polen. ruchniewicz@wbz.uni.wroc.pl.

Zu den wichtigsten Themen der historischen Erinnerung in Polen gehören daher Fragen des Unabhängigkeitskampfes und seine martyrologische Komponente. Eine solche Einstellung zur eigenen Vergangenheit lässt sich am Beispiel der Feiern anlässlich der nationalen Gedenktage belegen. Der wichtigste staatliche Feiertag, der Jahrestag der Unabhängigkeit, der am 11. November gefeiert wird, besitzt vor allem martyrologische Akzente. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, dass der Weg zu einem unabhängigen Polen aus blutigen und verlorenen Kämpfen bestand, auf die Repressalien folgten. Selbst wenn einer der Helden den Kampf um Unabhängigkeit überlebte, musste er in der Volksüberlieferung sterben. Ein derartiges Schicksal traf etwa den Helden des Gedichtes „Redoute Ordon“ des großen Romantikers Adam Mickiewicz, in dem der Dichter Ordon wider die historische Wahrheit, aber in Übereinstimmung mit dem verbreiteten Stereotyp, trotz der Übermacht der angreifenden Russen die Redoute in die Luft jagen ließ und dabei starb.

Die 1918 errungene Unabhängigkeit dauerte nur 20 Jahre und wurde durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen. Das hat zur Folge, dass der Erfolg des Novembers 1918 durch das Prisma des Septembers 1939 gesehen wird. Die Tradition des Kampfes um die Unabhängigkeit betrachtete man zusammen mit den Kämpfen in den Jahren 1914 bis 1920 während der Zwischenkriegszeit als eines der wichtigsten Elemente der patriotischen Erziehung. Wie erfolgreich sie war, zeigte die Haltung der polnischen Jugendlichen während des Zweiten Weltkriegs.

Nach 1945 verlor Polen, das zu den Siegermächten gehörte und viele Verluste zu verzeichnen hatte, gegen seinen Willen Teile seines Territoriums, veränderte sein politisches System und geriet in die Einflussphäre der ihm bis dahin feindlich gesinnten UdSSR. Die Polen fanden sich nie mit dieser Situation ab; davon zeugen nicht zuletzt die Versuche, die Fremdherrschaft abzuschütteln: 1956, 1970 und 1981. Diese Daten reihten sich in die der Aufstände gegen die Teilungsmächte (1794, 1830, 1864) sowie des Sieges über die Bolschewiki 1920 ein. Auf diese Weise entstand eine Kontinuität zwischen den letztgenannten und den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges (Verteidigungskrieg 1939, Warschauer Aufstand 1944) sowie den Protesten gegen die kommunistische Regierung. Ein solches Bild der Vergangenheit zeigt Polen in der Rolle des unschuldigen Opfers, das von anderen Nationen überfallen wird. In der polnischen Romantik entstand gar die Bezeichnung von Polen als „Christus der Völker“, die im Bewusstsein der Gesellschaft mit der älteren Parole der *antemurale christianitas* (Mauer des Christentums) verschmolz.

Im heutigen Polen wird Patriotismus immer noch fast ausschließlich mit dem Kampf um die Freiheit des Vaterlandes in Verbindung gebracht, nicht mit der Arbeit für dessen Entwicklung. Ein weiteres Merkmal der historischen Erinnerung ist ihre Entstehung in Opposition zur Macht und zum Staat. Der offiziellen Geschichte, die während der Teilungszeit bzw. in der Volksrepublik gelehrt wurde, wurde eine inoffizielle entgegengehalten, die durch die Familie, in im „zweiten Umlauf“ gedruckten Büchern bzw. Zeitschriften und in geheim gehaltenem Unterricht (den „fliegenden Universitäten“) vermittelt wurde. „Keine Staatsmacht kann der Herrschaft über die Zeit entsagen – der Herr-

schaft über das kollektive Gedächtnis und das kollektive Vergessen“, so die Soziologin Barbara Szacka. „Deshalb besteht eine Form des Widerstandes gegen die herrschende Macht darin, sich an das zu erinnern, was diese zum Vergessen verurteilt, und das zu vergessen, was diese im Gedächtnis erhalten will.“<sup>1</sup>

Der Begriff der „weißen Flecken in der Geschichte“, der sich in Polen in der zweiten Hälfte der achtziger und Anfang der neunziger Jahre großer Popularität erfreute, betraf vor allem die Lücken und Fehler in den offiziellen Geschichtsdarstellungen zur Zeit des Kommunismus. Private und staatliche Geschichte deckten sich nur kurz, nämlich von 1918 bis 1939 und in der Zeit nach 1989. Das Schicksal der Polen in den letzten zwei Jahrhunderten hatte zur Folge, dass Geschichte vor allem eine integrierende und die nationale Identität verstärkende Funktion besaß. Diskussionen über die Vergangenheit, eine vertiefte Reflexion, die gar in Kritik an der Nation mündeten, waren unpopulär. „Die Wunden nicht schwären lassen“ und „die Herzen stärken“ gehörten zu den wichtigsten Parolen der Zeit der Unabhängigkeit, die in die Überzeugungen breiter Bevölkerungskreise Eingang fanden. Allerdings bedeutet das nicht, dass keine Debatten über die Vergangenheit geführt wurden, aber sie drangen kaum in das gesellschaftliche Bewusstsein, das zum großen Teil nicht durch Arbeiten der Fachhistoriker, sondern durch schöngeistige Literatur, historische Romane und romantische Dichtungen geprägt wurde.

Anfang der neunziger Jahre wurde befürchtet, dass die Polen eine Nation seien, die nur in die Geschichte schaut, ständig an altes Unrecht erinnert und sich eine Öffnung auf die Zukunft erschwert. Andererseits gab es die Gefahr, dass vor allem die jüngste Vergangenheit allzu schnell vergessen bzw. gar idealisiert wird. Ein Großteil der älteren Generation ist in der Volksrepublik aufgewachsen und war von den Erfahrungen des Transformationsprozesses häufig schmerzlich betroffen. Außerdem stellte sich heraus, dass die freiheitsliebenden Polen gerade mit dieser Freiheit Probleme haben: Sie lernen, eine bürgerliche Gesellschaft zu sein, und es ist nicht so einfach, wie man es sich an der Weichsel anfangs vorgestellt hat.

<sup>1</sup> Barbara Szacka, Der widerspenstige Held. Der Warschauer Aufstand in der kollektiven Erinnerung in der Zeit der Volksrepublik Polen, in: Deutsche und polnische Geschichtskulturen. Die Formen des kollektiven Erinnerns. Materialien, Darmstadt 1994, S. 16.

Es kann nicht verwundern, dass in der Frage einer Bilanz der Volksrepublik Polen keine Übereinstimmung herrscht und ihre Beantwortung häufig von der politischen Präferenz der Personen abhängt, die gerade an ihr arbeiten. Diesen Einfluss der Politik spüren auch die Historiker. Die Diskussion über das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięi Narodowej), das polnische Pendant der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR, sind dafür das beste Beispiel. Die Auseinandersetzungen um die Person des ersten Direktors dieses Instituts bewirkten den Rückzug der sich um diesen Posten bewerbenden bekannten Historiker.

Vor allem die politischen Eliten erwarten von Historikern Bewertungen bzw. Urteile über Personen und Ereignisse aus der Vergangenheit. Man kann den Eindruck gewinnen, dass Historiker entweder totale Vergebung erteilen oder totale Anklage erheben sollen. Sie sollten nach dem Ideenhistoriker Jerzy Jedlicki die Rolle des „Oberbuchhalters“, des „Richters beim Geschichtstribunal“ sowie des „Agenten der historischen Gerechtigkeit“ spielen.<sup>2</sup> Manche erliegen diesem Druck oder teilen eine solche Sicht der Rolle des Forschers. Ergebnisse ihrer Arbeit werden tagespolitisch genutzt oder interpretiert.

In den Diskussionen, die 2004 über die Tätigkeit des Instituts des Nationalen Gedenkens geführt wurden, wurden diese Argumente besonders hervorgehoben. Die Mehrzahl der Forscher ist jedoch der Meinung, dass Abstand und vor allem gründliche und umfangreiche Archivstudien notwendig sind, wobei sie sich dem Vorwurf der Verwirrung und Relativierung der „historischen Wahrheit“ ausgesetzt sehen. „Man muss der Meinung zustimmen“, so die Historikerin Krystyna Kersten, „dass die Rolle des Historikers die Suche und Vorstellung der documents in the case ist – der Nachweise in der Sache; ich habe immer wieder betont, dass ich als Geschichtsforscherin zu wertenden Urteilen nicht befugt bin.“<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Jarzy Jedlicki, O pamięci zbiorowej (Über das kollektive Gedächtnis), in: Gazeta Wyborcza vom 26./27. 7. 1997.

<sup>3</sup> Krystyna Kersten, Czy można rozliczyć się z historią PRL? (Kann man mit der Geschichte der VRP abrechnen?), in: Włodzimierz Borodziej (Hrsg.), Ob rachunki z historią, Warszawa 1997, S. 27.

Welches Ausmaß nahmen die Repressionen nach dem 19. 4. 1945 an? Welches Verhältnis hatte die Gesellschaft zur kommunistischen Regierung und zu den sozioökonomischen Veränderungen? Die Frage der gesellschaftlichen Zustimmung und/oder ihres Fehlens ist für die gesamte Nachkriegszeit aktuell. Damit hängt die immer noch nicht abgeschlossene Frage nach einer freiwilligen oder erzwungenen Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsapparat zusammen. Zweitens geht es um die Wirtschaft und die Bewertung der Modernisierungsprozesse. Drittens geht es um den Charakter des totalitären Staates und sein Wirken.

Man kann feststellen, dass es eine „schwarze“ und eine „goldene“ Legende von der Volksrepublik Polen gibt. Auf folgende Weise hat der Soziologe Jerzy Szacki die beiden Einstellungen charakterisiert: Er ortete „eine Neigung in der Behandlung der Zeit der Volksrepublik Polen als eines Loches in der polnischen Geschichte oder höchstens eines Kapitels in der martyrologischen Geschichte der polnischen Nation – also der Zeitperiode, nach der nur die Gräber und Denkmäler bleiben (. . .). Ich vertrete diese Meinung nicht. Allerdings vertrete ich auch nicht die andere Meinung, nach der die Zeit der Volksrepublik eine normale Epoche unserer Geschichte und aufgrund des damals erreichten Fortschrittes vielleicht etwas besser als die anderen ist, also des Fortschrittes, dessen Früchte seit fünf Jahren verschwendet werden“<sup>14</sup>.

Der nostalgische Blick auf die Volksrepublik wird nicht nur von ehemaligen Funktionären der Kommunistischen Partei vertreten, von denen sich nur ein Teil in der neuen Wirklichkeit wiederfinden konnte. Nach den letzten Ergebnissen der Meinungsforschung halten 37 Prozent der Polen die nach 1989 zustande gekommenen Veränderungen für negativ, weitere 29 Prozent meinen, dass die Vor- und Nachteile sich das Gleichgewicht hielten.<sup>15</sup> Diese Meinung steht im Widerspruch zu der in derselben Umfrage deklarierten Überzeugung von 65 Prozent der Polen, dass es richtig gewesen sei, das politische System zu verändern. Sehr starke nostalgische Ge-

<sup>14</sup> Jerzy Szacki, *Dwie historie (Zwei Geschichten)*, in: *Spor o PRL*, Krakow 1996, S. 68–69.

<sup>15</sup> Vgl. Raport Centrum Badania Opinii Społecznej: *Polacy o zmianach po 1989 roku*. Komunikat z czerwca 2004 r. (Bericht des Zentrums zur Erforschung der Meinung der Gesellschaft: Die Polen über die Veränderungen nach 1989, Juni 2004).

fühle gibt es vor allem bei Menschen mittleren Alters und bei Alten sowie bei Bewohnern von Dörfern und Kleinstädten. Diese Menschen neigen am meisten zur Sehnsucht nach der angeblich von Wohlstand und Glück geprägten Dekade der Regierung von Edward Gierek (Erster Sekretär der PVAP von 1970 bis 1980), wobei sie eher an den Beginn seiner Amtszeit, die durch bessere Versorgung, die Chance auf einen Reisepass und ein billiges Auto gekennzeichnet war, und weniger an das Ende denken, als leere Läden, Mangel an Kohle und Unterbrechungen in der Stromversorgung herrschten. Die Nostalgie nach dem Kommunismus hat die lange von der Opposition gehegte Überzeugung von einer klaren und dauerhaften Unterscheidung zur Zeit des Kommunismus zwischen der Gesellschaft und der Macht, zwischen „uns“ und „denen da oben“ verwischt.

Angesichts der Tatsache, dass die Deutschen noch immer mit ihrer NS-Vergangenheit ringen, wäre es vermessen zu glauben, dass es in Polen gelinge, in nur wenigen Jahren die Hinterlassenschaften des Kommunismus zu bewältigen. In letzter Zeit mehren sich Vorwürfe gegen ehemalige Oppositionelle über eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst (z. B. gegen Malgorzata Niezabitowska, Pressesprecherin der ersten nichtkommunistischen Regierung Mazowiecki). Ähnliche Vorwürfe werden an die Adresse von Mitgliedern der postkommunistischen Linken gerichtet, etwa an den bis vor kurzem das Amt des Sejm-Präsidenten bekleidenden ehemaligen Premierminister Josef Oleksy.

Die Grundlage für diese Vorwürfe bilden Archivmaterialien, die im Institut des Nationalen Gedenkens aufbewahrt werden. Zwar waren die Akten des Staatssicherheitsdienstes durch die Kommunisten 1988/89 vernichtet worden, es stellte sich aber heraus, dass viele Dokumente in Kopie in anderen Beständen erhalten geblieben sind. Die Enttarnung ehemaliger Agenten hat zur Folge, dass immer mehr Zweifel laut werden, ob die stillschweigend im Namen des gesellschaftlichen Friedens angenommene Art der Amnestie richtig gewesen war. Es werden sogar Befürchtungen laut, dass bei der Bevölkerung Gefühle eines „Eintunkens“ (*umoczenia*) der gesamten ehemaligen Opposition in den Agentensumpf entstehen könnten. Eine solche Einstellung wäre ein guter Nährboden für Verschwörungstheorien. Diese Gefühle, verbunden mit

der totalen Kritik an der heutigen Situation in Polen, können die Distanz oder Abneigung gegenüber der 3. Republik, die als Schöpfung der ehemaligen Oppositionellen gilt, nur verstärken. Hinzu tritt die Ohnmacht angesichts einer Situation, in der die Gerichte nicht imstande sind, die Schuldigen für den Tod von Dutzenden von Danziger Werftarbeitern im Dezember 1970 oder von Bergleuten während des Kriegsrechtes zu benennen. Die jahrelangen Prozesse stellen die Achtung des Staates, den Glauben an die Gerechtigkeit bei Menschen, die diese Vorkommnisse noch lebhaft in Erinnerung haben, in Frage.

## Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg

Das Bild von der Vergangenheit der eigenen Nation bestimmt nicht nur die inneren Verhältnisse, sondern auch die Beziehungen zu anderen Nationen. Entscheidende Bedeutung hat die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Für über 20 Prozent der Polen ist er noch immer eine persönliche Erfahrung. „Die gespürten Folgen des Zweiten Weltkrieges zwingen uns immer zum Denken und Sprechen über diese Jahre“, so der Historiker Tomasz Szarota. „Im Bildungs- und Erziehungssystem wird besonderer Wert auf die Zeit des 2. Weltkrieges und der Okkupation gelegt. Die Ereignisse und die mit ihnen zusammenhängenden Personen sind immer im Fernsehen, Radio und der Presse präsent. (. . .) Vielleicht werden in keinem Land die mit dem 2. Weltkrieg verbundenen Jahrestage so oft und feierlich abgehalten. (. . .) Während der Jahrestage beleben sich die Stätten des nationalen Gedenkens, sie werden wieder zum Element der lebendigen Geschichte – die Blumen, brennenden Kerzen, weiß-roten Fähnchen weisen unsere Gedanken auf die Vergangenheit hin. Wer nicht an Allerheiligen auf dem Warschauer Militärfriedhof in Powazki [hier sind u. a. die gefallenen Aufständischen von 1944 begraben, K.R.] war, ist nicht imstande zu begreifen, was es bedeutet, mit der Geschichte zu leben.“<sup>16</sup>

In den Jahren 1965, 1977 und 1988 wurden Personen mit höherer Ausbildung nach den glorreichsten Ereignissen der 1000-jährigen Geschichte Polens befragt. Immer wurde an erster Stelle der Zweite Weltkrieg genannt.

<sup>16</sup> Tomasz Szarota, *Wojna na pocieszenie* (Der Krieg für den Trost), in: *Gazeta Wyborcza* vom 6. 9. 1996.

Heute würde eine ähnliche Befragung kaum anders ausfallen. Der Großteil der Polen, wie wir aus den Ergebnissen der Meinungsforschung folgern können, hat nach wie vor ein emotionales Verhältnis zu diesen Ereignissen, und das gilt für die Jungen wie die Alten: 73 Prozent sind der Meinung, dass diese Vergangenheit lebendig und erinnerungswürdig ist.<sup>17</sup> Die Jahrestage 2004 und 2005 verstärken zusätzlich diese Überzeugung. Diese Tatsache ist mit der polenzentrierten Darstellung des Bildes dieses Krieges zu erklären: Es wird stets betont, dass sich Polen als erstes Land Hitler widersetzte, dass es keine Quislinge gab, es nicht nur eine Opposition besaß, sondern einen Untergrundstaat (*Polskie Państwo Podziemne*) geschaffen hat, und schließlich, dass die Polen proportional die größten menschlichen Verluste zu verzeichnen hatten.

Interessant ist, dass die militärischen Ereignisse auf polnischem Boden insgesamt nur eine zweitrangige Rolle spielen. Aber die Polen stellten laut einer 1994 durchgeführten Erhebung die Verteidigung Warschaws 1939 und den Kampf um Monte Cassino der Schlacht bei Stalingrad und der Landung der Alliierten in der Normandie voran. Szarota ist zuzustimmen, wenn er behauptet, dass diese Bevorzugung der mit Polen verbundenen Ereignisse nicht die Bedeutung der Kriegserfahrungen für die heutigen Polen, sondern ihre Suche nach einem Allheilmittel für ihre Komplexe widerspiegelt: „Die Maßlosigkeit der eigenen Martyrologie überdeckt uns das Leiden der anderen Nationen.“<sup>18</sup> Diese Wertschätzung des eigenen Martyriums nahm nach 1989 noch zu, nachdem man über die Repressionen nach der Besetzung der polnischen Ostgebiete durch die UdSSR am 17. September 1939 offen zu sprechen begann. Das Leiden der Polen während des Krieges wurde in der öffentlichen Meinung noch größer, neue Namen von Märtyrern und neue Gedenkorte an einstigen Hinrichtungsstätten kamen hinzu. Dieser Stolz mischt sich jedoch mit der Bitterkeit über die Vergeblichkeit dieser Opfer, die sich in ihrem ganzen Ausmaß bereits unmittelbar nach 1945 gezeigt hat. Diese Sichtweise passt gut zum Kult der Niederlage und des Stolzes

<sup>17</sup> Vgl. Raport Centrum Badania Opinii Społecznej: *Opinie o stosunkach polsko-niemieckich i reparacjach wojennych*. Komunikat z badan z października 2004 r. (Bericht des Zentrums zur Erforschung der Meinung der Gesellschaft: Meinungen über die deutsch-polnischen Beziehungen und die Kriegsreparationen, Oktober 2004).

<sup>18</sup> T. Szarota (Anm. 6).

auf die moralischen Siege bei gleichzeitigem Fehlen militärischer und politischer Erfolge. Mit Genugtuung haben die Polen während der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes die Huldigungen durch die Vertreter Deutschlands und der Antihitlerkoalition entgegengenommen. Es fehlte nur die Anwesenheit des Präsidenten der Russischen Föderation.

Während der Zeit der Volksrepublik Polen stand die Erinnerung an den Krieg unter keinem guten Stern. Es herrschte eine festgelegte Sichtweise der polnisch-deutschen und polnisch-sowjetischen Beziehungen. Jede von ihnen war mit einem Tabu belastet. In den Beziehungen mit der Bundesrepublik dominierte die Unterstreichung der Feindschaft des westlichen Nachbarn, wobei die Erfahrungen des Krieges viele Beispiele zur Untermauerung dieser Meinung lieferten. Man kann die Feststellung wagen, dass sich die Polen auch nach 1989 nicht zur Umbewertung gezwungen fühlten, weil sie von der Veränderung dieses einheitlich negativen Bildes nicht überzeugt waren.

Heute wird oft der Brief der polnischen Bischöfe an ihre Amtsbrüder von 1965 in Erinnerung gerufen, in dem der wichtige Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ zum ersten Mal öffentlich ausgesprochen wurde. Die Reaktionen der polnischen Gesellschaft damals zeigten jedoch, dass er verfrüht war. Im katholischen Polen war diese Bitte unverständlich. Wie kann man die Nation Hitlers, Mengeles und Generalgouverneur Franks um Vergebung bitten? Haben die Polen gegenüber den Deutschen überhaupt eine Schuld, für die sie um Vergebung bitten müssten? Die Reflexion über die mutigen Worte der Bischöfe erfolgte ziemlich spät, eigentlich erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Als Beginn dieser Reflexion kann ein Essay des Angehörigen der Untergrundarmee und polnischen Oppositionellen Jan Jozef Lipski gelten: „Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen sich die einen sicherlich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, dass sie sich nicht zu dem Heroismus eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufrufen konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das

Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat. (. . .) Das Böse ist Böses und nicht Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist.“<sup>9</sup>

Es gilt einzuräumen, dass die polnischen Historiker dieser Frage sine ira et studio nachgegangen sind. Mit der Frage der Vertreibung beschäftigte sich auch die Presse, was zur Popularisierung der Forschung beigetragen und Möglichkeiten zur Diskussion für Nichthistoriker geboten hat.<sup>10</sup> Gleichzeitig wurde das große Interesse der Polen, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten leben, für deren Geschichte vor 1945 geweckt. Die Liste von Publikationen ist lang, und außerdem sind viele historische Initiativen „von unten“, die sich mit der „deutschen“ Geschichte beschäftigen, zu vermerken. Dieses neue Bild der Vergangenheit trägt zur Bildung einer Identität der in den ehemals deutschen Ostgebieten lebenden polnischen Bevölkerung bei. Das ist sehr wichtig, weil für den größten Teil der polnischen Gesellschaft zum Nationalstolz an erster Stelle die Identifikation mit der Heimat und der Region gehört.<sup>11</sup>

## Die polnisch-deutschen Beziehungen

Die Polen sind sich bewusst, dass sie viel für die polnisch-deutschen Beziehungen getan haben. So wurde 1998 der Berliner Appell der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, mit Befremden registriert.<sup>12</sup> In Kommentaren wurde nüchtern vermerkt, dass die polnische Reaktion zu emotional war und nicht dem Rang entsprach, welcher diesem Appell in Deutschland beigemessen

<sup>9</sup> Jan Jozef Lipski, Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen, in: ders., Wir müssen uns alles sagen. . . Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, hrsg. und mit einem Vorwort versehen von Georg Ziegler, Gleiwitz–Warschau 1996, S. 192 f.

<sup>10</sup> Vgl. Klaus Bachmann/J. Kranz (Hrsg.), Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen, Bonn 1998.

<sup>11</sup> Vgl. Raport Centrum Badania Opinii Społecznej: Samoidentyfikacja i dumy narodowa Polaków. Komunikat z badan z pazdziernika 2004 r. (Bericht des Zentrums zur Erforschung der Meinung der Gesellschaft: Selbstidentifizierung und nationaler Stolz der Polen, Oktober 2004).

<sup>12</sup> Vgl. Apel berliński (Berliner Appell), in: Gazeta Wyborcza vom 19./20. 9. 1998; Anna Wolf-Powęska, Przemilczenia i prawdy (Verschweigen und Wahrheiten), in: ebd.

wurde. Dabei kamen noch immer existierende Ängste der Polen vor den Deutschen ans Licht. Für einen Teil der Bevölkerung schlug das Gefühl der wirtschaftlichen Übermacht der Deutschen, das noch in der Teilungszeit und im rücksichtslosen Kampf um Boden und Sprache entstanden war, in Angst um, „von den Deutschen aufgekauft zu werden“. Diese negative Stimmung beruhigte sich Ende der neunziger Jahre, wurde aber mit dem Vorschlag Steinbachs zur Gründung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin erneut geweckt. Polen, aber auch Tschechen, sahen darin die Gefahr, die NS-Verbrechen und das Leiden von Millionen Opfern unter den Nationen Mittel- und Osteuropas zu relativieren.

Einen guten Nährboden für die alten Ängste bildete die von einem Teil der Vertriebenen neu aufgeworfene Frage der Wiedergutmachung für die materiellen Verluste, die durch ihre Vertreibung entstanden sind. Das berechnende und verständliche Streben der deutschen Seite, die Erinnerung an Verlust und Leid der unschuldigen Zivilbevölkerung zu pflegen, geriet so in den Ruch, materielle Vorteile erlangen zu wollen. Nicht wenigen Polen schien es, als ob ihnen die Rechnung für einen Krieg ausgestellt wird, den sie nicht ausgelöst und den sie nicht gewollt haben. Diese negative Einstellung beeinflusste die zwischenmenschlichen Kontakte zwischen ehemaligen und heutigen Bewohnern der Nord- und Westgebiete Polens. Das Misstrauen, ob es den ihre ehemaligen Dörfer und Häuser besuchenden Deutschen nur um eine sentimentale Reise geht, wurde gerade bei jenen Leuten geweckt, denen eine von den Eliten vorangetriebene Versöhnung mit dem westlichen Nachbarn unglaublich schien. Ein Teil der politischen Publizisten schlug Alarm, dass es in Deutschland zu einem gefährlichen Prozess der Umwandlung des Denkens über die Vergangenheit komme und dass die polnische Sicht auf den Zweiten Weltkrieg zusammen mit einer ganzen Fülle von Informationen über Opfer und Verluste in deutschen Köpfen überhaupt nicht mehr existiere. Dieses Nicht-Wissen, hieß es weiter, werde von einer Zunahme des Interesses der deutschen Gesellschaft an den deutschen Opfern während des Bombenkrieges oder während Flucht und Vertreibung überschattet. Es wurde der Gedanke geäußert, dass die polnische Seite die neunziger Jahre nicht genutzt habe, um die Polen besuchenden Politiker sowie die deutsche Gesellschaft an die polnischen Verluste infolge

der NS-Okkupationspolitik zu erinnern. In Deutschland kam es zu Verwechslungen des Ghettoaufstandes von 1943 mit dem Warschauer Aufstand von 1944, in dessen Folge nach der Niederlage die gesamte Bevölkerung vertrieben und die Hauptstadt Polens dem Erdboden gleich gemacht werden sollte, und das empfand man in Polen als erniedrigend. Der Warschauer Aufstand ist ein Knotenpunkt auf der Karte des kollektiven polnischen Gedenkens an den Krieg. Diese Position wurde während der Feiern zum 60. Jahrestag bekräftigt. Die Reden der westlichen Politiker, auch des Bundeskanzlers Schröder, wurden genau verfolgt. Das Buch des britischen Historikers Norman Davies über die Tragödie Warschau erfuhr große Wertschätzung.<sup>13</sup>

Trotz mancher Irritationen muss jedoch eindeutig festgestellt werden, dass – anders als zur Zeit des Kommunismus – antideutsche Parolen und das Schüren von Ängsten keine politischen Instrumente mehr sind. Rechtsradikale Gruppen versuchten zwar, solche Parolen während der Kampagne zur Abstimmung über den EU-Beitritt zu nutzen, doch sie erlitten eine Niederlage. Die Gebiete, die sich durch den deutschen „Revisionismus“ besonders bedroht fühlen sollten, haben für den EU-Beitritt Polens gestimmt. In der Öffentlichkeit wird der Zustand der polnisch-deutschen Beziehungen, der von Medien und Politikern als der schlechteste in der Geschichte der 3. Republik betrachtet wird, gelassener gesehen.

Im Spiegel der im Herbst 2004 durchgeführten Meinungsforschungen registrierten die Polen im Allgemeinen keine wesentlichen Veränderungen. Es nahm zwar die Zahl der skeptisch eingestellten Personen hinsichtlich der Frage der Versöhnung (fast ein Drittel) zu, aber die Mehrheit der Polen meint nach wie vor, dass diese Chance wichtig und möglich ist. Sehr zurückhaltend wurde darüber hinaus die vom Sejm erhobene Forderung nach Reparationen für die Kriegsverluste aufgenommen: 52 Prozent der Polen waren der Meinung, dass derartige Aktivitäten überflüssig seien, 32 Prozent meinten, dass man sie eventuell als Druckmittel im Falle des Aufkommens von Massenklagen über die Entschädigung von Seiten der Vertriebenen einsetzen sollte.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Norman Davies, *Aufstand der Verlorenen. Der Kampf um Warschau*, München 2004.

<sup>14</sup> Vgl. Raport (Anm. 7).

Es scheint, dass sich die Polen trotz ihrer Treue zur historischen Tradition und angesichts des nach wie vor dominanten Denkens über den Krieg bemühen, die Vergangenheit der polnisch-deutschen Beziehungen von der Gegenwart zu trennen. Die Bundesrepublik wird durch das Prisma der Zusammenarbeit, der Partnerschaft in der EU, der Vorteile aus einer guten Nachbarschaft und der in der Vergangenheit liegenden Feindschaft betrachtet. Das Interesse für deutsche Reaktionen auf die Vorschläge des Bundes der Vertriebenen oder für die Einstellung der Deutschen gegenüber den Feierlichkeiten zum Gedenken an den Warschauer Aufstand zeugen vom Wunsch der Polen, dass der Nachbar eine gewisse Empathie und das Wissen über historische Erfahrungen zeigen sollte.

## Die polnisch-russischen und polnisch-ukrainischen Beziehungen

Hinsichtlich der Beziehungen zu Russland bzw. zur Sowjetunion gab es in der Volksrepublik Polen immer eine deutliche Kluft zwischen offizieller Geschichte und gesellschaftlichem Denken. Selbst wenn auf der Basis antideutscher Einstellungen in einigen Momenten der polnischen Nachkriegsgeschichte die Machthaber mit der Gesellschaft einer Meinung waren, herrschte doch stets ein Konflikt zwischen der offiziellen und der privaten Version der Ereignisse. Die propagandistische Parole der „sowjetisch-polnischen Freundschaft“ als Modell zur Darstellung der Beziehungen zwischen beiden Staaten nach 1944 wurde als Lüge empfunden. Im Bewusstsein der Polen existierte eine klare Kontinuitätslinie zwischen der Politik des zaristischen Russlands und der UdSSR gegenüber Polen. Die in den Schulbüchern forcierte These, dass Polen erst dank der Oktoberrevolution und der Verwirklichung der bolschewistischen Idee zur Selbstbestimmung der Nationen wiederhergestellt werden konnte, fand keinen Widerhall.

Antirussische Gefühle und Ängste sind in Polen keine Seltenheit. Sie werden durch den Widerwillen Russlands zusätzlich gestärkt, eine Geste der Wiedergutmachung für das Leiden der Polen infolge der stalinistischen Repressionen zu leisten. Die Frage der Ermordung der polnischen Kriegsgefangenen 1940 in Katyn wurde in der Meinung der polnischen Öffentlichkeit durch Moskau nicht angemessen behandelt. Es fällt sehr schwer,

sich einen Präsidenten Putin vorzustellen, der die schmerzlichen Fragen der gemeinsamen Beziehungsgeschichte so mutig anspricht wie Gerhard Schröder. Dabei muss man unterstreichen, dass die polnischen Verluste im Osten, sowohl die menschlichen, als auch die materiellen, inzwischen ein abgeschlossenes Kapitel darstellen. Im gewissen Sinne trugen dazu die Kommunisten bei, indem sie jahrzehntelang die Erinnerung an die verlorenen Gebiete erstickten. Noch während der tiefen politisch-wirtschaftlichen Krise 1956 notierte der Sicherheitsdienst Stimmen zur Revision der östlichen Grenze Polens. In den späteren Jahren gab es solche Forderungen nicht mehr. Die neuen Grenzen Polens, seine nationale Homogenität wurden durch einen großen Teil der Gesellschaft akzeptiert.

Die idealisierte Erinnerung an die Ostgebiete (*Kresy Wschodnie*), die im Allgemeinen die dortige zivilisatorische Rückständigkeit und den Konflikt zwischen Polen und nationalen Minderheiten ausklammerte, wurde in aus dem Osten Polens stammenden Familien als Teil ihrer privaten Tradition gepflegt. Die polnische Erinnerung an den Osten und die Art und Weise, wie die Polen die dortigen Nachbarn sehen, charakterisieren das von einem Großteil der polnischen Gesellschaft gehegte Gefühl der Überlegenheit. Das Stereotyp des „polnischen Herren“ ist bei vielen Slawen präsent. Aus diesen Wurzeln speist sich auch das polnisch-ukrainische Verhältnis. Das Stereotyp des Ukrainers stellt ihn als revoltierenden, grausamen Bauern dar, der ein Messer zwischen den Zähnen hält, um Polen zu schlachten. Wie stark diese Vorstellungen nach wie vor sind, zeigen die immer wieder zu Tage tretenden Konflikte im südöstlichen Teil Polens, die nicht nur historische Fragen betrafen, sondern auch konfessionelle (z. B. der Streit um die Kathedrale in Przemyśl). Die Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag der Massenmorde an der polnischen Bevölkerung in Wolhynien, die im Mai 2003 begangen wurden, zeigten, dass die Erinnerung an diese Ereignisse nach wie vor beide Nationen auf tiefe Weise teilt. Zum Unruheherd ist auch die Frage der Renovierung des Friedhofs in Lemberg geworden, wo die Aufständischen, die für ein polnisches Lemberg gekämpft haben, begraben sind, bei der die polnische Seite nur sehr selten ukrainische Gegenargumente berücksichtigt.

Auf der anderen Seite ist für Polen das Streben eines Teils der ukrainischen Öffentlichkeit, die zivilisatorische Rolle der polni-

schen Kultur auf dem Gebiet der heutigen Westukraine zu verschweigen, irritierend. Polen, die den Wert der Erinnerung an das deutsche Erbe eines Teils ihres Staatsgebietes anerkannt haben, hoffen auf eine ähnlich reife Haltung der Ukrainer gegenüber dem polnischen Kulturerbe. Der Dialog zwischen den Historikern ist nicht so lebhaft wie im Fall der polnisch-deutschen Kontakte auf wissenschaftlicher Ebene und geht langsam voran. Das Wissen in Polen über die Gründe und den Verlauf der „Aktion Weichsel“ (1947), der Aussiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus den südöstlichen Teilen Polens nach Masuren, Pommern und Schlesien, wächst. Als ein wichtiges Ereignis kann sich auch die in Polen geäußerte öffentliche Unterstützung für die ukrainische „Orange-Revolution“ Ende 2004 erweisen, die in Demonstrationen, Aufrufen und in Fahrten in die Ukraine zur Unterstützung von Viktor Juščenko zum Ausdruck kam. Eine Verbesserung des polnisch-ukrainischen Verhältnisses hängt von einer Lösung der bisherigen Streitfragen ab. Dabei kann das Abtreten der Erlebnisgeneration und der Teilnehmer der Wolhynien-Tragödie eine große Rolle spielen.

## Das polnisch-jüdische Verhältnis

Die historischen Beziehungen zwischen Polen und Juden reichen bis ins Mittelalter zurück, als sich viele in anderen Staaten Europas verfolgte Juden in Polen niederließen. Hier ist nicht der Platz, um auf die komplexe Frage eines spezifisch polnischen Antisemitismus einzugehen. Antisemitische Stimmungen, die manchmal in Ausschreitungen gipfelten, waren Teil der Wirklichkeit der 2. Polnischen Republik und der Volksrepublik Polen. Personen, die diese Haltungen geteilt haben, übernahmen nach 1945 sehr schnell die Parolen von der Herrschaft der „Judeo-Kommunisten“ (*Zydokomuna*). Die Gründe dafür wurden in der verhältnismäßig großen Repräsentanz von Personen jüdischer Abstammung im Parteiapparat und im Sicherheitsdienst im ersten Nachkriegsjahrzehnt gesucht.

Viele Juden schauen auf Polen vor allem als das Land des Holocausts. Die Polen empörten sich über Vorwürfe, Hilfe für die Juden während des Krieges sei ausgeblieben. Wenn in den Medien vom Schicksal der polnischen Bürger jüdischer Abstammung während des Krieges die Rede ist, wird betont, dass Helfern der Tod drohte. Trotzdem sind von den

Bäumen, die im Gedenkpark von Yad Vashem bei Jerusalem die „Gerechten der Völker“ symbolisieren, die meisten Polen gewidmet. Doch ein großer Teil der Bevölkerung sieht Auschwitz hauptsächlich als Konzentrationslager für Polen; man weiß zwar, dass während des Krieges bis zu sechs Millionen polnischer Bürger ums Leben gekommen sind, das bedeutet jedoch nicht, dass bekannt ist, dass davon mindestens die Hälfte Juden waren.

Dass sich Polen auf Beispiele der Hilfe für die Juden berufen, kann gleichzeitig als Beruhigung für das schlechte Gewissen gedeutet werden, vor allem angesichts der hitzigen Debatten über die Ermordung von Juden in der Kleinstadt Jedwabne durch ihre polnischen Nachbarn im Juni 1941. Sie wurde durch das Buch „Nachbarn“ des polnischen Historikers Jan Tomasz Gross angestoßen.<sup>15</sup> Ohne zu übertreiben kann gesagt werden, dass wohl in fast jedem polnischen Haushalt über Jedwabne diskutiert wurde. Das traditionelle Bild Polens als Opfer der Geschichte und der Nachbarn schien zu wanken. Man wies zwar auf die Rolle der deutschen Militäreinheit sowie auf die Zusammenarbeit von einigen Jedwabner Juden mit dem sowjetischen Sicherheitsdienst hin, doch die Jedwabne-Frage verursachte bei vielen Polen echten Schmerz. Sie konnten nicht glauben, dass diese Tragödie von ihren Landsleuten zu verantworten war.

Es ist bezeichnend, dass die historischen Ereignisse einem Teil der Historiker schon seit vielen Jahren bekannt waren. Nach 1989 wurden auch das Pogrom in Kielce 1946 und die von den polnischen Kommunisten verursachte antisemitische Kampagne 1968 ausführlich analysiert. Über Jedwabne wurde in der Öffentlichkeit jedoch geschwiegen. Erst nachdem „Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“ beschlossen hatten, dass man in dieser Angelegenheit nicht mehr länger warten sollte, setzte die Diskussion ein.<sup>16</sup> Gross' Thesen wurden

<sup>15</sup> Jan Tomasz Gross, Siedzi. Historia zagłady małego miasteczka (Jedwabne. Die Geschichte der Vernichtung eines kleinen Städtchens), Sejny 2000.

<sup>16</sup> Vgl. Ruth Henning (Hrsg.), Die „Jedwabne-Debatte“ in polnischen Zeitungen und Zeitschriften, in: Transodra, Dezember 2001; Edmund Dmitrow/Pawel Machcewicz/Tomasz Szarota, Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941. Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker, Osnabrück 2004; Beate Kosmala, Polen – Juden – Deutsche. Die Debatte um Jedwabne, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? Von der Notwendigkeit

breit diskutiert.<sup>17</sup> Die unterschiedlichen Positionen referiere ich nach Andrzej Paczkowski.<sup>18</sup> Die erste Haltung ist die Zustimmung zu den Thesen Gross'. Ihre Vertreter, hauptsächlich Journalisten, stützen alle Feststellungen des Autors. Eine Verifizierung von Details, eine Einordnung der Ereignisse in den historischen Kontext halten sie für überflüssig, da dies angesichts der moralischen Dimension des Verbrechens keine Bedeutung habe. Die Regierung solle individuelle wie nationale Reue äußern und die Ermordeten mit einem Denkmal ehren, dessen Inschrift die ganze Wahrheit enthalten solle.<sup>19</sup> Dagegen ist die „defensiv-offene“ Position für den Großteil der polnischen Historiker charakteristisch. Der moralische Widerhall ist für diese Personen offensichtlich, sie rütteln auch nicht an der polnischen Schuld. Allerdings sind sie der Meinung, dass es erforderlich ist, sämtliche Umstände des Verbrechens zu erforschen und die Zahl der Ermordeten exakt festzustellen. Für das Verständnis der Gründe für die Tragödie sei der Kontext unabdingbar: der Antisemitismus der Vorkriegszeit, der Verlauf der sowjetischen Okkupation, der demoralisierende Einfluss des Krieges. Die „defensiv-geschlossene“ Position vertritt folgende Thesen: Polen könne man ausschließlich Beihilfe vorwerfen, den Deutschen dagegen die „Tatlenkung“; die Morde hätten Personen „auf der schiefen Bahn“, vom Rande der Gesellschaft, begangen, die man nicht als stellvertretend für die Gesellschaft von Jedwabne betrachten könne. Obwohl die Akzentverschiebung vom Verbrechen auf seine Motive deutlich erkennbar ist, ist zu betonen, dass auch diese Gruppe die polnische Schuld nicht leugnet. Sie hält eine Reuebekundung im Namen der Nation jedoch für überflüssig, es genüge, die Täter des Mordes zu verurteilen. Auf diese Weise würden die Mörder von der polnischen Nation getrennt, aus der kollektiven würde individuelle Schuld. Der letzte Typ von Einstellungen ist charakteristisch für die extreme Rechte: Den Fall Jedwabne sehen sie im Kontext einer „antipolnischen Verschwörung“, deren Absicht es ist, Polen zu Entschädigungszahlungen zu zwin-

öffentlicher Erinnerung in Deutschland, Polen und Tschechien, Berlin 2004, S. 113–134.

<sup>17</sup> Vgl. [www.pogranicze.sejny.pl/jedwabne](http://www.pogranicze.sejny.pl/jedwabne).

<sup>18</sup> Andrzej Paczkowski, *Debata wokół „Sąsiadów“: próba wstępnej typologii* (Die Debatte um die „Nachbarn“: Versuch einer einführenden Typologie), in: *Rzeczpospolita* vom 24. 3. 2001.

<sup>19</sup> Die Kommunisten hatten in Jedwabne einen Obelisk errichtet, in dessen Inschrift die NS-Deutschen der Ermordung von 1 600 Juden beschuldigt wurden.

gen. Sie weisen die polnische Schuld zurück oder sehen in ihr die Rache für die Kollaboration der Juden mit der UdSSR. Auch der konservativste Teil der linken Wähler, die ihre Anhänglichkeit an das Erbe der Volksrepublik und ihrer Geschichtsinterpretation immer wieder bekundet haben, sieht die Dinge ähnlich. Die Kommunisten hatten große Verdienste bei der Verfestigung des Bildes von einer Nation der Helden. Forschungen über die Kollaboration während des Krieges wurden unterdrückt. Aleksander Kwasniewski äußerte während der Feierlichkeiten zum Jahrestag des Pogroms sein Bedauern und bat um Entschuldigung. Dafür wurde er von den Rechten scharf angegriffen.

## Nationale Identität

Die Jedwabne-Frage (und andere Fälle der Verfolgung von Juden durch Polen) stellt nach wie vor eine offene Wunde im Bewusstsein der Polen dar. Einige Forscher vermuten, dass „Jedwabne“ einen weiteren Anlass zur fortschreitenden Krise der nationalen Identität darstelle. Ergebnisse der Meinungsforschung aus den letzten Jahren scheinen zu belegen, dass die Zahl der Polen, die auf ihre Nation stolz sind, abnimmt.

Die katholische Presse plant, trotz der über 70-prozentigen Zustimmung für den EU-Beitritt ähnliche Argumente während der Kampagne zum EU-Verfassungsreferendum 2005 zu benutzen. Die Mehrheit der Polen hält Patriotismus, Vaterland, Nationalstolz für unverzichtbare Elemente. Die Polen unterstützen zwar die Mitgliedschaft in der EU, aber nur drei bis vier Prozent sehen in der Selbstidentifizierung als Europäer den übergeordneten Wert. Hier kann man die Reste einer historischen Erfahrung der Polen verorten, die stets bei den Nachbarländern die Realisierung eigener Interessen auf Kosten Polens vermutet. So wird das Machtzentrum Brüssel mit Misstrauen beobachtet.

Auf der anderen Seite ist die Überzeugung von der historischen, politischen, religiösen und kulturellen Gemeinschaft Polens mit dem Westen sehr verbreitet. Die Teilnahme am europäischen Integrationswerk unter partnerschaftlichen Bedingungen gilt als Ende der vielen Niederlagen von Polen seit dem 17. Jahrhundert und als eine neue Chance. Die „Arbeit an der Erinnerung“ wird nicht aufhören.

# Die Gegenwart des Vergangenen

**B**einige 60 Jahre nach Kriegsende hat die Vergangenheit in den deutsch-polnischen Beziehungen eine Besorgnis erregende Aktualität erlangt. Zum unübersehbaren Ausdruck dessen wurde die Resolution vom 10. September 2004, in der das polnische Parlament die Regierung aufforderte, Gespräche über Reparationszahlungen mit der Bundesrepublik aufzunehmen. Diese Resolution war eine Antwort des Parlaments auf angekündigten Klagen deutscher Vertriebener und Spätaussiedler auf Rückübertragung von

Eigentum, die in Polen seit der Gründung der Vertriebeneninitiative „Preußische Treuhand“ befürchtet werden.

Die strukturelle Vertrauenskrise zwischen Berlin und Warschau lässt sich weder als vorübergehend beschönigen noch mit dem gewohnten Hinweis auf die Wahrnehmungsasymmetrie zwischen Deutschen und Polen erklären. Vielmehr ist es angebracht, die Formen, Verschränkungen und Defizite der deutschen und polnischen Erinnerungskultur, ihre soziale Prägekraft und Wirkung auf die politische Kultur beider Länder näher zu betrachten.

In der deutschen und polnischen Erinnerungslandschaft gibt es einen hervorgehobenen Zeitraum, auf den die private wie öffentliche Erinnerung seit Jahrzehnten ausgerichtet ist: den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg. Polen wie Deutschen geht es seit Ende des Krieges darum, das „Dritte Reich“ und den Zweiten Weltkrieg in die je eigene nationale Geschichtserzählung zu integrieren.

In der Bundesrepublik der Ära Adenauer blendete man die unbequeme Vergangenheit aus, indem das „Dritte Reich“ als die von wenigen ausgeübte „Gewaltherrschaft“ bezeichnet und die Bevölkerung auf diese Weise entlastet wurde. Erklärungsmuster wie „Befehls-

notstand“ oder das Selbstbild als Opfer des Nationalsozialismus und der Kriegsfolgen waren feste Bestandteile einer vergemeinschafteten Erinnerung, die selektiv war und Verantwortung für die NS-Zeit ausschloss. Die junge Bundesrepublik versuchte, das Zuviel an erlebter Geschichte abzuschütteln, ohne das staatsrechtliche Erbe des „Dritten Reiches“ zu bestreiten, das die Basis für ihren Alleinvertretungsanspruch darstellte.<sup>1</sup>

An jener Lesart der NS-Vergangenheit änderten die Vorwürfe der 68er-Bewegung zunächst wenig. Die kritischen Fragen nach personellen und strukturellen Kontinuitäten mündeten rasch in einer generellen moralischen Verurteilung der Vätergeneration, welche eine wahrhaftige Auseinandersetzung eher blockierte. In der öffentlichen Betrachtung traten die Opfer der Deutschen und die deutschen Opfer in ein Konkurrenzverhältnis. Wer Letztere auch nur erwähnte, wurde verdächtigt, deutsche Schuld zu relativieren. Geschichtspolitisch blieben die späten sechziger und siebziger Jahre jedoch nicht folgenlos. Die Frage, ob die Bundesrepublik sich als Staatsnation konstituieren und damit ihren im Grundgesetz verankerten Provisoriumsvorbehalt preisgeben sollte, beschäftigte die Intellektuellen und Politiker der Bundesrepublik gleichermaßen. Willy Brandts Diktum vom Oktober 1969, „Zwei Staaten, eine Nation“, ermöglichte Bonn, mit Ost-Berlin vertraglich geordnete Beziehungen aufzunehmen und räumte dem Zusammenhalt der Deutschen als Nation den Vorrang vor dem Streben nach der Wiederherstellung eines Nationalstaates ein.<sup>2</sup>

In der DDR bildete die Abgrenzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit das Fundament des von der SED propagierten staatlichen Selbstverständnisses. Die „antifaschistische Tradition“ taugte zu der nicht gänzlich erfolglosen propagandistischen Negativkontrastierung der Bundesrepublik. Die DDR-Bevölkerung richtete sich in einer behaglichen Lebenslüge ein, die der Schriftsteller und Überlebende des Ghettos von Łódź, Jurek Becker, treffend beschrieb: Die DDR „erfand sich eine Geschichte, die nie stattgefunden hatte – ihre Ahnherren seien die deut-

<sup>1</sup> Vgl. Jeffrey Herf, *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge (Mass.) 1997, S. 267 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Aleida Assmann/Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999, S. 226 ff.

schen Antifaschisten. (. . .) Faschismus hatte nichts mit uns, den DDR-Menschen, zu tun, auf wunderbare Weise hatten wir uns der Tatsachen entledigt. Filme über die Nazizeit waren immer Filme über den antifaschistischen Widerstand; der Schulunterricht über die Nazizeit war kein Unterricht über unsere jüngste Geschichte, er handelte stets von den Untaten dieser schrecklichen *aliens*, die wir, die Antifaschisten, mit etwas Unterstützung durch die Rote Armee, besiegt hatten.“<sup>13</sup>

Der Zweite Weltkrieg hat im polnischen kollektiven Gedächtnis einen besonderen Rang. Er markiert das Ende der von der Demokratie zur Autokratie mutierenden II. polnischen Republik. Nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 bildete sich ein polnischer „Untergrundstaat“, der auf der „richtigen“ Seite für die Befreiung kämpfte. Ein Kampf, der bitter enttäuscht wurde, da er unter dem Diktat Stalins zum Ausgangspunkt der 45 Jahre währenden diktatorischen Volksrepublik Polen geriet. Die II. Republik war nicht im Herbst 1939, sondern erst im Herbst 1944 untergegangen – nach der „doppelten“ Niederlage des Warschauer Aufstands, als die letzte Hoffnung auf eine Wiederherstellung des ehemaligen Staates zunichte gemacht wurde. Nicht zuletzt deshalb kommt diesem Ereignis im kollektiven Gedächtnis der Polen und in deren Identität eine Schlüsselstellung zu – ein Ereignis, mit dem in Deutschland allzu wenige etwas anzufangen wissen und das oft mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto ein Jahr zuvor verwechselt wird.<sup>14</sup>

Beim Gedenken an den Zweiten Weltkrieg und den Warschauer Aufstand konkurrierten bis 1989 zweierlei Erinnerungen – die private und die offizielle: hier die ehemaligen Soldaten der Heimatarmee (AK), eines Organs der Londoner Exilregierung, mit ihren kollektiven Erfahrungen, dort die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) mit ihrem Anspruch auf das Interpretationsmonopol der Geschichte. Erst mit dem „Tauwetter“ rang sich die Partei dazu durch, das individuelle Heldentum von Soldaten und Zivilisten des Warschauer Aufstands anzuerkennen, ver-

zichtete aber weiterhin nicht darauf, die politisch Verantwortlichen zu verurteilen. Der Warschauer Aufstand blieb bis 1989 mit dem Tabu belegt, die unterlassene Hilfe durch Stalins Rote Armee für die Warschauer Aufständischen zu thematisieren. Polens inoffizielle Gegenöffentlichkeit tat seit Mitte der siebziger Jahre genau das, nährte auf diese Weise nicht nur das kollektive Gedächtnis, sondern untergrub erfolgreich die sowjetische Hegemonie als das Fundament kommunistischer Parteiherrschaft in Polen.<sup>15</sup>

Das Gedächtnis der Polen war unmittelbar nach dem Krieg erfüllt von dem Übermaß an Leid, das ihnen von NS-Deutschland zugefügt wurde und das nach Kompensation, nicht selten auch nach Rache verlangte. Das Selbstbild und die Sichtweise des Opfers, obgleich Polen offiziell zu den Kriegssiegern zählte, wurde durch die demütigenden Erfahrungen sowjetischer Hegemonie verstärkt und machte unempfindlich für fremdes Leid, zumal, wenn es sich um Deutsche handelte. Der Groll über die von der SS und der Wehrmacht an Polen verübten Verbrechen, gepaart mit dem für Polen so ernüchternden Kriegsausgang, entlud sich an den Deutschen. Alte, Frauen und Kinder wurden jenseits von Oder und Neiße mit der Kapitulation im Mai 1945 staaten- und rechtlos und waren stellvertretend für das „Dritte Reich“ der Wut und Rache der sechs Jahre lang gepeinigten Polen ausgesetzt.<sup>16</sup>

## Das Bild des Anderen

Das kollektive Gedächtnis und mehr noch das Bild des Anderen war nach dem Zweiten Weltkrieg anfällig für politische Instrumentalisierung, wie sie im Topos vom deutschen „Drang nach Osten“ und dem Mythos von den „wiedergewonnenen“ Gebieten ihren Ausdruck fand. Beide Argumentationsmuster sollten helfen, die territoriale Legitimität des polnischen Staates bis an Oder und Neiße historisch zu begründen und den schmerzlichen Verlust der eigenen Ostgebiete zu verdrängen. Dabei griffen die polnischen Kommunisten, nicht wenige Intellektuelle, aber auch die katholische Kirche selektiv auf das Gedankengut der Nationaldemokraten zurück, die Schle-

<sup>13</sup> Jurek Becker, *Mein Vater, die Deutschen und ich*, in: *Die Zeit* vom 20. 5. 1994, S. 58.

<sup>14</sup> Vgl. Zdzisław Krasnodębski, *Generationswandel und kollektives Gedächtnis in Polen*, in: Ewa Kobylińska/Andreas Lawaty (Hrsg.), *Erinnern, Vergessen, Verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, Wiesbaden 1998, S. 146.

<sup>15</sup> Vgl. Eugeniusz Cezary Król, *Gespräch mit dem Vater: Über den Mythos Heimatarmee*, in: *Dialog*, Nr. 68, 2004, S. 66.

<sup>16</sup> Vgl. Edmund Dmitrów, *Die Bedeutung der Erinnerung für den polnisch-deutschen Dialog*, in: ebd., S. 54 f.

sien, Pommern und Ostpreußen als „urpolnisch“ bezeichnet hatten. Dieser „patriotische Konsens“ war für die neuen Machthaber ebenso wie für die Bevölkerung bequem. Er entthob die polnischen Neuankömmlinge des Nachdenkens über ihr moralisches Verhalten, über die eigene Scham, wenn sie bei der Schikanierung und Vertreibung der angestammten deutschen Bevölkerung zusahen, davon profitierten oder diese verübten.<sup>17</sup>

In der Bundesrepublik der fünfziger und frühen sechziger Jahre wurde Polen vor allem durch das Prisma der Vertreibung und den Verlust der deutschen Ostgebiete wahrgenommen. Das Bild von „den Polen“ als Nutznießer der Vertreibung war abwertend. Die individuelle Erinnerung an die Heimat fand rasch Aufnahme in eine staatlich geförderte Erinnerungskultur. Die noch frischen Schreckensbilder der Flucht und das Trauma der Vertreibung wurden von einer eher allgemeinen Erinnerung an den Osten überlagert. Diese Form kollektiver Vereinnahmung der Heimatbindungen des Einzelnen, geprägt durch den Verlust der Herkunftslandschaft, des persönlichen Besitzes und Vermögens, war in der Ära Adenauer von zweierlei Intentionen begleitet: die Vertriebenen gesellschaftlich zu integrieren und ihre Interessen parteipolitisch zu repräsentieren. Polen war im bundesrepublikanischen Bewusstsein nur schemenhaft als Land des kommunistischen Ostblocks präsent. In Anbetracht der bedrohlichen Ost-West-Konfrontation und des „Wirtschaftswunders“, das die Energien absorbierte, war von einem Schuldgefühl beim Gros der Westdeutschen wenig zu spüren. Die Schuld zu leugnen, fiel leicht.<sup>18</sup>

War die nationale Interessenvertretung im Hinblick auf die DDR bereits eine Gratwanderung mit ungewissem Ausgang, so wurde die Anwendung nationaler Verfassungsprinzipien gegenüber Polen vollends zum Balanceakt, in dem die Verantwortlichkeit für die eigene Geschichte, politische Sensibilität und nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung auf dem Spiel standen. Inner-

<sup>17</sup> Vgl. ders., *Niemcy i Okupacja Hitlerowska w Oczach Polaków z lat 1945–1948*, Warszawa 1987, S. 289 ff.; Maciej Górny, *Po co nam ten mit? Ziemi Odzyskane*, in: *Przegląd Polityczny*, Nr. 65, 2004, S. 121–125.

<sup>18</sup> Vgl. Eva Hahn/Hans Henning Hahn, *Flucht und Vertreibung*, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. I, München 2001, S. 335–351.

halb der westdeutschen Parteienlandschaft bestand (bis auf die KPD) Konsens darüber, dass die Oder-Neiße-Grenze nicht hinzunehmen sei. Dieser Konsens stützte sich auf das Grundgesetz und das dort festgeschriebene Wiedervereinigungsgebot sowie auf die beanspruchte Rechtsgültigkeit der Reichsgrenzen von 1937. An diese konservative Verfassungstreue band sich die irrealer Vorstellung der politischen Eliten, Polen sei ein willenloser Satellit der Sowjetunion. Man brauche die Polen nur vom Kommunismus zu befreien, um von ihnen dann gleichsam als Akt freier Selbstbestimmung die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zurückzuerhalten.<sup>19</sup>

## Polen und die DDR

Die Sowjetische Besatzungszone/DDR war von der im Sommer 1945 gezogenen Oder-Neiße-Grenze in besonderer Weise betroffen. Die geographische Nähe, das Kappen traditioneller Handelswege und der Verlust wichtiger Agrarflächen wirkte sich desaströs auf Wirtschaft und Versorgung aus. Zudem strandete die erste Welle von „Umsiedlern“, wie sie offiziell zu heißen hatten, nach so genannten wilden Vertreibungen bereits im Frühsommer 1945 diesseits von Oder und Neiße. Die SED sträubte sich in den ersten Jahren, die höchst unpopuläre Grenzziehung anzuerkennen, wie sie im Potsdamer Abkommen festgehalten worden war. Moskau intervenierte erst im Zuge des sich anbahnenden Kalten Krieges 1947/1948 und drängte auf die Unterzeichnung des Görlitzer Vertrages über die Oder-Neiße-Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen am 6. Juli 1950.<sup>10</sup>

Für die Deutschen in der DDR war die Oder-Neiße-Grenze schmerzlich nahe, bis in die siebziger Jahre nicht oder nur schwer passierbar und aus dem öffentlichen Diskurs verbannt. Die Gründung landsmannschaftlicher Organisationen blieb den vier Millionen Vertriebenen in der DDR untersagt. Wer die

<sup>19</sup> Vgl. Jörg K. Hoensch, *Initiativen gesellschaftlicher Gruppierungen in der Bundesrepublik bei der Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen*, in: Wolfgang Jacobmeyer (Red.), *Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975)*, Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22/X, S. 59.

<sup>10</sup> Vgl. Sheldon Anderson, *A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations 1945–1962*, Boulder 2001, S. 35 ff.

„Friedensgrenze“ kritisierte, lief Gefahr, als Feind des Friedens und Faschist kriminalisiert zu werden. Die Amputation des öffentlichen Bewusstseins und die Privatisierung der Erinnerung an Heimat und Vertreibung teilten die Ostdeutschen mit den Polen, die über den Verlust von Lemberg oder Wilna ebenfalls keine Auseinandersetzung führen durften.<sup>11</sup>

Polen und Ostdeutsche erlebten, wie der jeweilige Nachbar entgegen allen negativen Erfahrungen zum sozialistischen Bruderland erklärt wurde. Wo authentische Versöhnung vonnöten gewesen wäre, wurden ritualisierte Freundschaftskundgebungen veranstaltet. Bei aller Vergleichbarkeit gab es dennoch erhebliche Unterschiede zwischen der ostdeutschen und der polnischen privatisierten Erinnerung. In Polen gab es, vor allem Dank der im Lande illegal zirkulierenden Pariser Exil-Zeitschrift „Kultura“, Ansätze zu einer intellektuellen Verarbeitung des Verlustes der Ostgebiete sowie eine Traditionspflege, die beständig zwischen Russen, Ukrainern, Weißrussen und dem Sowjetsystem zu differenzieren suchte. Angesichts der Tabuisierung und Zensur war in der DDR eine derartige Verarbeitung des Verlustes der Heimat nicht möglich. Die parteipolitisch aufgeladene, von den Verbänden lobbyistisch geführte westdeutsche Debatte über die Ostgebiete, etwa im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag von 1970, wirkte in der DDR befremdlich, bot sie doch nur wenige Identifikationspunkte.<sup>12</sup>

Nach der Öffnung der Grenze für den visafreien Reiseverkehr am 1. Januar 1972 reisten Millionen Ostdeutsche ins Nachbarland, nach Schlesien, Pommern und Ostpreußen, was den Polen im Falle der Sowjetunion und ihrer Herkunftsgebiete bis 1989 faktisch verwehrt blieb. Eine häufig positive Aufnahme der DDR-Bürger durch die Bewohner ihrer Erinnerungsorte mochte den Schmerz über den Verlust der Heimat mildern. Auf polnischer Seite stellte man fest, dass die Ostdeutschen, die erstmals wieder ihre Grundstücke, Höfe und Häuser sahen, diese gar nicht wiederhaben wollten. Wo die Sprachbarriere überwunden wurde, konnte sich der Kontakt zu den neuen Bewohnern verstetigen, die ih-

rerseits nicht selten ebenfalls vertrieben worden waren. Ungeachtet dieser Reisen zu den Erinnerungsorten blieb ein Unbehagen bei den Vertriebenen in der DDR darüber, dass ihre regionale Identität und die verinnerlichten kulturellen Leitbilder im Alltag nicht gezeigt werden durften.<sup>13</sup>

## Geschichte und Nation

Ende der siebziger Jahre setzte in der Bundesrepublik eine Besinnung auf die deutsche Geschichte ein. Die Ausstrahlung der amerikanischen TV-Serie „Holocaust“ 1979 wurde zum Ausgangspunkt eines Erinnerungsbooms an die NS-Vergangenheit als Teil eines Identitätsdiskurses über den Stellenwert von Geschichte und Nation. Die Debatte um die NS-Vergangenheit und der Identitätsdiskurs verzahnten sich 1986/87 im „Historikerstreit“ in der Frage, ob der Holocaust singulär oder eine adäquate Reaktion auf das stalinistische GULag-System gewesen sei.

Bereits 1981 waren in beiden deutschen Staaten die Schleusen der Erinnerung an Preußen geöffnet worden. Es entwickelte sich ein Wettstreit über die Frage, wem das neu entdeckte Preußentum besser zu Gesicht stehe. Die Darstellung Preußens eignet sich wie kaum eine andere Zeitspanne, um die Verschränkung deutscher und polnischer Geschichte und national geprägter Wahrnehmungen zu beobachten. Zu Recht wird von polnischer Seite beklagt, dass die deutsche Rezeptionsbereitschaft des polnischen Anteils an der deutschen Geschichte nach wie vor gering ist. Deutsche Historiker tendieren dazu, den polnischen Einfluss auf die preußische Agrargeschichte oder die Herausbildung des Nationalstaates zu übersehen, während die polnische Geschichtswissenschaft sich nur schwer von einer Abneigung gegen die politische Kultur des deutschen Ordensstaates freimachen konnte.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Czesław Osękowski, Der pass- und visafreie Personenverkehr zwischen der DDR und Polen in den siebziger Jahren – Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen, in: Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hrsg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990, Osnabrück 2003, S. 123–134.

<sup>14</sup> Vgl. Klaus Zernack, Die Geschichte Preußens und das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas, 31 (1983) 1, S. 30–40.

<sup>11</sup> Vgl. Michael Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: Deutschland Archiv, 30 (1997) 2, S. 177–195.

<sup>12</sup> Vgl. Andrzej Stanisław Kowalczyk, Giedroyc i „Kultura“, Wrocław 1999, S. 141 ff.

Die Rückkehr des Reiterstandbildes Friedrichs II. „Unter den Linden“ im Jahre 1981 rief in der polnischen Presse Irritationen und Abwehrreflexe hervor. Die Koinzidenz des Interesses an Preußen in beiden deutschen Staaten weckte bei polnischen Beobachtern die von Gomułka propagierte Furcht, Deutschland würde sich zu Lasten Polens wieder vereinigen. Bezeichnend war der Disput zwischen polnischen und DDR-Historikern über die Bewertung Preußens. Ostdeutsche Historiker warben um Verständnis, dass die DDR als der Staat auf dem einstigen preußischen Kernland zwangsläufig einen Teil seiner Tradition und seines Erbes aus der „fortschrittlichen“ preußischen Vergangenheit beziehe. Polnische Historiker betonten, dass Preußen mit seinen „Tugenden“ der deutschen Geschichte einen verhängnisvollen Verlauf mit dem Fluchtpunkt 1945 beschert habe.<sup>15</sup> Was die Haltung der DDR-Bevölkerung zum Thema Preußen betraf, so vermochte diese mit Hilfe der Preußen-Renaissance ein souveräneres Verhältnis zur Territorialgeschichte zu gewinnen. Die kritische Auseinandersetzung mit dem preußischen Mythos als Ordnungsprinzip, welches Untertänigkeit zum Preis für soziale und ökonomische Sicherheit sowie obrigkeitstaatliche Fürsorge erhob, mochte den Blick auf die eigene Unmündigkeit in der DDR durchaus schärfen.<sup>16</sup>

Die am Beispiel von Preußen skizzierten Wahrnehmungs- und Reaktionsmuster zeigen, dass die Polen dann zur Intervention bei deutschen historischen Debatten neigen, wenn sie das Geschichtsverständnis und mithin die eigene Identität gefährdet wännen. Diese Interventionsoption ist eine weitgehend polnische, das heißt, sie wird Deutschen im umgekehrten Fall nur widerstrebend zugebilligt. Hinter dieser Haltung verbirgt sich elementares Misstrauen, ob die Deutschen mit der Last ihrer Geschichte umgehen können, und der Verdacht, sie würden ihre Geschichte auch zu Lasten des Nachbarn umschreiben wollen.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Horst Bartel, *W kwestii marksistowsko-leninistkiego obrazu prus w NRD*, in: *Przegląd Zachodni*, 4 (1980), S. 30 ff.; Stanisław Salmonowicz, *Fryderyk wielki władcą oświeconego absolutyzmu?* in: ebd., S. 42, S. 48 f.

<sup>16</sup> Vgl. Burkhard Olschowsky, *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und Volksrepublik Polen in den Jahren 1980–1989*, Osnabrück (i. E.) 2005; Marcin Zaremba, *Kommunizm, Legitymizacja, Nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce*, Warszawa 2001.

<sup>17</sup> Diese Erfahrung machte der Regisseur Frank Beyer, als sein Film „Der Aufenthalt“, der deutsche Kriegs-

Diese Haltung hat das Revolutionsjahr 1989 überdauert und ist von beunruhigender Aktualität in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen und mehr noch, die andauernde Kontroverse um Restitution und Reparation sind ein Indiz dafür. Dieser Befund überrascht insofern, als in den neunziger Jahren polnische und deutsche Historiker sich des Themas Vertreibung annahmen, indem sie die nationalen Opferdiskurse im historischen Kontext befragten und das Schicksal von deutschen wie polnischen Vertriebenen verglichen. Selbst den jahrzehntelang gepflegten Schreckgespenstern der offiziellen Propaganda Volkspolens, Herbert Hupka und Herbert Czaja, näherten sich polnische Publizisten mit gelassener Objektivität.<sup>18</sup>

## Das neue Missverstehen

Welches sind die Gründe des neuen Missverstehens zwischen Deutschland und Polen? Die deutsch-polnischen Beziehungen ließen sich nicht, wie erhofft, in den europäischen Kontext einbetten. Kontroverse Themen wie Arbeitnehmerfreizügigkeit oder Landerwerb durch Ausländer förderten Empfindlichkeiten. Die Differenzen im Kontext des Irakkriegs und des Abstimmungssystems im EU-Verfassungsvertrag führten vor Augen, dass die Ebene der europäischen Politik nicht ausschließlich ein Forum zur Klärung bilateraler Probleme, sondern auch ein Ort der Genese neuer und der Verstärkung vorhandener sein kann. Prononciert gesprochen wurde aus der einstigen deutsch-polnischen „Interessengemeinschaft“ eine „Konfliktgemeinschaft“.<sup>19</sup>

gefangene in Polen zeigt, auf polnische Intervention als DDR-Beitrag von der „Berlinale“ 1983 genommen wurde. Helga Hirsch stieß bei der Präsentation ihres Buches „Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944–1955“ auf starke Vorbehalte in Polen, vgl. Adam Krzeminski, *Die schwierige deutsch-polnische Vergangenheitspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 53 (2003) 40–41, S. 4.

<sup>18</sup> Vgl. Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg, „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden . . .“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumentation aus polnischen Archiven, 4 Bde., Marburg 2000–2002; Philipp Ther, *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen*, Göttingen 1998; Krzysztof Ruchniewicz, *Groźni wypędzeni*, in: *Karta*, 38 (2003), S. 89–93; Hupka i Czaja, in: ebd., S. 62–88.

<sup>19</sup> Kai-Olaf Lang, *Pragmatische Kooperation statt strategischer Partnerschaft. Zu Stand und Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen*, Stiftung Wis-

Die historischen Gründe des neuen Missverstehens sind weniger eindeutig zu benennen. Gewiss gab es in den neunziger Jahren die Neigung, die Prägestkraft der Geschichte für das Miteinander durch Ausklammern strittiger Fragen abzuschwächen. Die Erfolge der Aussöhnungsarbeit verleiteten zur illusorischen Annahme, die deutsche und die polnische Erinnerungskultur ließen sich in einer europäischen vereinigen. Hinzu kam die zeitliche Koinzidenz von Jedwabne- und Vertreibungsdebatte. Der Perspektivwechsel vom „Opfer“ zum „Täter“ rief bei vielen Polen Schutz- und Abwehrreflexe hervor.

Rückblickend erweist es sich als Hypothek, dass es keine dauerhafte Distanzierung von national konnotierten volkspolnischen Geschichtsbildern gab und die moralische Gesundung der politischen Kultur an der parteipolitischen Instrumentalisierung in den neunziger Jahren scheiterte. Bei aller zeitweiligen Kritik an der Öffnung der Stasi-Akten im eigenen Land, sie hat wesentlich zur informationellen Selbstbestimmung der Ostdeutschen beigetragen und der Auseinandersetzung mit dem Leben in der Diktatur nachhaltig genützt.<sup>20</sup>

Für eine Gesundung der deutsch-polnischen Beziehungen bedarf es vor allem eines selbstbewussten, aber gelassenen nationalen Selbstverständnisses, das Raum für eine dialogische Erinnerungskultur mit den Nachbarn lässt. Europa wird nicht gegen die Nationen gebaut, sondern mit ihnen und durch sie. Die Europäische Union will die Nationen nicht überwinden, sondern überwölben. Damit dies gelingt, müssen Solidarität und ein „Wir-Gefühl“ in der EU von großen wie kleinen Ländern als Grundlage des Zusammengehens bewahrt werden.<sup>21</sup>

senschaft und Politik, SWP-Aktuell 48, Oktober 2004, S. 4.

<sup>20</sup> Vgl. <http://ks.sejm.gov.pl:8009/kad4/082/40822000.htm#003>; Basil Kerski, Geschichte und Erinnerung in den aktuellen politischen Debatten zwischen Deutschen und Polen, in: Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Nr. 14, 2003, S. 13–32; Paweł Śpiewak, Polnische Erfahrungen mit dem Totalitarismus, in: ders. (Hrsg.), Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte, Frankfurt/M. 2003, S. 27 ff.

<sup>21</sup> Vgl. Heinrich August Winkler, Aus der Geschichte lernen? Zum Verhältnis von Historie und Politik in Deutschland nach 1945, in: ZEIT-Punkte, 1 (2004), S. 37.

Thomas Urban

# Historische Belastungen der Integration Polens in die EU

Der Unterschied ist augenfällig: Die Regierungen in Berlin und in Warschau nennen die deutsch-polnischen Beziehungen ausgezeichnet, Publizisten beiderseits der Oder aber schreiben von Vertrauensverlust und Missverständnissen. Beide Einschätzungen sind zutreffend: Es gibt keine großen politischen Probleme zwischen Berlin und Warschau, die Zusammenarbeit der Behörden funktioniert. Doch die Rückkehr des Themas Vertreibung in den Geschichtsdiskurs der Bundesrepublik hat in Polen heftige Emotionen hervorgerufen. Janusz Reiter, in den neunziger Jahren polnischer Botschafter in Bonn, beschreibt das Klima mit dem Satz: „Die Deutschen verstehen die Polen nicht mehr, und die Polen vertrauen den Deutschen nicht mehr.“<sup>1</sup>

**Thomas Urban**

geb. 1954; Autor, Polen-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“. ul. Paderewskiego 28, 05–520 Konstancin, Polen. Urban@thomas-urban.pl.

Die Spannungen erstreckten sich auch auf die aktuelle Politik. Im Irak-Konflikt unterstützte die Regierung in Warschau das Weiße Haus, während Berlin sich gemeinsam mit Paris und Moskau von den USA distanzierte – die EU war gespalten. Gerade die Annäherung zwischen Berlin und Moskau brachte Kommentatoren der rechtsorientierten Presse in Polen dazu, an den Ribbentrop-Molotow-Pakt zu erinnern, der den Beginn des Zweiten Weltkrieg mit dem deutschen Angriff auf Polen erst ermöglicht hatte.

Zur selben Zeit entbrannte in Polen eine heftige Debatte über den EU-Beitritt. Die konservative Opposition vertrat die Meinung, namentlich die Deutschen wollten den Polen nur eine Nebenrolle in der EU zuerkennen,

<sup>1</sup> Dialog. Deutsch-polnisches Magazin, 65 (2003/2004), S. 48.

da sie vor allem an billigen Arbeitskräften interessiert seien. Die nationalistische Presse schlug wiederum den Bogen zum Zweiten Weltkrieg: Über die EU wollten die Deutschen das „Lebensraumprojekt“ der Nationalsozialisten verwirklichen, Osteuropa solle unter deutscher Kontrolle stehen. In den politischen Debatten fand eine „tektonische Verschiebung nach rechts“ statt, wie es der Deutschland-Experte von „Polityka“, Adam Krzemiński, nannte.<sup>12</sup>

Dies war das politische Klima, als die Korrespondenten der Warschauer Presse begannen, über zwei Initiativen zu berichten, die in engem Zusammenhang gesehen wurden: die Pläne, in Berlin ein Zentrum zur Dokumentation von Vertreibungen zu errichten, und die Gründung der Rechtsberatungsfirma „Preußische Treuhand“, über die deutsche Heimatvertriebene versuchen, ihren verlorenen Immobilienbesitz wiederzuerlangen.

## Das Zentrum gegen Vertreibungen

Zunächst wurde in Polen der Gründung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, die laut Satzung der Völkerverständigung dienen will,<sup>13</sup> im Jahr 2000 kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Vorsitzende wurden die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die auch Bundestagsabgeordnete der CDU ist, sowie der frühere SPD-Generalsekretär Peter Glotz. Zwar unterstützte Innenminister Otto Schily zunächst den Plan, in Berlin ein derartiges Zentrum einzurichten, doch distanzierten sich andere Vertreter der Regierungskoalition aus SPD und Grünen bald davon. Dafür sagten CDU und CSU ihre Unterstützung zu. Auch konnte die Stiftung zahlreiche Prominente als Unterstützer gewinnen.

Die Initiatoren hatten sehr genau beobachtet, dass in Polen Mitte der neunziger Jahre eine intensive Debatte über die Vertreibung der Deutschen stattgefunden hatte. Vor allem die liberale „Gazeta Wyborcza“ und der „Tygodnik Powszechny“, das Sprachrohr der reformorientierten Katholiken, widmeten dem Thema zahlreiche Beiträge.<sup>14</sup> Auch erschien

etwa ein Dutzend wissenschaftlicher Bücher zu dem Thema. Doch bald zeigte sich, dass diese erste polnische Vertreibungsdebatte nur einen kleinen Teil der Öffentlichkeit erreicht hat. Namentlich das konservative und nationalistische Milieu lehnten den Ansatz, dass auch Deutsche Opfer des Krieges und seiner Folgen geworden seien, entschieden ab. So stieß eine versöhnlich gemeinte Resolution des Bundestages vom Frühsommer 1998, in der die Einbeziehung der Vertriebenen in die politische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn empfohlen wurde, auf heftigen Widerspruch des Sejm, in dem rechtsorientierte Gruppierungen von 1997 an über die Mehrheit verfügten.

Auch an der Amtskirche war die Vertreibungsdebatte weitgehend vorbeigegangen. Im Mai 2000 verlas Kardinal Józef Glemp, der Primas, ein Schuldbekenntnis der katholischen Kirche. Es enthielt eine Bitte um Vergebung für „Geringschätzung gegenüber Personen anderer Bekenntnisse und die Tolerierung von Erscheinungen des Antisemitismus“.<sup>15</sup> Dass die Kirche Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen gebilligt, nach Meinung Betroffener sogar daran mitgewirkt hat,<sup>16</sup> fand keine Erwähnung.

Ebenfalls im Jahr 2000 setzte die bislang heftigste Geschichtsdebatte der jungen polnischen Demokratie ein. Es ging um nichts Geringeres als eine mögliche Beteiligung von Polen am Holocaust. Die Debatte hatten Berichte über den Judenpogrom von Jedwabne im Juli 1941 ausgelöst. In dem ostpolnischen Städtchen hatte eine Gruppe Einheimischer, denen ein SS-Kommando Straffreiheit und Beute versprochen hatte, einen Großteil der jüdischen Nachbarn ermordet. In Polen wurde vermerkt, dass die deutsche Presse dabei größtenteils die Rolle des SS-Kommandos marginalisierte und gleichzeitig unterstrich, dass Polen beim Holocaust Mittäter gewesen seien. Dies wurde als Versuch begriffen, den Deutschen einen Teil ihrer Schuld zu nehmen.<sup>17</sup>

Dass man in der Bundesrepublik nicht nur die deutsche Schuld verkleinern, sondern die Deutschen vor allem als Opfer des Krieges

<sup>12</sup> In: Kafka, (2004) 1, S. 53.

<sup>13</sup> Vgl. [www.z-g-v.de](http://www.z-g-v.de).

<sup>14</sup> Vgl. Klaus Bachmann/Jerzy Kranz (Red.), *Przepróśić za wypędzenie? O wysiedleniu Niemców po II wojnie światowej*, Kraków 1997; dt. Ausgabe: *Verlorene Heimat – Die Vertreibungsdebatte in Polen*, Bonn 1998.

<sup>15</sup> Vgl. *Życie* vom 22. 5. 2000, S. 3.

<sup>16</sup> Vgl. Franz Scholz, *Zwischen Staatsräson und Evangelium – Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen*, Frankfurt/M. 1988.

<sup>17</sup> Vgl. *Rzeczpospolita* vom 17. 10. 2001, S. 6; *Więź*, (2002) 1, S. 37.

darstellen möchte, gilt in der polnischen Rechten als verbürgt. Unter diesem Blickwinkel nahm man Bücher über die Bombardierung deutscher Städte, die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen durch Rotarmisten und Dokumentationen über Flucht und Vertreibung zur Kenntnis.<sup>18</sup> Sogar Günter Grass wurde vorgeworfen, mit seinem Roman „Der Krebsgang“ (2002) über den Untergang des Flüchtlingsschiffs „Wilhelm Gustloff“ zur Geschichtsrevision beizutragen.

Auch das Projekt, ein Zentrum zur Dokumentation von Vertreibungen zu errichten, wird als Teil dieses groß angelegten Versuches angesehen, „die Geschichte umzuschreiben“ – nach der Jedwabne-Debatte habe man nicht hinnehmen können, dass Polen ein weiteres Mal von Deutschen als Täter oder Mittäter hingestellt werden, befand Krzemiński.<sup>19</sup> Der Sejm-Abgeordnete Jan Maria Rokita, einer der Wortführer des nationalkonservativen Lagers, schrieb von einer „Neudefinition des historischen Bewusstseins der Deutschen“, die einhergehe mit einem „politischen Egoismus“, wie sie die Bundesregierung beispielsweise in der EU an den Tag lege.<sup>10</sup>

Im Frühjahr 2002 forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel gemeinsam mit Krzemiński und Adam Michnik, dem Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“, ein Zentrum zur Dokumentation von Vertreibungen nicht in Berlin, sondern in Breslau (Wrocław) einzurichten. Dieser Vorschlag wurde zwar im liberalen und linksorientierten Milieu der Bundesrepublik begrüßt, fand aber keine politische Unterstützung in Warschau – im Gegenteil: Der Senatspräsident Longin Pastusiak, der zwei Jahrzehnte zuvor unter dem Kriegsrecht einer der Parteipropagandisten gewesen war, griff Meckel heftig dafür an, den Polen ein derartiges Zentrum zumuten zu wollen.<sup>11</sup> Der frühere Außenminister Władysław Bartoszewski propagierte die These, dass das Zentrum vor allem einem Ziel dienen solle: „Das falsche Bewusstsein aufbauen, dass neben den Juden vor allem die

Deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges waren.“<sup>12</sup> Die Polen müssten wohl als Gegengewicht ein Zentrum bauen, das ihre Unterdrückung durch die Deutschen von der Ersten polnischen Teilung im Jahr 1772 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges dokumentiert. Bartoszewski konnte nicht einmal von seinem früheren wissenschaftlichen Mentor und Freund, dem Münchener Historiker Hans Maier, der jahrelang an der Spitze des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gestanden hatte, zu einer differenzierteren Sicht bewegt werden.<sup>13</sup> Im polnischen Fernsehen meinte Bartoszewski zur deutschen Vertreibungsdebatte: „Es geht dabei nur um eins: ums Geld!“<sup>14</sup>

Noch schärfer urteilte Marek Edelman, der letzte überlebende Kommandeur des Aufstandes im Warschauer Ghetto von 1943: „Den Deutschen gebührt keine Barmherzigkeit, sondern Reue. Und das für viele Generationen, sonst kehren ihre Großmannssucht und ihr Hochmut zurück.“<sup>15</sup> Auch der Philosoph Leszek Kołakowski warnte: „Ein Berliner Denkmal für die Vertriebenen könnte die Geschichte des Zweiten Weltkriegs revidieren und Gebietsansprüche hervorrufen, für die es keine Rechtfertigung gibt.“<sup>16</sup> Nicht minder trug der „Tygodnik Powszechny“, bislang Vorreiter bei der Aufarbeitung des Themas Vertreibung, zur Verschärfung des Klimas bei. Die Zeitung wiederholte unablässig, das Zentrumsprojekt ziele auf Geschichtsfälschung ab. Auch der Erzbischof von Lublin, Józef Życiński, nannte das Projekt, das nur das Schicksal der deutschen, nicht aber der polnischen Vertriebenen darstellen solle, einen Versuch, die „Wahrheit über die Geschichte zu verfälschen“<sup>17</sup>. Nicht nur der Vorwurf der Geschichtsfälschung wurde zum festen Bestandteil polnischer Kommentare zu dem Zentrumsprojekt, sondern man argumentierte auch mit der Kategorie der Kollektivschuld. Es galt die These: „Die Kinder der Mörder erinnern an das Leid ihrer Eltern.“<sup>18</sup> So heißt es in einer Resolution der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS): „Die Verantwort-

<sup>18</sup> Vgl. u. a. Jörg Friedrich, *Der Brand*. München 2002; Anonyma, *Eine Frau in Berlin*. Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945, Frankfurt/M. 2003; Guido Knopp, *Die große Flucht*. Das Schicksal der Vertriebenen, München 2001; Hans Lemberg/K. Erik Franzen, *Die Vertriebenen*. Hitlers letzte Opfer, Berlin 2001.

<sup>19</sup> In: Kafka (Anm. 2), S. 54.

<sup>10</sup> In: *Rzeczpospolita* vom 20. 2. 2004, S. 2.

<sup>11</sup> Vgl. ebd., vom 27. 8. 2003, S. 6.

<sup>12</sup> Ebd., vom 15. 7. 2003, S. 6.

<sup>13</sup> Vgl. Hans Maier, *Offener Brief an Władysław Bartoszewski*, in: *Rheinischer Merkur* vom 18. 9. 2003, S. 7.

<sup>14</sup> In: TVP 1, *Otwarte Studio*, 26. 6. 2004.

<sup>15</sup> In: *Gazeta Wyborcza* vom 18. 8. 2003, S. 12.

<sup>16</sup> In: *Die Zeit* vom 18. 9. 2003, S. 41.

<sup>17</sup> In: *Tygodnik Powszechny* vom 21. 9. 2003, S. 3.

<sup>18</sup> In: *Wprost* vom 23. 5. 2004, S. 32.

tung muss das gesamte deutsche Volk tragen, das sich in seiner Masse dem Hitlerismus unterstellt hat und die Herrschaft Hitlers akzeptiert hat.“<sup>19</sup>

Angesichts der scharfen Töne aus Warschau beschlossen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer, in die Debatte einzugreifen. Schröder erklärte, mit dem Berliner Zentrumsprojekt entstehe die Gefahr, „das Unrecht, das Deutschen widerfahren ist, in den Vordergrund zu stellen“<sup>20</sup>. Auch Fischer unterstellte, es ziele darauf ab, „die historische Schuld der Deutschen“ zu relativieren: „Der BdV taugt nicht als Museumsdirektor“, erklärte er.<sup>21</sup> Innenminister Schily hatte sich mit seinem Vorschlag, die Verfechter sowohl der Berliner als auch der Breslauer Konzeption an einen Tisch zu bringen, nicht durchsetzen können.

Mit ihren Festlegungen machten der Kanzler und der Vizekanzler das Zentrum nicht nur zum Streitpunkt der Innenpolitik, sondern gaben auch das Signal für polnische Politiker, sich in die Debatte einzuschalten. Den Anfang machte Senatsmarschall Longin Pastusiak: „Das Zentrum schadet der Versöhnung.“ Er bestritt, dass es überhaupt eine Vertreibung gegeben habe, vielmehr müsse von „Bevölkerungstransfer unter Kontrolle der Alliierten“ geredet werden.<sup>22</sup> Pastusiak kehrte somit zum offiziellen Sprachgebrauch von vor 1989 zurück. Wenig später meldete sich auch Staatspräsident Aleksander Kwasniewski zu Wort: „Ein Zentrum, das allein der Erinnerung an die Aussiedlung der Deutschen dienen und in Berlin angesiedelt sein soll, ist eine ungute, risikoreiche, der Versöhnung schadende Idee.“<sup>23</sup>

Erika Steinbach wurde zur Hassfigur polnischer Medien, sie wurde zur Hauptverantwortlichen für die Eintrübung der deutsch-polnischen Beziehungen gemacht. Ihr wurde unterstellt, einem Neo-Nationalsozialismus das Feld bereiten zu wollen. Das Magazin „Wprost“ bildete sie auf einem viel diskutierten Titelbild in SS-Uniform ab, auf Kanzler Schröder reitend. Darunter stand in schwarz-rot-gelben Lettern: „Das deutsche trojanische Pferd.“ Schröder wurde unterstellt, er meine

es mit der Verständigung mit Polen nicht ernst, da die Bundesrepublik den BdV alljährlich mit Millionen alimentiere.<sup>24</sup> Laut „Wprost“ solle das Zentrum zeigen, „dass die Polen den Deutschen am meisten Leiden zugefügt haben“<sup>25</sup>. Die Redaktion von „Wprost“ ging so weit, Publizisten, die wichtige Stimmen im deutsch-polnischen Dialog sind, als „bezahlte Einflussagenten Berlins“ anzuprangern. Dazu gehörten Janusz Reiter, dessen Institut für internationale Beziehungen in Warschau von deutschen Stiftungen mitfinanziert wird, Adam Krzemiński, der an vielen von deutschen Institutionen finanzierten Tagungen teilnimmt, und der Schriftsteller Andrzej Stasiuk, der regelmäßig Essays in der Bundesrepublik publiziert.<sup>26</sup>

Weitgehend ignoriert wurde von der polnischen Presse, dass auch Vertreter der katholischen Kirche wie Kardinal Karl Lehmann oder jüdische Intellektuelle wie Ralph Giordano und Imre Kertesz die Berliner Stiftung unterstützen. Ein Interview, das Giordano bei einem Warschau-Besuch gab, blieb ohne Echo. Darin erklärte er, das Projekt der Stiftung habe durchaus europäischen Charakter, es unterscheide sich kaum von dem Konzept Meckels. Auch habe sich der BdV geändert, er beweise durchaus Empathie für die Opfer der deutschen Besatzung.<sup>27</sup> Das Berliner Projekt verteidigte auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger, der sich seit vielen Jahren im deutsch-polnischen Dialog engagiert. Er vertrat die Ansicht, dass in Polen die Absichten Steinbachs nicht richtig eingeschätzt würden.<sup>28</sup>

Im April 2004 einigten sich die Kulturminister der Bundesrepublik, Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns, ein „Europäisches Netzwerk“ zur Dokumentation von „Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“ zu schaffen. Es sollte Institutionen in diesen fünf Ländern vernetzen. Kulturstaatsministerin Christina Weiss verhehlte nicht, dass es ein Gegengewicht zu dem Berliner Projekt darstellen solle. Bei den Verhandlungen in Warschau zeigte sich aber, dass die polnische Delegation den Plan verfolgte, ein Zentrum zum Gedenken an die Opfer aller totalitären Systeme einzurichten,

<sup>19</sup> In: Gazeta Wyborcza vom 5. 10. 2004, S. 2.

<sup>20</sup> dpa vom 13. 8. 2003.

<sup>21</sup> In: Die Zeit vom 28. 8. 2003, S. 5.

<sup>22</sup> In: Rzeczpospolita vom 27. 8. 2003, S. 6.

<sup>23</sup> Ebd., vom 15. 9. 2003, S. 1.

<sup>24</sup> In: Wprost vom 21. 9. 2003, S. 27.

<sup>25</sup> Ebd., vom 19. 12. 2004, S. 106.

<sup>26</sup> Ebd., vom 7. 12. 2003, S. 6.

<sup>27</sup> Vgl. Rzeczpospolita vom 19. 2. 2004, S. 7.

<sup>28</sup> Vgl. Gazeta Wyborcza vom 1. 3. 2004, S. 13.

in dem Vertreibungen nur eine untergeordnete Rolle spielen sollten. Die Vertreter der tschechischen Regierung schienen gar den Auftrag zu haben, das Projekt zu sabotieren.<sup>129</sup> Als wichtigen Etappensieg in der Geschichtspolitik werteten polnische Kommentatoren, dass das Sekretariat des künftigen Netzwerkes in Warschau angesiedelt werden soll. Die Berliner Stiftung kündigte an, sie wolle dem Netzwerk beitreten – und löste damit in Polen Erstaunen aus.

## Die Preußische Treuhand

Das Berliner Zentrumsprojekt betrachteten fast alle polnischen Medien als psychologischen Flankenschutz für deutsche Ansprüche auf die nach dem Krieg verlorenen Immobilien östlich von Oder und Neiße. Alle Bundesregierungen seit 1949 haben die Vertreibung und die Konfiskation des Eigentums der deutschen Einwohner als rechtswidrig bezeichnet, die Unterstellung dieser Gebiete unter polnische Verwaltung aber als Maßnahme der Siegermächte respektiert. Das Bundesverfassungsgericht stellte mehrmals fest, dass in Verträgen mit Warschau, die faktisch die polnische Hoheit über die Oder-Neiße-Gebiete nicht in Frage stellten, nicht auf Eigentumsansprüche der Vertriebenen verzichtet wurde.

Warschau berief sich dagegen stets auf das Schlussprotokoll der Potsdamer Konferenz, das alle Maßnahmen der Polen in den Oder-Neiße-Gebieten rechtfertigte. Nach polnischer Auffassung wurde die Frage deutscher Restitutionsansprüche mit dem Zwei-plus-Vier-Abkommen von 1990 endgültig abgeschlossen. Allerdings haben beide Seiten in einem Briefwechsel zum Nachbarschaftsvertrag von 1991 festgestellt, dass Vermögensfragen von dem Vertrag nicht berührt seien. Der polnische Staat hatte das „aufgegebene Vermögen“ der vertriebenen oder ausgesiedelten Deutschen zu Staatseigentum erklärt; die neuen Bewohner konnten die Immobilien pachten. Der Sejm beschloss 1997 im Hinblick auf mögliche deutsche Forderungen nach dem Beitritt Polens zur EU ein Gesetz, das die Umwandlung der Pachtverträge in Eigentumsverhältnisse erlaubte. In der Tat forderte der BdV, die Regelung der Eigentumsfragen zur Vorbedingung für den EU-Beitritt Polens zu machen, doch lehnte die Bundesregierung diese Forderung ab.

<sup>129</sup> Vgl. Die Welt vom 23. 4. 2004, S. 7.

Am 14. Dezember 2000 gründeten Vertreter der Landsmannschaften Schlesien und Ostpreußen die Preußische Treuhand GmbH und KG a.A., die Vertriebene bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf konfisziertes Eigentum beraten oder vertreten soll. Zu den Gründern gehörten der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, sowie andere BdV-Präsidiumsmitglieder. In einer Erklärung hieß es, falls es nicht zu „politisch vertretbaren Lösungen“ komme, blieben nur der Rechtsweg bis zum Europäischen Gerichtshof und Sammelklagen in den USA. Diese Forderungen wurden in Polen unter Hinweis auf die Schuld, welche die Deutschen im Zweiten Weltkrieg auf sich geladen hätten, empört zurückgewiesen. Auch Kirchenführer machten sich diese Argumentation zu Eigen. So erklärte der Lubliner Erzbischof Józef Życiński, die deutschen Vertriebenen müssten daran erinnert werden, dass die Ursache für ihr Leid der Nationalsozialismus sei. Zu den Forderungen der Treuhand sagte er: „Kain ist auch nicht auf den Gedanken gekommen, materielle Entschädigung für die Schäden zu verlangen, die er in der Folge des Todes Abels erlitten hat.“<sup>130</sup>

Aus einer Umfrage des Warschauer Meinungsforschungsinstituts Pentor geht hervor, dass die Furcht der Polen vor deutschen Forderungen umso größer ist, je weiter sie von den einst deutschen Gebieten entfernt leben. So teilten im Herbst 2003 derartige Befürchtungen fast zwei Drittel der Einwohner der Woiwodschaften Masowien mit der Hauptstadt Warschau und des Vorkarpatenlandes (Podkarpackie). In der zentralpolnischen Woiwodschaft Świętokrzyskie hatten sogar 77 Prozent der Einwohner Angst vor Forderungen der Deutschen. Ganz anders lagen die Dinge in den ehemaligen deutschen Ostgebieten: In der Woiwodschaft Pommern äußerten nur 37 Prozent der Befragten derartige Befürchtungen, in der Woiwodschaft Schlesien 32 Prozent.<sup>131</sup>

Im November 2003 beschloss das BdV-Präsidium, die Preußische Treuhand nicht zu unterstützen. Im März 2004 missbilligten der Vorstand und der Beirat der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ deren Tätigkeit: „Die Integration von Verdrängtem und die Aufarbeitung von Leidenserfahrungen entfalten eine heilende Wirkung für die Betroffene“

<sup>130</sup> In: Tygodnik Powszechny vom 4. 4. 2004, S. 6.

<sup>131</sup> Vgl. Wprost vom 2. 11. 2003, S. 28–32.

nen. Institutionalisierte Forderungen nach materieller Wiedergutmachung hingegen schüren Schuldzuweisungen und die Konkurrenz unter den Opfern.“<sup>32</sup> Auch die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen (AKVO) distanzierte sich von der Preußischen Treuhand: „Die AKVO erklärt, dass für ihre Mitgliedsorganisationen sich die Eigentumsfragen erledigt haben, und ruft alle Vertriebenen dazu auf, im christlichen Geiste zu prüfen, ob sie auf ihre individuellen Vermögensansprüche verzichten können.“<sup>33</sup> Ebenso kritisierte die Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die Preußische Treuhand: „Diese leistet keinen Beitrag zu einem gedeihlichen Miteinander zwischen Polen und Deutschen.“<sup>34</sup> Im selben Sinne äußerte sich der Ehrenvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka: Zwar seien Vertreibung und Eigentumsentzug Unrecht, doch habe die Treuhand „gefährliche Verwirrungen“ im deutsch-polnischen Dialog hervorgerufen.<sup>35</sup>

Im Sommer 2004 forderten polnische Politiker aller Parteien, dass die Bundesrepublik die Entschädigungs- und Restitutionsforderungen der Vertriebenen regele. Premierminister Marek Belka sagte: „Es ist Zeit für eine Initiative der deutschen Regierung.“<sup>36</sup> Doch blieb Bundeskanzler Schröder in seiner Rede zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes weit hinter diesen Erwartungen zurück, denn er erklärte lediglich: „Weder die Bundesregierung noch andere ernstzunehmende politische Kräfte in Deutschland unterstützen individuelle Forderungen.“ Gleichzeitig erteilte er dem Berliner Zentrumsprojekt erneut eine Absage.<sup>37</sup> Die BdV-Vorsitzende Steinbach warf dem Kanzler daraufhin vor, er wolle die ungelöste Eigentumsfrage „auf dem Rücken der Vertriebenen“ austragen. Sie forderte, das Problem „innerdeutsch“ zu regeln, der Gesetzgeber müsse einen Weg finden, die Vertriebenen zumindest symbolisch zu entschädigen.<sup>38</sup> In diesem Punkt deckte sich die BdV-Position mit der der polnischen Regierung.

<sup>32</sup> Presseerklärung des ZgV vom 19. 3. 2004.

<sup>33</sup> In: Adalbertusforum, (2004) 3–4, S. 4.

<sup>34</sup> In: Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 9. 9. 2004, S. 1.

<sup>35</sup> In: Informationsdienst (ebd.), 30. 9. 2004, S. 6.

<sup>36</sup> In: Fakt vom 31.7./1. 8. 2004, S. 4.

<sup>37</sup> Vgl. dpa vom 1. 8. 2004.

<sup>38</sup> Presseerklärung des BdV vom 3. 8. 2004.

Pawelka stellte bei einem Besuch in Oberschlesien dar, dass die Preußische Treuhand auf keinen Fall polnischen Bürgern das Dach über dem Kopf nehmen möchte. Vielmehr müssten alle Mietverträge respektiert werden. Der auf der Liste der deutschen Minderheit gewählte Sejm-Abgeordnete Heinrich Kroll widersprach Pawelka in einem Punkt: „Die Ansprüche der nach dem Krieg Vertriebenen, welche die polnische Staatsangehörigkeit nicht angenommen hatten, sind ein abgeschlossenes Kapitel.“ Anders aber verhalte es sich mit den Spätaussiedlern, die ihr Eigentum zwangsweise aufgegeben hätten. Kroll wies darauf hin, dass es in den ehemaligen deutschen Ostgebieten mindestens 120 000 leer stehende Häuser gebe, teilweise seien ganze Dörfer verlassen und nicht wieder besiedelt worden.<sup>39</sup> Nach Meinung auch polnischer Experten ist es bei der Übernahme der Häuser von Spätaussiedlern zu Fällen von Rechtsbeugung gekommen. So sei Antragstellern oft die Ausreise erst erlaubt worden, wenn sie ihre Häuser zu Preisen, die nur einen Bruchteil des Marktniveaus ausgemacht hätten, an Staatsfunktionäre abgetreten hätten.<sup>40</sup>

Die liberale polnische Presse begrüßte die Erklärung von 70 Bundesbürgern, die auf jegliche Ansprüche und Entschädigungszahlungen für verlorenen Besitz im heutigen Polen und Tschechien verzichteten. Zu den Unterzeichnern der Erklärung, welche die Publizistin Helga Hirsch initiierte, gehören Peter Glotz, der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der Menschenrechtler Rupert Neudeck und der Journalist Klaus Bednarz.<sup>41</sup> Kommentatoren der rechtsgerichteten Presse Polens aber bezeichneten die Erklärung als Anmaßung. Die Deutschen könnten auf nichts verzichten, was ihnen nicht gehöre, die Oder-Neiße-Gebiete seien 1945 rechtmäßig Teil Polens geworden.<sup>42</sup>

Im November 2004 stellten der Völkerrechtler Jochen A. Frowein und der Warschauer Rechtsprofessor Jan Barcz das von beiden Regierungen in Auftrag gegebene „Gutachten zu Ansprüchen aus Deutschland gegen Polen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg“ vor.<sup>43</sup> Darin wird die

<sup>39</sup> Vgl. Schlesisches Wochenblatt/Tygodnik Śląski vom 8. 10. 2004, S. 3.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., vom 15. 10. 2004, S. 1–2.

<sup>41</sup> Vgl. Gazeta Wyborcza vom 14. 9. 2004, S. 1–2.

<sup>42</sup> Vgl. Nasz Dziennik vom 15. 9. 2004, S. 1.

<sup>43</sup> Vollständiger Text unter [www.virtual-institute.de/de/HP/gutachten/anspr\\_dt.pdf](http://www.virtual-institute.de/de/HP/gutachten/anspr_dt.pdf).

Warschauer Erklärung Schröders vom 1. August 2004 als „völkerrechtlich bindender einseitiger Akt der Bundesrepublik Deutschland“ bewertet. Doch heißt es im Hinblick auf den bislang gültigen Standpunkt aller Bundesregierungen, dass Enteignung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße rechtswidrig waren: „Die Erklärung des Bundeskanzlers kann nicht so verstanden werden, als ob die deutsche Rechtsauffassung aufgegeben würde.“ An anderer Stelle aber wird angeführt, dass „Restitutions- und Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit der Vermögensentziehung als rechtsgrundlos angesehen werden“. Individuelle Ansprüche gegen Polen können dem Gutachten zufolge nicht bestehen, weil die formellen Enteignungen als Teil der Reparationen zu werten seien. Allein aus der Rechtswidrigkeit der Enteignungen folgten keine Ansprüche. Das Potsdamer Abkommen, der Warschauer Vertrag von 1970, das Zwei-plus-Vier-Abkommen sowie die deutsch-polnischen Verträge von 1990 und 1991 bildeten ein Hindernis, um deutsche Ansprüche geltend zu machen. Daher sei auch Ansprüchen deutscher Heimatvertriebener von Seiten der Bundesregierung kein diplomatischer Schutz zu gewähren. Deren Rechtsansprüche seien durch die Bundesregierung jedoch nicht beeinträchtigt worden, weil diese nicht auf deren Ansprüche verzichtet habe, sondern lediglich erklärt habe, diese nicht zu unterstützen.

Das Rechtsgutachten stieß auf ein geteiltes Echo. Die BdV-Vorsitzende Steinbach kam zu dem Schluss: „Alles in allem kann es weder überzeugen noch zum Rechtsfrieden beitragen.“<sup>144</sup> Nach Auffassung der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es „wirkunglos“<sup>145</sup>. Pawelka erklärte, das Gutachten spare „störendes Recht“ aus.<sup>146</sup>

## Polnische Reparationsforderungen

Die Forderungen der Preußischen Treuhand wurden mit Gegenforderungen beantwortet: Es wurden Reparationen für die von den deutschen Besatzern zu verantwortenden Schäden verlangt. „Wprost“ stellte lapidar fest: „Eine Billion Dollar schulden die Deutschen den Polen für den Zweiten Welt-

krieg.“<sup>147</sup> In einer Expertise, die im Auftrag des Außenministeriums entstand, wurden derartige Ansinnen indes als aussichtslos bezeichnet, da dafür jegliche rechtliche Grundlage fehle.<sup>148</sup>

Ausführlich wird in der Expertise die Regelung der Reparationsfrage dargestellt: Auf der Konferenz von Jalta unterzeichneten Stalin, Roosevelt und Churchill eine gemeinsame Erklärung, in der die deutschen Reparationen auf 20 Milliarden Dollar festgelegt wurden. „Die Hälfte dieser Summe kommt der Sowjetunion zu“, hieß es in dieser Erklärung. Auf der Potsdamer Konferenz wurde zusätzlich festgelegt, dass Polen 15 Prozent aller Industriegüter bekommen solle, die von der Sowjetunion als Reparationen abtransportiert würden. Am 23. August 1953 verzichtete die Volksrepublik Polen auf jegliche Entschädigungsansprüche, einen Tag, nachdem der Kreml eine ähnliche Erklärung abgegeben hatte. Der Text der Warschauer Erklärung lautet: „Mit Rücksicht darauf, dass Deutschland seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Reparationen bereits in bedeutendem Maße nachgekommen ist und dass die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands im Interesse seiner friedlichen Entwicklung liegt, hat die Regierung der Volksrepublik Polen den Beschluss gefasst, mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die Zahlung von Reparationen an Polen zu verzichten, um damit einen weiteren Beitrag zur Lösung der deutschen Frage im Geiste der Demokratie und des Friedens, in Übereinstimmung mit den Interessen des polnischen Volkes und aller friedlichen Völker zu leisten.“ Die polnische Rechte stellt allerdings heute die Rechtmäßigkeit des Verzichts auf Reparationen in Frage, da Polen 1953 kein souveräner Staat gewesen sei.

Die Expertise des Außenministeriums überzeugte die nationalistischen Gruppierungen also nicht. Auf ihre Initiative hin verabschiedete der Sejm am 10. September 2004 einstimmig bei nur einer Enthaltung eine Resolution, in der festgestellt wurde, „dass Polen bislang keine finanzielle Entschädigung und Kriegsreparationen für die enormen materiellen und immateriellen Zerstörungen, die die deutsche Aggression, Besatzung, der Völkermord und der Verlust der Unabhängigkeit Polens bewirkt haben, erhalten hat“. Die Abgeordneten, von denen sich ein Viertel nicht an der

<sup>144</sup> In: Deutscher Ostdienst, (2004) 12, S. 8.

<sup>145</sup> In: Schlesische Nachrichten vom 1. 12. 2004, S. 1.

<sup>146</sup> Ebd., S. 2.

<sup>147</sup> In: Wprost vom 23. 9. 2003, S. 16.

<sup>148</sup> Vgl. Rzeczpospolita vom 23. 1. 2004, S. 3.

Abstimmung beteiligt hatte, riefen die Regierung dazu auf, „in dieser Angelegenheit entsprechende Schritte gegenüber der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu unternehmen“.<sup>49</sup> Nach polnischen Berechnungen ist während der Besatzung ein Fünftel der Bevölkerung umgekommen, in der gebildeten Schicht gar 38 Prozent. Knapp 40 Prozent des Volksvermögens seien vernichtet worden, darunter zwei Drittel aller Industriebetriebe.

Die polnische Regierung erklärte, dass sie die rechtlich nicht bindende Sejm-Resolution ignorieren werde. Außenminister Włodzimir Cimoszewicz bezeichnete es als Fehler, die Frage der Reparationen auf die politische Tagesordnung gesetzt zu haben.<sup>50</sup> Auch die liberale Presse kritisierte die Resolution. Im „Tygodnik Powszechny“ wurde sie „wenig weise und wenig verantwortlich“ genannt, da dadurch die deutsch-polnischen Beziehungen beeinträchtigt würden.<sup>51</sup> Die „Gazeta Wyborcza“ befand, sie „negiere alles, was bislang auf dem schwierigen Weg der Versöhnung mühsam von vielen Politikern und Bürgern aufgebaut worden ist“. Den Initiatoren der Resolution wurde vorgehalten, ihr Versuch, sich als moralisch überlegen – nämlich als Opfer des Krieges – darzustellen, stoße in Deutschland drei Generationen nach dem Krieg auf Befremden.<sup>52</sup> In der konservativen und nationalistischen Presse aber wurde die Sejm-Resolution verteidigt. „Wprost“ nannte sie einen „notwendigen Verteidigungskrieg“, der Sejm habe Recht, „da die Revision der Geschichte zu Gunsten der Henker und Verbrecher“ nicht akzeptabel sei.<sup>53</sup> Damit drückte das Blatt zweifellos die Haltung der Mehrheit aus, wie eine Umfrage belegte: 64 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass die polnische Regierung von Berlin Reparationen verlangen solle.<sup>54</sup>

Im November 2004 legte eine Experten­gruppe im Auftrag der Stadt Warschau eine Aufstellung der Schäden vor, die von den deutschen Besatzern während des Zweiten Weltkrieges zu verantworten seien. Die Summe wurde nach heutigen Immobilienwerten auf 45,3 Milliarden US-Dollar veran-

<sup>49</sup> Text der Resolution veröffentlicht in allen überregionalen Tageszeitungen vom 11./12. 9. 2004.

<sup>50</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 11. 2004, S. 7.

<sup>51</sup> Vgl. Tygodnik Powszechny vom 5. 9. 2004, S. 3.

<sup>52</sup> Vgl. Gazeta Wyborcza vom 11./12. 9. 2004, S. 12.

<sup>53</sup> Wprost vom 26. 9. 2004, S. 26.

<sup>54</sup> Vgl. Rzeczpospolita vom 22. 9. 2004, S. 4.

schlagt.<sup>55</sup> Doch schon wenig später wurde im Auftrag des polnischen Außenministeriums eine von führenden Wissenschaftlern erstellte Studie mit dem Titel „Die Frage der deutschen Kriegsreparationen, Entschädigungen und finanziellen Leistungen für Polen zwischen 1944 und 2004“ publiziert. Darin wird aufgelistet, dass Polen bis zum Reparationsverzicht von 1953 tatsächlich in erheblichem Umfang Reparationen aus Deutschland erhalten hat. Zudem unterstreichen die Verfasser, dass auch die Übernahme der deutschen Ostgebiete mit aller beweglichen und unbeweglichen Habe als Reparation zu betrachten sei.

Die unterschiedliche Bewertung der Westverschiebung Polens stellt den Kern des Streites um Reparationen dar. Polen hatte seinen Osten an die Sowjetunion abtreten müssen, dafür wurden in Potsdam 1945 die Oder-Neiße-Gebiete unter polnische Verwaltung gestellt. Nach Warschauer Auffassung wurden sie somit polnisches Staatsgebiet. In der Bundesrepublik hat sich weitgehend die Auffassung durchgesetzt, dass die Abtretung der Gebiete, in denen vor dem Krieg mehr als zehn Millionen Deutsche gelebt haben, als eine Art Kriegsreparation zu sehen sei. Die Bundesregierung könne überdies nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Sowjetunion den dünn besiedelten Osten des Landes, in dem rund drei Millionen Polen weniger als ein Drittel der Bevölkerung ausgemacht hatten, annektiert habe. Aus polnischer Sicht aber stellt die Übernahme der deutschen Ostgebiete eine Entschädigung für den Verlust der polnischen Ostgebiete dar. Also ist nach Meinung der polnischen Konservativen die Frage der Entschädigung für die Kriegszerstörungen noch offen. Die Nationalisten sehen sich gar doppelt betrogen: Denn nach ihrer Auffassung hatte Polen einen historischen Anspruch auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen. Die Deutschen hätten dort unrechtmäßig gesiedelt; also könne die „Wiedererlangung der urpolnischen Erde“ auf keinen Fall als Reparation gewertet werden.

2005 ist ein „Superwahljahr“ für Polen: Parlament und Präsident werden neu gewählt, außerdem wird über die EU-Verfassung abgestimmt. Skeptiker befürchten, dass populistische Politiker in engem Zusammenspiel mit der Boulevardpresse weiterhin anti-deutsche Emotionen schüren werden.

<sup>55</sup> Vgl. ebd., vom 16. 11. 2004, S. 4.

# Deutsch-polnische Europavisionen

Von Beginn des politischen Umbruchs in Europa 1989/90 an stand außer Frage, dass die deutsch-polnischen Beziehungen für die weitere europäische Integration in Zukunft ebenso einflussreich sein würden wie die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die Größe beider Staaten, die historischen Be-

## Daria Dylla

geb. 1976; Doktorandin an der Universität zu Köln.  
Hahnenstraße 9, App. 10-02,  
50354 Hürth-Efferen.  
daria.dylla@smail.uni-koeln.de.

## Thomas Jäger

geb. 1960; Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.  
Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen, Gottfried-Keller-Straße 6, 50931 Köln.  
thomas.jaeger@uni-koeln.de.

lastungen der bilateralen Beziehungen und die Neugewichtung der mitgliedstaatlichen Einflussverteilung innerhalb der EU begründen den hervorgehobenen Rang des deutsch-polnischen Verhältnisses. Welche Vorstellungen über die zukünftige Gestalt Europas in beiden Gesellschaften vorherrschend sind, ist deshalb von enormer politischer Relevanz. Denn die öffentliche Meinung eröffnet und beschränkt

den europapolitischen Handlungsspielraum der Regierungen,<sup>1</sup> weshalb eine Analyse der gesellschaftlichen Einstellungen große Bedeutung erhält.

Das deutsch-polnische Verhältnis ist in den realen Beziehungen, aber auch den gegenseitigen Wahrnehmungen nach wie vor kompliziert. Seine Geschichte ist durch Krieg, Gewalt und Vertreibung und fast durchgängig durch widerstreitende Interessen gekennzeichnet. Erst nach der politischen Transformation Europas kam es zu einer deutlichen Korrektur. Doch den vielen Anstrengungen zu einer Verbesserung des beiderseitigen Verhältnisses zum Trotz kommt es im deutsch-polnischen Verhältnis noch immer zu Unstimmigkeiten und Missverständnissen. Unterschiedliche Interessen belasteten die Beziehungen, zuletzt vor allem im Irakkrieg sowie in der Endphase der EU-Erweiterung vom Mai 2004. In der Europapolitik wurden dabei nicht nur Gegensätze zwischen den Regierungen, etwa hinsichtlich der neuen Stimmengewichtung im EU-Rat, sondern auch zwischen den Gesell-

schaften sichtbar, denn diese scheinen unvereinbare europapolitische Ziele zu präferieren.

Allerdings ist unschwer zu erkennen, dass die Ursachen für diese angeblichen gesellschaftlichen Interessengegensätze hauptsächlich in von der politischen Elite und von den Massenmedien produzierten und verbreiteten Ängsten vor den Folgen des polnischen EU-Beitritts liegen. Da viele Medien eine simplifizierte, dramatisierte und personalisierte Berichterstattung anbieten, die eher auf Emotionen und negativen Informationen basiert, kann es nicht verwundern, dass in deutschen Medienkommentaren mit der Aufnahme Polens in die EU in erster Linie Fragen der Integrationsfinanzierung sowie des Zuflusses von billigen Arbeitskräften verbunden wurden. In polnischen Medien hingegen wurden der Aufkauf polnischen Grund und Bodens durch Deutsche, erwartete Insolvenzen in der Wirtschaft und der Verlust von Identität und Kultur hervorgehoben.

Aufgrund dieser medial verstärkten Divergenz der Interessen auf beiden Seiten der Oder kann der Eindruck entstehen, dass sich Polen und Deutsche in einem europäischen Nullsummenspiel befinden: Was die eine Seite gewinnt, verliert die andere. Welche Einstellungen in beiden Gesellschaften parallel ausgebildet sind und gemeinsame politische Handlungsspielräume eröffnen, wurde hingegen in den Medien bislang kaum thematisiert. Da beide Gesellschaften ihre Informationen zur Unionserweiterung (und in diesem Prozess auch übereinander) hauptsächlich aus den Medien bezogen, entstand ein unvollständiges Bild der Situation, mit der Folge, dass Ängste und Befürchtungen vor den unmittelbaren Folgen der EU-Erweiterung überbetont wurden.<sup>2</sup> Dass diese Befürchtun-

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang ist auf die verschiedenen Referenden zum europäischen Verfassungsvertrag, das Referendum über die Erweiterung der Union in Frankreich oder über den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion in Großbritannien hinzuweisen.

<sup>2</sup> Dem Eurobarometer (EB) zufolge sind die wichtigsten Gründe unter den deutschen Befragten für die Befürchtung einer Verschlechterung der politisch-sozialen Rahmenbedingungen nach der EU-Erweiterung die Erwartung einer höheren Arbeitslosigkeit (72 %), eines Ansturms von Arbeitssuchenden aus den neuen EU-Mitgliedstaaten (64 %) sowie zu hohe Finanzierungskosten der neuen EU-Länder (60 %) (EB 56.3). Zwei Drittel (67 %) der Deutschen meinen, dass infolge der Integration reichere Länder für die ärmeren werden mitbezahlen müssen (EB, Spezial Edition 2001), 66 % verbinden dagegen mit der EU-Er-

gen weitgehend unbegründet waren, ist inzwischen vielfach belegt worden.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die ausgeblendete Seite der öffentlichen Meinung, also auf eine Vielzahl übereinstimmender Präferenzen in beiden Gesellschaften bezüglich der künftigen Ausgestaltung und Funktionsweise der EU. Aus den Daten des Eurobarometers, ein in den Staaten der EU im Auftrag der Europäischen Kommission regelmäßig erhobenes, repräsentatives Meinungsbild, geht hervor, dass in den beiden Nachbarländern eine ähnliche Haltung zu vielen für die EU vitalen Fragen vorherrscht. Beide Bevölkerungen befürworten eine gemeinsame europäische Entscheidungsfindung in übereinstimmenden Politikbereichen und räumen denselben europäischen Aufgaben Priorität ein. Doch trotz der offenbar wachsenden Bereitschaft zu gemeinschaftlichen Entscheidungsverfahren treten gleichzeitig der Wunsch nach weitgehender Souveränität des Nationalstaates sowie die Ablehnung eines europäischen Föderalstaates deutlich hervor.

Zwei Fragen stehen im Vordergrund, die anhand eines Vergleiches der in der jeweiligen Gesellschaft vorherrschenden Europavorstellungen beantwortet werden sollen.<sup>13</sup> Zum einen soll untersucht werden, wie das Polen und Deutschen gemeinsame Europabild aussieht und worin die Gründe für die in vielerlei Hinsicht vergleichbare Vision der künftigen Gestalt der europäischen Integration liegen. Die zweite Frage bezieht sich auf die Relevanz dieser kompatiblen Haltung angesichts des Skeptizismus beider Länder gegenüber den direkten Folgen des Integrationsprozesses:

weiterung den Wegfall von Sozialleistungen, die Hälfte (51 %) eine wirtschaftliche Wirtschaftskrise und fast drei Viertel (72 %) die Erhöhung der Arbeitslosenquote (EB 57). In Polen dagegen sind die Ängste vor dem EU-Beitritt vor allem mit dem Preisanstieg, der Arbeitslosigkeit, dem Ausverkauf des polnischen Bodens an Ausländer sowie der Dominanz von Auslandskapital in der polnischen Wirtschaft verbunden (CBOS 29V-1VI 2003). Laut Eurobarometer befürchten über 70 % der Polen eine immer geringere Verwendung der eigenen Sprache sowie den Verlust der nationalen Identität und Kultur (EB 2003.4). Mehr als die Hälfte der polnischen Befragten ist zudem der Meinung, dass Polen in den nächsten Jahren weniger aus der EU-Kasse bekommen als einzahlen wird (CBOS 9–12 I 2004).

<sup>13</sup> Um ein hohes Maß an Vergleichbarkeit und Zuverlässigkeit zu gewährleisten, basiert diese Analyse hauptsächlich auf den Ergebnissen der Eurobarometer-Umfragen.

ses: Wenn man nämlich annimmt, dass die Übereinstimmung der polnischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Form der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit keine direkten Auswirkungen auf ihre Lebenssituation hat – in existenziellen Fragen verbindet beide Nachbarländer ohnehin ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber den Erweiterungsfolgen –, welche politische Relevanz haben dann die gemeinsamen Einstellung zu Europa?

## Einstellungen zur europäischen Kooperation

Die wichtigsten Aussagen, welche die Vorstellungen beider Bevölkerungen über die Ausgestaltung der zwischenstaatlichen Kooperation widerspiegeln, beziehen sich auf die Kompetenzverteilung im Rahmen der politischen Entscheidungsfindung. Polen und Deutsche wurden in diesem Zusammenhang zu 24 Politikbereichen befragt, ob jeweils eher auf der nationalen Ebene oder gemeinsam innerhalb der EU entschieden werden sollte. Es hat sich dabei gezeigt, dass die Zahl derjenigen Politikbereiche, in denen eine Mehrheit in beiden Gesellschaften für eine gemeinsame Entscheidungsfindung plädiert, die Zahl derjenigen Bereiche übersteigt, in denen keine staatlichen Kompetenzen an die EU abgegeben werden sollen. Darüber hinaus hat sich sowohl in Polen als auch in Deutschland in mehr als der Hälfte der genannten Bereiche die Bereitschaft, Entscheidungen gemeinschaftlich auf Unionsebene zu treffen, gegenüber 2002 erhöht.

Die Reihenfolge der vier meistgenannten Bereiche, in denen die Entscheidungskompetenz künftig bei der Union liegen sollte, ist in beiden Gesellschaften gleich. An erster Stelle steht der Kampf gegen den internationalen Terrorismus; hier haben sich 87 % der Deutschen und 86 % der Polen für eine gemeinsame Beschlussfassung ausgesprochen. Die zweite Stelle belegt der Kampf gegen Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen; an dritter Stelle findet sich der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, an vierter der Kampf gegen Drogen (EB 60; EB 2003.4).<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Folgende Quellen wurden verwendet: Eurobarometer: [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/standard\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/standard_en.htm). Verwendete Analysen: EB Nr. 54, Umfragen: XI-XII 2000, Ausgabe: IV 2001 EB Nr. 55, Umfragen: IV-V 2001, Ausgabe: X 2001; EB Nr. 56, Umfragen: X-XI 2001, Ausgabe: IV 2002; EB Nr. 57,

Tabelle 1

Sind Sie für oder gegen eine gemeinsame Außenpolitik?	D (III 2003)	D (XI 2003)	D (III 2004)	PL (V 2003)	PL (XI 2003)	PL (III 2004)	EU-15 (III 2004)	NM (III 2004)
dafür	77 %	72 %	74 %	70 %	66 %	70 %	65 %	68 %
dagegen	12 %	15 %	16 %	15 %	19 %	16 %	22 %	16 %

Tabelle 2

Sind Sie für oder gegen eine gemeinsame Verteidigungspolitik?	D (III 2003)	D (XI 2003)	D (III 2004)	PL (V 2003)	PL (XI 2003)	PL (III 2004)	EU-15 (III 2004)	NM (III 2004)
dafür	81 %	76 %	80 %	82 %	73 %	79 %	72 %	79 %
dagegen	10 %	12 %	12 %	10 %	13 %	10 %	16 %	10 %

Quelle: Eurobarometer 59–61.

D: Deutschland; PL: Polen; EU-15: die Mitgliedstaaten der EU vor der Erweiterung im Mai 2004; NM: die zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004.

Auch die Außen- und Verteidigungspolitik gehört zu den Politikfeldern, in denen jeweils eine Mehrheit in beiden Ländern eine gemeinsame Entscheidungsfindung bevorzugen würde (vgl. die *Tabellen 1* und *2*). Die Zustimmung zu einem kollektiven Vorgehen der EU-Staaten in diesen Politikbereichen ist – nach einem Rückgang im November 2003 – im Frühjahr 2004 in beiden Bevölkerungen wieder gestiegen: Eine gemeinsame Außenpolitik befürworten 2 Prozent der Deutschen und

4 Prozent der Polen mehr als noch vor einem Jahr (gegenwärtig 74 % bzw. 70 %). Eine noch höhere Zustimmungsrates kann für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik notiert werden: Hier ist ein Anstieg der Zustimmung um 4 Prozentpunkte auf 80 % in der deutschen und um 6 Prozentpunkte auf 79 % in der polnischen Gesellschaft festzustellen (EB 61; 2004.1). Aus den Ergebnissen des Eurobarometers geht außerdem hervor, dass die Zustimmung der beiden Nachbarn zu einer europäischen Verteidigungspolitik höher ausfällt, als es innerhalb der ehemals 15 EU-Staaten (72 %) der Fall ist. Die Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik liegt dagegen sowohl über dem Durchschnitt der EU-15 (65 %) als auch über dem der zehn neuen Mitgliedstaaten (68 %) (EB 61; EB 2004.1).

Die von der Mehrheit der Deutschen (57 %) und der Polen (64 %) geäußerte Präferenz für die EU-Organe und nicht für die Nationalregierung als Hauptentscheidungsträger der europäischen Verteidigungspolitik spiegelt sich auch dann wider, wenn eine dritte Wahloption hinzukommt – die NATO. Deutsche und Polen sind sich darin einig, dass die Entscheidungsbefugnisse in diesem Politikfeld bei der EU liegen sollten. Erst an zweiter Stelle würden sie dieses Feld in der Verantwortung der Nationalregierungen belassen, und die am wenigsten präferierte Alternative wäre es, europäische Sicherheitsfragen an die NATO zu delegieren (EB 61; EB 2004.1).

Eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten wird mit großer Mehrheit auch bei Vorschlägen bezüglich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidi-

Umfragen: III-V 2002, Ausgabe: X 2002; EB Nr. 58, Umfragen: X-XI 2002, Ausgabe: III 2003; EB Nr. 59, Umfragen: III-IV 2003, Ausgabe: VII 2003; EB Nr. 60, Umfragen: X-XI 2003, Ausgabe: XII 2003; EB Nr. 61, Umfragen: II-III 2004, Ausgabe: VII 2004; Flash EB Nr. 140, Enlargement of the European Union, Umfragen: III 2003, Ausgabe: IV 2003; Flash EB, The future European Constitution, Umfragen: I 2004; Ausgabe: II 2004; Flash EB 162, Post European elections 2004 survey, Umfragen: VI 2004, Ausgabe: VII 2004; Flash EB 161, European Elections 2004 Barometer, Umfrage: VI 2004, Ausgabe: VI 2004; EB 2002 „Special Bureaux“ Nr. 56.3, Umfragen: I-II 2002, Ausgabe: II 2002; EB der Kandidatenländer Nr. 2002.2, Umfragen: IX-X 2002, Ausgabe: XII 2002; EB der Kandidatenländer Nr. 2003.2, Umfragen: V 2003, Ausgabe: VII 2003; EB der Kandidatenländer Nr. 2003.4, Umfragen: X-XI 2003, Ausgabe: II 2004; EB der Kandidatenländer Nr. 2004.1, Umfragen: II-III 2004, Ausgabe: VII 2004; CBOS (Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung): [www.cbos.com.pl](http://www.cbos.com.pl); verwendete Analysen: CBOS 29V-1VI 2003, CBOS 9–12 I 2004, CBOS 3–6 IX 2004; TNS Emnid: [www.tns-emnid.com/2004/index.htm](http://www.tns-emnid.com/2004/index.htm), verwendete Analysen: n-tv/TNS Emnid 30V-4VI 2003; Infratest-dimap: [www.infratest-dimap.de/pageone.asp](http://www.infratest-dimap.de/pageone.asp), verwendete Analysen: Infratest-Dimap 13–14 VII 2004; Pentor: [www.pentor.pl/informacje-o-instytucie/index.html](http://www.pentor.pl/informacje-o-instytucie/index.html), verwendete Analysen: 14–15 VI 2003; Forsa: [www.forsa.de](http://www.forsa.de), verwendete Analysen: 21 I 2003 im Auftrag von N24, 18–19 III 2004 im Auftrag von Stern.

gungspolitik (ESVP) befürwortet. Jeweils über 80 % der Befragten sind der Meinung, dass sich die Mitgliedstaaten bei einer internationalen Krise auf eine gemeinsame Haltung einigen sollten. Über 60 % der Deutschen wie der Polen plädieren dafür, einen EU-Außenminister als Sprecher für diese gemeinsame Position zu berufen. Auch stößt die Idee eines eigenen Sitzes der EU im UNO-Sicherheitsrat bei der Mehrheit der Befragten auf Zustimmung, ähnlich wie die der Unabhängigkeit der EU-Außenpolitik von der Außenpolitik der USA, die 84 % in Deutschland und 73 % in Polen befürworten. Ebenso halten den Aufbau einer schnellen militärischen EU-Eingreiftruppe 62 % der Deutschen und rund drei Viertel der Polen (76 %) für richtig. Außerdem wünscht sich jeweils eine Mehrheit beider Gesellschaften ein weltweites Engagement der EU bei der Durchsetzung von Menschenrechten; dies soll auch in EU-Mitgliedstaaten möglich sein, selbst gegen den Willen der jeweiligen Regierungen. Beide Bevölkerungen bevorzugen mehrheitlich eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik und eine Mitsprachemöglichkeit in der EU-Außenpolitik auch für diejenigen Mitgliedstaaten, die sich grundsätzlich für eine Politik der Neutralität entschieden haben (EB 60; EB 2003.4).

Trotz der steigenden Zustimmung für eine gemeinsame Entscheidungsfindung plädiert eine (relative) Mehrheit der Befragten in beiden Ländern für die Beibehaltung des Vetorechts. 47 % der Deutschen und 55 % der Polen wollen am Vetorecht festhalten, um wesentliche nationale Interessen zu wahren; 29 % der deutschen und 22 % der polnischen Befragten würden das Recht jedoch nur auf wenige wesentliche Bereiche beschränken, und nur jeder achte Deutsche (13 %) und jeder elfte Pole (9 %) würde es abschaffen wollen, um die EU leistungsfähiger zu machen (EB 61; EB 2004.1).

## Widerspruch oder Rationalität?

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie es möglich ist, dass beide Gesellschaften einerseits für die Kompetenzstärkung der EU eintreten und sich andererseits für Vetorechte bei europäischen Beschlussverfahren einsetzen?

Auf der einen Seite stellt sowohl für Deutsche als auch für Polen die Sicherung der na-

tionalen Souveränität als Voraussetzung politischer Eigenständigkeit eine Priorität dar. Dies bestätigt unter anderem die große Zahl der Befragten, die an einem Vetorecht der Staaten in der EU festhalten, gegenüber denjenigen, die seine Abschaffung befürworten. Wie stark in den beiden Nachbarländern die europäischen Angelegenheiten aus der nationalen Perspektive betrachtet werden, zeigt weiterhin die Bewertung der wichtigsten Arbeitsbereiche der EU. Hier stimmen die Bürger beider Staaten darin überein, dass das am dringlichsten empfundene gesellschaftliche Problem – die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – an der Spitze der EU-Prioritätenliste stehen soll. Dafür sprechen sich 91 % der Deutschen und 84 % der Polen aus. Als nachrangig wird dagegen eine für die Handlungsfähigkeit der EU fundamentale Frage betrachtet: die Reform der europäischen Institutionen, die nur von 44 % der deutschen und 32 % der polnischen Bürgerinnen und Bürger zu den wichtigsten Herausforderungen der EU gezählt wird (EB 60; EB 2003.4).

Ein weiteres Beispiel für ein Denken in nationalen Kategorien geben die Einstellungen beider Gesellschaften hinsichtlich der Anzahl der Kommissare nach der EU-Erweiterung. Drei Viertel der westlichen wie der östlichen Nachbarn sind der Ansicht, dass die Europäische Kommission immer noch von mindestens einem Kommissar aus jedem Mitgliedsland repräsentiert werden sollte. Dahinter steht offenbar die Befürchtung, dass der Verzicht auf einen eigenen EU-Kommissar der Wahrung der nationalen Interessen abträglich ist (EB 60; EB 2003.4). Den Wunsch nach einer weitgehenden Souveränität des Nationalstaates äußerten Deutsche und Polen auch in der folgenden Umfrage: Wenn man die Deutschen danach befragt, ob die EU in Zukunft stärker mit einer Stimme sprechen sollte, oder ob versucht werden soll, die Meinungsvielfalt der Mitgliedstaaten weiterhin zu berücksichtigen, optieren 38 % für die erste und 61 % für die zweite Alternative (n-tv/TNS Emnid 30V-4VI 2003). Für eine möglichst große Unabhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten plädiert ebenfalls eine klare Mehrheit von 65 % in Polen, gegenüber einem geringeren Anteil von 16 % derjenigen, die eher einen föderalen Länderverband nach dem Muster der USA favorisieren (CBOS 1–4 III 2003).

Auf der anderen Seite wächst in beiden Gruppen die Akzeptanz einer Verlagerung der Zuständigkeiten an die EU insbesondere

in sicherheitsrelevanten Entscheidungsbereichen. Aus beiden Befunden stellt sich die Frage, wie die wachsende Unterstützung einer kollektiven Beschlussfassung mit dem Beharren auf dem Vetorecht in Übereinstimmung gebracht werden kann und wie sich die besonders hohe Befürwortung europäischer Entscheidungsfindungen in den oben genannten Politikfeldern erklären lässt.

Eine Antwort bietet die Theorie der rationalen Wahl (*rational choice*), die besagt, dass Menschen bei einer Alternativwahl durch Eigeninteressen geleitet werden und nur dann zum Kompromiss bereit sind, wenn dieser mit Vorteilen verbunden ist. Von dieser Annahme ausgehend lässt sich vermuten, dass eine nationale Entscheidungssouveränität nur dann unterstützt wird, wenn es den Bürgerinnen und Bürgern als vorteilhaft erscheint, d. h., solange der Nationalstaat in ihren Augen in der Lage ist, ihre Interessen zu wahren. Demnach würden beide Gesellschaften eine Kompetenzerweiterung der EU nur in den Sachgebieten akzeptieren, in denen keine effektive Problemlösung durch die Nationalregierung (mehr) erwartet werden kann. Eine Bestätigung dieser Hypothese bieten die Antworten beider Befragtengruppen auf eine Frage nach der von ihnen präferierten Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Nationalstaat und der EU: Drei Fünftel der Deutschen wie der Polen optieren dafür, dass die EU für jene Fragen und Probleme zuständig sein sollte, die von den nationalen bzw. regionalen Regierungen nicht effektiv gelöst werden können (EB 60; EB 2003.4): Die Bekämpfung des Terrorismus und der Kriminalität sowie die Verteidigungs- und die Außenpolitik werden hier vor allem genannt (EB 61; EB 2004.1). Warum werden gerade in diesen Bereichen länderübergreifende Entscheidungsfindungen als besonders vorteilhaft betrachtet?

Eine mögliche Antwort wäre, dass im Fokus des Bürgerinteresses nicht die Außen-, sondern die Wirtschafts- und Sozialpolitik steht. Die an die EU übertragenen Angelegenheiten mögen zwar als wichtig angesehen werden, sie gehören jedoch nicht zu den als lebenswichtig wahrgenommenen gesellschaftlichen Problemen. Die Befürwortung europäischer Kompetenz in diesen Sachbereichen – die außerdem mit dem Tenor der Medienberichterstattung in Einklang steht – kostet die Bürgerinnen und Bürger kaum etwas und kann durchaus als Entlastungsantwort betrachtet werden. Die Information, dass die beiden Gesellschaften gerade in diesen Sach-

fragen eine kollektive Beschlussfassung positiv beurteilen, wäre folglich als irrelevant einzustufen, weil sie ein dieses Ziel tatsächlich verfolgende Politik nicht tragen würde.

Doch ist diese Antwort unzureichend, denn die Ergebnisse der Meinungsumfragen widersprechen dieser These und verweisen auf einen deutlichen Bedeutungszuwachs der Sicherheitsfragen in beiden Ländern. Zum einen hat die Zahl der Polen und Deutschen, die Terroranschläge auf ihr Land befürchten, innerhalb des letzten Jahres deutlich zugenommen. In Polen ist das Bedrohungsgefühl von 53 % im Juni 2003 auf 83 % im September 2004 gestiegen; in Deutschland erhöhte sich die Zahl von 45 % im Januar 2003 auf 81 % im März 2004.<sup>15</sup> Zum anderen wurde der Drogenhandel sowie die Zunahme des organisierten Verbrechens von 71 % der Deutschen und 63 % der Polen zu den Hauptängsten gezählt. Schließlich ist das Auftreten von neuen Formen der Sicherheitsbedrohung eng mit dem Globalisierungsprozess verbunden, der wiederum in beiden Gesellschaften als eher negativ sowohl für das Land als auch für das eigene Leben gedeutet wird.<sup>16</sup> Das größte Vertrauen bei der Beherrschung und Steuerung der Globalisierungsfolgen wird dabei in beiden Gesellschaften nicht der Nationalregierung, sondern der EU entgegengebracht (EB 61; 2004.1). Es ist daher zu folgern, dass der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Polen, einen Teil der Souveränitätsrechte ihres Landes in sicherheitsrelevanten Fragen auf die EU-Ebene zu verlagern, in der Annahme einer höheren Handlungseffizienz der EU als des Nationalstaates in diesen Sachgebieten wurzelt.

Damit die Union den neuen Herausforderungen an die Sicherheit effektiv entgegentreten kann, muss sie jedoch über entsprechende Fähigkeiten verfügen und im Entscheidungsprozess handlungsfähig sein. Wie lässt sich in diesem Zusammenhang das Beharren vieler Bürgerinnen und Bürger auf der Beibehaltung des Vetorechts erklären? Zur Beantwortung dieser Frage ist vor allem der Doppelcharakter der Außen- und Verteidigungspolitik heranzuziehen: Einerseits sind die EU-Länder

<sup>15</sup> Forsa 21 I 2003 im Auftrag von N24; Forsa 18–19 III 2004 im Auftrag von Stern; CBOS 3–6IX 2004.

<sup>16</sup> Nur 39 % der Deutschen und 28 % der Polen betrachten den Globalisierungsprozess als positiv für ihr Land und weniger als ein Drittel der Befragten für sich persönlich (EB 61; 2004.1).

bei der Verfolgung ihrer Interessen aufgrund inter- und transnationaler Sachzwänge zu einer Zusammenarbeit in diesen Bereichen gezwungen. Andererseits werden beide Politikfelder auf besondere Weise mit der Souveränität und Unabhängigkeit eines Staates assoziiert – mit den Werten also, welche beide Gesellschaften stark verinnerlicht haben und deren Verletzung deshalb als kostspielig empfunden wird. Der aus den neuen Sicherheitsbedrohungen resultierende Zwang zur Verlagerung dieser Bereiche in die europäische Zuständigkeit wird durch das Festhalten am Vetorecht kompensiert, das die Wahrung nationaler Interessen sicherstellt. Hier kommt allerdings weniger der Wunsch nach einer Möglichkeit, andere Mitgliedstaaten in Verhandlungen unter Druck zu setzen, zum Ausdruck, als vielmehr der nach einem Instrument, mit dem man die eigenen, partikularen gesellschaftlichen Interessen schützen kann.

Diese Interpretation wird zum einen durch die sinkende Zahl der Befürworter eines allgemeinen Vetorechts zugunsten derjenigen, die es nur in ausgewählten Bereichen in Anspruch nehmen wollen, bestätigt (EB 51, 61, 2003.4, 2004.1). Zum anderen wird sie durch die Präferenzen beider Gruppen hinsichtlich des europäischen Abstimmungsverfahrens untermauert: Es zeigt sich nämlich, dass bei der Wahl zwischen dem Einstimmigkeits- und Mehrheitsprinzip die Mehrzahl der Polen und Deutschen für Letzteres plädieren. Zwar ist der Prozentsatz der Befragten, die für die einstimmige Beschlussfassung eintreten, recht hoch (42 % der Polen und 35 % der Deutschen), doch fällt die Anzahl derjenigen, die das Abstimmungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit unterstützen, in beiden Gesellschaften noch höher aus (jeweils 46 % und 43 %, EB 57; EB 2003.4).

Obwohl sich die Fragen nach dem Vetorecht und der Entscheidungsweise auf das gleiche Problem beziehen, sind die abweichenden Antworten wie folgt zu erklären: Es kann angenommen werden, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit der europäischen Handlungsfähigkeit immer bewusster (gemacht) wird. Aus diesem Grund wird generell eine mehrheitliche Abstimmungsweise bevorzugt. Die Beibehaltung des Vetorechts wird dagegen als Rückversicherung angesehen, die greifen soll, wenn Beschlüsse drohen, die nationalen Interessen widersprechen. Dass aus jedem Mitgliedstaat ein EU-Kommissar stammen soll, kann eben-

falls nicht mit einer bloßen Divergenz zwischen nationalen und europäischen Interessen erklärt werden, denn nur jeder zehnte Befragte ist der Meinung, dass durch das Festhalten an einer der Zahl der Mitgliedsstaaten entsprechenden Zahl der Kommissare die Leistungsfähigkeit der EU beeinträchtigt werden könnte.

## Kosten und Nutzen im europäischen Staatenverbund

Aus den dargestellten und diskutierten Daten lassen sich die deutsch-polnischen Europavisionen ablesen. Die von den Bürgerinnen und Bürgern beider Staaten favorisierte Form der Zusammenarbeit im Rahmen der EU wäre somit weniger eine enge Kooperation innerhalb eines übergeordneten, europäischen Staates als vielmehr ein Netzwerk intergouvernementaler Beziehungen zwischen souveränen Regierungen – ein Verbund von Nationalstaaten, die nur Kompetenzen für solche Politikfelder an die EU abgeben, die sich kooperativ besser bearbeiten lassen. So sollte beispielsweise aufgrund des zunehmenden Gefühls der Sicherheitsbedrohung sowie der positiven Bewertung der EU-Effizienz im Sicherheitsbereich die Entscheidungsfindung in diesbezüglichen Fragen auf der Unionsebene angesiedelt sein.

Vor dem Hintergrund der auf beiden Seiten der Oder vorhandenen Präferenzen zur Europaentwicklung stellt sich nun die anfangs skizzierte Frage, ob – angesichts der nach wie vor vorhandenen Interessendivergenzen in Polen und Deutschland – die Tatsache einer ähnlichen Wahrnehmung in der Außen- und Sicherheitspolitik überhaupt von politischem Belang ist. Eine positive Antwort kann im Wesentlichen auf zweierlei Art und Weise begründet werden.

Erstens muss die Betrachtung des europäischen Integrationsprozesses von der Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft getrennt werden. Der Prozess wird hauptsächlich mit zunehmender Arbeitslosigkeit und der Verminderung des Lebensstandards assoziiert, die Zugehörigkeit zu den europäischen Strukturen wird dagegen generell als nützlich angesehen.<sup>17</sup> Die unter Polen und Deutschen weit verbreitete Skepsis gegenüber dem Integrationsprozess muss im Zusammenhang mit

<sup>17</sup> Laut Eurobarometer hat die EU-Mitgliedschaft für die überwiegende Zahl Polen und Deutsche mehr Vor- als Nachteile (EB 61; 2004.1).

einer zwar übertriebenen, aber letzten Endes wohl nur kurzfristigen Emotionalisierung der negativen, direkten Folgen der EU-Erweiterung durch die Medien gesehen werden. Sobald sich die medialen Prophezeiungen nicht erfüllen, ist zu vermuten, dass ein anderes Thema die Aufmerksamkeit gewinnen wird und diese Ängste – jedenfalls allmählich – schwinden, wie dies schon nach der Süderweiterung zu beobachten war. Es herrscht allerdings kein Zweifel daran, dass die effiziente Lösung sicherheitspolitischer Probleme als im gemeinsamen und langfristigen Interesse beider Seiten liegend betrachtet wird. Angesichts der neuen inter- und transnationalen Sicherheitsbedrohungen ist deshalb zu erwarten, dass in beiden Ländern das Interesse an einer europäischen Koordinierung zunimmt.

Zweitens bezieht sich die in Polen und Deutschland ähnliche Wahrnehmung der europäischen Entwicklung zwar hauptsächlich auf eine abstrakte Vision der Ausgestaltung Europas. Diese Vision betrifft jedoch unter anderem die Rolle, welche die EU in Zukunft in den internationalen Beziehungen spielen soll. Einerseits korrelieren hier die Entscheidungen in der nationalen Europapolitik, darunter auch die jeweilige Kompromissbereitschaft, in der Hauptsache mit der öffentlichen Meinung. Andererseits ist das Ausmaß der Unterstützung für die kollektive Entscheidungsfindung in beiden Gesellschaften gerade in denjenigen Bereichen besonders hoch, in denen von der Koordination gemeinsamer Handlungen die künftige Position der EU in der Weltpolitik abhängt. Die Akzeptanz verstärkter europäischer Entscheidungsbefugnisse in sicherheitsrelevanten Sachgebieten durch die Bürger kann somit als durchaus bedeutsam für die künftige Effektivität der EU in der Innen- und in der Außenpolitik eingeschätzt werden.

## Sicherheitsinteressen und Effizienz

In Polen wie in Deutschland wird die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene und die damit verbundene Abgabe von Kompetenzen an das politische System der EU unter Abwägung von Kosten und Nutzen erwogen. Dies führt zu einer komplexen Einschätzung in der öffentlichen Meinung, die teilweise widersprüchlich erscheinen mag. Selbstbestimmung und souveränitätseinschränkende Kooperation sind dabei nicht unbedingt als Wi-

derspruch anzusehen, denn beide Grundsätze der politischen Organisation werden in den Gesellschaften nach ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen bewertet.

Der Wille zur politischen Selbstbestimmung und deshalb der Wunsch nach einer weitgehenden Souveränität des Nationalstaates ist in beiden Ländern weiterhin stark ausgeprägt. In denjenigen Bereichen jedoch, in denen der Staat als weniger leistungsfähig angesehen wird, wächst die Bereitschaft zu engerer Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Diese Tendenz ist vor allem im Politikfeld Sicherheitspolitik zu beobachten, in dem der Zwang zur Kooperation der Mitgliedsländer von den polnischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern erkannt und akzeptiert wird.

Indem die Bürgerinnen und Bürger der EU Kompetenzen übertragen möchten, laden sie der europäischen Integration gleichzeitig die Verantwortung für diese Bereiche auf, denn die im Staatenverbund organisierten Mitgliedstaaten müssen den Beweis des größeren Nutzens europäischer Regelungen erbringen. Andernfalls könnten sich die Kosten-Nutzen-Abwägungen der Gesellschaften ändern, wobei dies unterschiedliche politische und ökonomische Ursachen haben kann. Wenn diese Einschätzung stimmt, dann wird die EU vor allem als Interessengemeinschaft wahrgenommen, durch die Gesellschaften ihren Nutzen maximieren wollen, ohne in ihr aufzugehen.

Die aus der derzeitigen internationalen Lage zu erklärenden hohen Kompetenzzuschreibungswerte im Bereich der Sicherheit öffnen in der öffentlichen Meinung ein *winset*, das den sicherheitspolitischen Handlungsspielraum der Regierungen unter der Wahrung gesellschaftlicher Legitimation erhöht. Offen ist, wie die Regierungen diese Situation zur Realisierung ihrer jeweiligen Interessen nutzen.

# APuZ

Nächste Ausgabe 7/2005 · 14. Februar 2005

## Religion und Gesellschaft

*Claus Leggewie*

Religionen und Globalisierung

*Otto Kallscheurer*

Der Vatikan als Global Player

*Rudolf Uertz*

Katholizismus und Demokratie

*Wilfried Röbrich*

Der Islam in der Weltpolitik

*Josef Braml*

Die theo-konservative Politik Amerikas

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Dr. Ludwig Watzal  
Hans G. Bauer  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 36 91-0

### Internet

[www.bpb.de/publikationen/apuz](http://www.bpb.de/publikationen/apuz)  
E-Mail: [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH,  
60268 Frankfurt am Main

### Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81,  
60327 Frankfurt am Main,  
Telefon (0 69) 75 01-42 53,  
Telefax (0 69) 75 01-45 02,  
E-Mail: [parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de),  
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
Beilage zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen  
für die Beilage zum Preis von  
Euro 3,58 zuzüglich  
Verpackungskosten, Portokosten  
und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen  
in der Beilage **Aus Politik und  
Zeitgeschichte** stellen keine  
Meinungäußerung des  
Herausgebers dar; sie dienen  
lediglich der Unterrichtung und  
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

# Deutschland und Polen *APuZ* 5–6/2005

*Peter Bender*

## 3–9 **Normalisierung wäre schon viel**

Das deutsch-polnische Verhältnis hat noch keineswegs die Normalisierung erreicht, die man ihm bald nach 1990 zuschrieb. Die beiderseitigen historischen Verletzungen wirken weiter.

*Dieter Bingen*

## 9–17 **Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945**

Die deutsch-polnische Verständigung, nach dem Zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte aufgebaut, bedarf nach dem „Honeymoon“ einer „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft in Europa“ neuer starker Impulse.

*Krzysztof Ruchniewicz*

## 18–26 **Die historische Erinnerung in Polen**

Polen als moderne Nation bildete sich im 19. Jahrhundert, in der Zeit des Fehlens eigener Staatlichkeit. Zu den wichtigsten Themen der historischen Erinnerung in Polen gehören daher Fragen des Unabhängigkeitskampfes und seine martyrologische Komponente.

*Burkhard Olschowsky*

## 27–32 **Die Gegenwart des Vergangenen**

Für eine Gesundung der gegenwärtig vom Missverstehen geprägten deutsch-polnischen Beziehungen bedarf es vor allem eines selbstbewussten, aber gelassenen nationalen Selbstverständnisses, das Raum für eine dialogische Erinnerungskultur mit den Nachbarn lässt.

*Thomas Urban*

## 32–39 **Historische Belastungen der Integration Polens in die EU**

Die Pläne, in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ einzurichten, und die Forderungen der Rechtsberatungsfirma „Preußische Treuhand“ haben den Sejm veranlasst, die Frage von Kriegsreparationen wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen.

*Daria Dylla/Thomas Jäger*

## 40–46 **Deutsch-polnische Europavisionen**

Wird die Einstellung der beiden Gesellschaften zu Europathemen umfassender analysiert, tritt deutlich zutage, dass die Bürger in beiden Staaten nicht nur hinsichtlich der direkten Integrationsfolgen, sondern auch im Hinblick auf die zukünftige Arbeitsweise und Ausgestaltung der EU ähnliche Meinungen und Erwartungen haben.